

# Revolutionärer Kommunismus

Revolutionärer Kommunismus ist die Synthese der Lehren der Arbeiter/innenbewegung und anti-imperialistischen Volksbewegungen weltweit.

Seit der letzten Jahrtausendwende bildet das Proletariat weltweit die Mehrheit der Bevölkerung, d.h. über 3,5 Mrd. Menschen verfügen über keine Produktionsmittel und sind (im kapitalistischen Gesellschaftssystem) darauf angewiesen, einen Ausbeuter zu finden, um ihren Lebensunterhalt (und den ihrer Angehörigen) zu bestreiten. Gleichzeitig verschärfen sich die grundlegenden Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen unterdrückten Völkern und Imperialisten und unter den Imperialisten selbst weiter. Das sind günstige Grundlagen für den Prozess der proletarischen Weltrevolution. Gleichzeitig haben die imperialistische Monopolbourgeoisie und ihre Lakaien in Politik, Wissenschaft und Medien ungeheuer dazugelernt – nicht zuletzt aus der genauen Analyse der revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts von der russischen Revolution 1905 bis zu den Volksaufständen in Lateinamerika und dem Volkskrieg in Peru, Philippinen, Nepal, Indien, Türkei/Nordkurdistan und anderswo.

In den letzten zwei Jahrhunderten brachte die Revolutionäre Kommunistische Bewegung mehrere herausragende Persönlichkeiten von internationaler

Bedeutung hervor, die im Rahmen kollektiver theoretischer und praktischer Aktivitäten (vor allem in der 1., 2. und 3. Internationale) die Klassenkämpfe ihrer Zeit mit ideologischer Festigkeit und theoretischer Flexibilität analysierten und daraus wegweisende wissenschaftliche Lehren für die Zukunft der internationalen revolutionär-kommunistischen Arbeiter/innenbewegung ausarbeiteten.

Die drei wesentlichsten Ereignisse von internationaler Bedeutung in der 200-jährigen Geschichte der revolutionär-kommunistischen Arbeiter/innenbewegung führten in drei unterschiedlichen Situationen jeweils zur politischen Machtergreifung des Proletariats und zur radikalen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zugunsten der Volksmassen:

Die Pariser Commune war die erste sozialistische Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats; die Oktoberrevolution machte Russland zum ersten sozialistischen Land und führte später zum sozialistischen Block mit über einem Drittel der Menschheit; die Große Proletarische Kulturrevolution verhinderte in der VR China über ein Jahrzehnt lang die Restauration des Kapitalismus durch eine neue Bourgeoisie und zeigte nach der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR und der drohenden Vernichtung des gesamten sozialistischen Lagers von innen einen neuen Weg auf: Damit die Herausbildung einer neuen Ausbeuterklasse

verhindert und der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft vorangetrieben werden kann, ist die Mobilisierung der Volksmassen und die Verstärkung des Klassenkampfes im Sozialismus sowie eine immer breitere Einbeziehung der Arbeiter/innen in die Planung der Produktion und in die Verwaltung unbedingt notwendig.

Die grundlegendsten theoretischen und praktischen Beiträge zur Weiterentwicklung des Wissenschaftlichen Kommunismus stammen von Marx und Engels (Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus), Lenin (Kampfpartei neuen Typs, Neuorientierung im imperialistischen Stadium, Führer der Bolschewiki in der Oktoberrevolution), Stalin (Aufbau des Sozialismus in einem ökonomisch schwach entwickelten Land), Mao (Volkskrieg, neudemokratische Revolution, Aufbau des Sozialismus in einem halbfeudalen, halbkolonialen Land; Kulturrevolution zur Entmachtung der neuen Bourgeoisie und zur Verhinderung der Restauration des Kapitalismus).

Seit dem Ende der 1970er Jahre gibt es nirgends auf der Welt mehr eine sozialistische Gesellschaftsordnung, an der wir uns im Kampf für die proletarische Revolution in Österreich orientieren können. Zwei Generationen von Revolutionär/innen haben als angeblichen „Sozialismus/Kommunismus“ nur noch bürokratisch-kapitalistische Regimes kennen

gelernt und die demagogische bürgerliche Hetze, die oft reale Misstände und Gräuel in diesen Ländern aufgreift. Deshalb ist es für die revolutionär-kommunistische Bewegung und ihre Parteien und Organisationen von größter Bedeutung,

1. die fundamentalen Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus, vor allem die klassischen Schriften zu studieren und bekannt zu machen;

2. die positiven Erfahrungen aus dem Aufbau des Sozialismus in verschiedenen Ländern zu betonen – aber auch die negativen Erfahrungen, die zu Niederlagen führten, zu diskutieren;

3. die Erfolge und Schwierigkeiten der revolutionär-kommunistischen Parteien insbesondere in den letzten 40 Jahren auszuwerten und Lehren für die heutigen Kampfaufgaben zu ziehen;

4. die Revolutionstheorie, insbesondere für die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder, auf die Höhe der Zeit zu bringen;

5. noch genauer die inneren Widersprüche zu analysieren, die Mitte der 1950er Jahre zur Restauration des Kapitalismus in den meisten Ländern des sozialistischen Blocks geführt haben;

6. eine detaillierte Analyse der Weltlage auf dem neuesten Stand, der Entwicklungstendenzen und der Bedingungen für die Weltrevolution zu erarbeiten (sowie für das jeweils eigene Land);

7. Beiträge für die Herausbildung eines Netzwerks und Keimformen einer neuen Internationale der revolutionär-kommunistischen Parteien zu leisten.

Die Hauptschwäche der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung besteht darin, dass es

1. in den imperialistischen Ländern seit Jahrzehnten nur schwach entwickelte Klassenkämpfe und nahezu keine revolutionäre Bewegung gibt, deren Kampferfahrungen verallgemeinert werden könnten;

2. die revolutionär-kommunistischen Parteien in den Neokolonien es nicht schaffen, die Theorie wirklich weiter zu entwickeln und auf Grundlage der Diskussion der Erfahrungen der letzten 40 Jahre eine politische Leitlinie zumindest für die aktuellen Sturmzentren der Weltrevolution zu erarbeiten (sondern oft die Besonderheiten ihrer Bewegungen in den Vordergrund der Diskussion stellen – Gonzalo-Ideen, Prachanda-Pfad etc.);

3. der Moderne Revisio-nismus und Neorevisionismus (d.h. rechtsopportunistische und zentristische Strömungen) nach wie vor eine verderbliche und teilweise extrem spalterische Rolle in der Internationalen Kommunistischen Bewegung (IKB) spielen.

In dieser schwierigen Situation begrüßen wir alle Initiativen revolutionär-kommunistischer Parteien, die durch die Organisation von bilateralen Treffen, internationalen Konferenzen, Netzwerken und Keimformen einer neuen Internationale in einem oder mehreren der oben genannten 10 Punkte die IKB weiter zu bringen versuchen.

Wir bekräftigen unsere Absicht, in unseren Kräften entsprechender Form an solchen Initiativen teilzunehmen und zur Stärkung der IRKB beizutragen.

**Es lebe der Revolutionäre Kommunismus!  
Vorwärts im Aufbau Revolutionär Kommunistischer Parteien!  
Tod dem Imperialismus!  
Vorwärts zur proletarischen Weltrevolution durch die Vorbereitung der proletarischen Revolution in jedem Land!**

(November 2010)

# Eckpunkte unserer Politik

*Dieser Text wurde ursprünglich unter dem Titel „Grundlagen zur Diskussion für eine engere Zusammenarbeit der am Marxismus-Leninismus orientierten Kräfte in Österreich“ im November 1998 erstellt. Er wurde in leicht veränderter Version 2010 neu beschlossen, um die Eckpunkte unserer Politik in Kurzform zu umreißen. Er umfasst 6 grundlegende Punkte (fett gedruckt), die wir für eine dauerhafte enge politische Zusammenarbeit für unverzichtbar halten. In den jeweils angefügten Erläuterungen zu den Punkten grenzen wir vor allem Positionen aus, die wir für ausdrücklich falsch halten und daher für eine engere Zusammenarbeit ausschließen. Das heißt aber nicht, dass wir mit Personen, Gruppen oder Organisationen, die solche Positionen vertreten nicht zu bestimmten Fragen und einzelnen Aktionen Aktionseinheiten oder auch Bündnisse schließen könnten, bzw. das auch tun.*

*(IA\*RKP, November 2010)*

Wir gehen von der unvermeidlichen Verschärfung der drei großen Widersprüche im Imperialismus aus, den Widersprüchen zwischen Arbeiter/innenklasse und Bourgeoisie, zwischen den unterdrückten Volksmassen und den Imperialisten und zwischen den Imperialisten untereinander.

**1. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse durch das Kapital ist die Grundlage der Wirtschaftsordnung. Das Proletariat ist die fortgeschrittenste Klasse und deswegen kommt ihr die Rolle zu, eine neue Gesellschaftsordnung zu erkämpfen.**

Der der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde liegende Widerspruch ist der zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das bedeutet: Gesellschaftliche Produktion und private Aneignung der Produkte, sowie einerseits doppelt freie Arbeitskräfte (frei von Produktionsmitteln und formal-juristisch freie Personen, die einen Ausbeuter selbst suchen müssen), andererseits privates Eigentum und private Verfügungsgewalt über die Mittel zur Produktion. Von diesem Grundwiderspruch werden alle anderen Widersprüche im ka-

pitalistischen Weltsystem bestimmt, z.B. Imperialismus, Rassismus, Patriarchat, Raubkriege, Umweltzerstörung...

Das Proletariat erzeugt in gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung einen immer größeren Teil aller Waren und Werte (in Österreich nahezu alles). Aufgrund des gesellschaftlichen Charakters seiner Arbeitstätigkeit ist es (nach Ausschaltung der Kapitalistenklasse) imstande, die Gesamtproduktion planmäßig zu organisieren und nach den Bedürfnissen der Gesellschaft zu entwickeln.

Wir weisen die Auffassung zurück, dass die imperialistische Ausplünderung und Überausbeutung die Grundlage des „imperialistischen Weltsystems“ sei. Gesellschaftliche Werte werden geschaffen, indem menschliche Arbeitskraft verausgabt wird; durch räuberische Aneignung (d.h. im Zirkulationsbereich) entstehen keine neuen Werte. Die Grundlage von Kapitalexpert und (neo)kolonialer Ausbeutung ist die Überakkumulation von Kapital in den imperialistischen Metropolen.

Da die produzierten Waren reale Werte darstellen, würde auch der totale Zusammenbruch

des kapitalistischen Finanzsystems nicht zum „Ende der Warenwirtschaft“ und zum „Ende des Kapitalismus“ führen, sondern früher oder später (allerdings nicht automatisch) zur Machtergreifung des Proletariats.

**2. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist der Motor der gesellschaftlichen Entwicklung und die proletarische Revolution ist das nächste strategische Ziel des Klassenkampfes und Ausgangspunkt für die Er kämpfung einer klassenlosen Gesellschaft.**

Auch fast 100 Jahre nach der Oktoberrevolution hat sich nichts daran geändert, dass die gesellschaftliche Entwicklung durch Klassenkämpfe vorangetrieben wird (und nicht etwa durch Ideen, Zufälle oder Erfindungen). Von den beiden Hauptklassen unserer Gesellschaft vertritt das Proletariat die historisch fortgeschrittenere Produktionsweise, während die imperialistische Bourgeoisie die gesellschaftliche Entwicklung aufhält. Das Proletariat stürzt früher oder später die Bourgeoisie, zerschlägt ihren Staatsapparat und ergreift selbst die politische Macht. Die Diktatur des Proletariats

ist zugleich die uneingeschränkte Diktatur über die gestürzte Ausbeuter- und Unterdrückerklasse und zugleich die Entfaltung wirklicher Demokratie für Arbeiter/innenklasse und Volk. Es beginnt mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und mit dem Aufbau des Sozialismus und wälzt alle gesellschaftlichen Verhältnisse um in Richtung Kommunismus. Auf seinem Weg befreit das Proletariat zugleich alle unterdrückten Klassen und Schichten der Gesellschaft und führt sie von der formalen Gleichheit des bürgerlichen Rechts zur wirklichen ökonomischen und sozialen Gleichheit des Kommunismus.

Die proletarische Revolution ist das unmittelbare nächste strategische Ziel der Arbeiter/innenklasse und der revolutionär-kommunistischen Bewegung in Österreich. Die bloße Verteidigung der „bürgerlichen Demokratie“ gegen den Faschismus, der Ausbau von „Arbeitermitbestimmung“ gegen „Unternehmerwillkür“ (auf Basis bürgerlichen Rechts) und andere „Reformprojekte“ unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals sind keine zum Sozialismus vorwärts treibenden Elemente. Auch sind alle „Übergangsstufen“ oder „Zwischenetappen“ auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats nur bürgerliche Hirngespinnste. Der schmarotzerhafte Wohlstand auf einem winzigen Teil des Erdballs stellt keineswegs das Ende der

geschichtlichen Entwicklung der Menschheit dar.

**3. Die historische Erfahrung der letzten Jahrzehnte beweist aufs Neue die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfs gegen den Revisionismus, für die Diktatur des Proletariats und die Fortsetzung des Klassenkampfes gegen die alte und neue (bürokratische) Bourgeoisie bis zur klassenlosen Gesellschaft. Mit der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse stellt der Kampf gegen das Aufkommen einer neuen Bourgeoisie (aus einer Bürokratischenchicht in Staat und Wirtschaft) die politische Hauptaufgabe dar, die nur gestützt auf die Mobilisierung der Volksmassen erfolgreich sein kann.**

Die entscheidenden Niederlagen erlitt die revolutionäre Arbeiter/innenbewegung in den letzten 100 Jahren jeweils durch ihre theoretischen und ideologischen Schwächen. Sowohl die Niederlagen ab 1918, als auch die zeitweiligen Niederlagen gegen den Faschismus, wie auch die Niederlagen des Sozialismus in der Sowjetunion, China und anderen Ländern erfolgten nicht in erster Linie auf militärischer Ebene.

Während der alte Revisionismus Bernsteins die Lehren von Marx offen angriff, benutzte der moderne Revisionismus (von Chruschtschow, Breschnew, Deng usw.) Zitate von Marx und Lenin, um den revolutionären kommunistischen Kern der Theorie zu zerstören.

Heutige neorevisionistische Strömungen berufen sich z.T. demagogisch auf Stalin, um ihren Revisionismus zu verschleiern und um den Sozialimperialismus unter Breschnew zu rechtfertigen.

Wir bekämpfen alle Theorien, die die Notwendigkeit der gewaltsamen Machtergreifung durch das Proletariat leugnen oder in Frage stellen und wir betonen, dass unter der Diktatur des Proletariats die Arbeiter/innenklasse unter Führung der Kommunist/innen den Klassenkampf gegen die alte Bourgeoisie bis zu ihrer Vernichtung fortsetzen muss.

Auch in einem Staat der Volksdemokratie (Arbeiter-Bauernherrschaft) ist die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution eine eigenständige Kampfaufgabe für die Arbeiter/innenklasse und ihre kommunistische Partei.

**4. Mit der Herrschaft des Monopolkapitals (Finanzkapitals) im imperialistischen Stadium des Kapitalismus werden einerseits die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker (v.a. der Neokolonien) und andererseits die Kämpfe gegen die verschärfte Unterdrückung (durch Patriarchat, Rassismus, Militarismus und Faschisierung) zu einem möglichen Bestandteil der Kräfte der sozialistischen Weltrevolution.**

Auch antiimperialistische Befreiungsbewegungen unter kleinbürgerlicher Führung sind Kräfte der Revolution und Bündnis-

partner für die revolutionäre Bewegung in den imperialistischen Metropolen, weil der gemeinsame Feind geschwächt wird. Über die offen terroristische Unterdrückung in den Neokolonien hinaus spielt die ideologische Verhetzung der Volksmassen, besonders in den imperialistischen Metropolen, eine entscheidende Rolle. Rassismus, Militarismus, patriarchales Denken usw. sind oft wichtigere Mittel zur Absicherung der Herrschaft der Bourgeoisie als die offene Drohung mit Waffengewalt. Deswegen dürfen Kommunist/innen bei Kämpfen zu diesen Fragen nicht abseits stehen. Damit diese Kämpfe zu einem Teil des sozialistischen Kampfes für die Revolution werden, müssen sie den proletarischen Klassenstandpunkt beinhalten und von ihm ausgehen. Das Proletariat muss daher in seinem Kampf alle vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Schichten unter seiner Führung zusammenschließen.

**5. Um die sozialistische Revolution durchzuführen muss die Arbeiter/innenklasse den Kampf in nationalem Rahmen gegen die eigene Bourgeoisie entwickeln. Gleichzeitig muss sie im Geist des proletarischen Internationalismus den engen Zusammenschluss mit den kämpfenden Arbeiter/innen anderer Länder und die Unterstützung insbesondere der von den ‚eigenen‘ Imperialisten ausgebeuteten und unterdrückten Völker vorantreiben.**

Durch die fortschreitende Entwicklung der EU (und anderer internationaler Zusammenschlüsse des Monopolkapitals) ist die österreichische Bourgeoisie national und international organisiert. Die politischen Entscheidungen werden zunehmend nicht nur in Wien, sondern auch in Brüssel getroffen. Trotzdem wird der bewaffnete Aufstand zuerst einmal die politische Macht der Bourgeoisie in Österreich brechen. Die Absicherung der Arbeiter/innenrepublik und die Inangriffnahme des Aufbaus des Sozialismus ist - zumindest vorübergehend - auch in einem kleinen Teil Europas, z.B. Österreich, möglich. Dazu ist natürlich die enge Verbindung und Solidarität mit den revolutionären Bewegungen anderer Länder und die gegenseitige Unterstützung notwendig.

Der endgültige Sieg des Sozialismus und der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft kann jedoch nur in einem breiten Zusammenschluss vieler sozialistischer Länder erreicht werden.

Wir wenden uns gegen alle, die den Aufbau des Sozialismus in einem Land für unmöglich erklären und deshalb der Schmiedung internationaler Bündnisse, europaweiten Aktionen und den Solidaritätsbekundungen mit Klassenkämpfen auf der ganzen Welt mehr Energie und Aufmerksamkeit widmen, als der Vorbereitung der Revolution in Österreich.

**6. Um den politischen Kampf des Proletariats zum bewaffneten Aufstand, zur Machtübernahme und zur Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats erfolgreich vorwärtszubringen, ist eine feste Kaderorganisation aus den besten Kräften des Proletariats, eine revolutionär-kommunistische Kampfpartei notwendig. Dafür ist von Anfang an die planmäßige kommunistische Arbeit in der Arbeiter/innenklasse, sowie die Aneignung, Auseinandersetzung und Anwendung des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf unverzichtbar.**

Die revolutionäre Partei des Proletariats entsteht nicht von selbst im Kampf, sondern durch den bewussten organisatorischen Zusammenschluss der kommunistischen Kämpfer/innen, die die revolutionäre Theorie mit der revolutionären Praxis verbinden.

Die Partei wird nicht durch Konferenzerklärungen geschaffen, sondern durch Entwicklung und Verankerung kommunistischer Kader in den Kämpfen der Arbeiter/innenklasse.

Die Partei entsteht nicht in zwei Etappen durch Konzentration auf Gewerkschaftsarbeit und „soziale Kämpfe“ und eine spätere Weiterentwicklung der Organisation zu einer kommunistischen Gruppe, sondern durch kommunistische Politik von Anfang an.

Daraus ergeben sich auch die aktuellen ersten Schritte im Parteaufbau.

# Notiz zur Situation der EU Ende 2010

Der folgende Diskussionsbeitrag bezieht sich auf die Einschätzung des Politischen Berichtes 2009, siehe PR 39a (Februar 2009) und wurde zur Vorbereitung der 10. Konferenz der IA\*RKP verfasst.

Die Lage der EU hinsichtlich ihrer inneren und äußeren Widersprüche hat sich gegenüber Ende 2009 nicht substantiell verändert. Die Feststellungen des Politischen Berichtes 2009 gelten nach wie vor: Der Auf- und Ausbau der EU auf Basis des Lissabonner Vertrags geht zielstrebig weiter und damit die Tendenz zur Übertragung von mehr und mehr Funktionen des bürgerlichen Staatsapparats auf die EU. Das Gespann Deutschland-Frankreich ist dabei die Lokomotive. Das Interesse der imperialistischen Bourgeoisien am Aufbau einer eigenständigen EU-Machtposition gegenüber den imperialistischen Rivalen, v.a. den USA, überwiegt weiterhin die Widersprüche zwischen ihnen. Die EU-„Integration“ macht weiter „Fortschritte“, vor allem auf politischem und ökonomischem Gebiet (z.B. erste Ansätze einer „Gemeinsamen Außenpolitik“). Auch auf dem Gebiet der staatlichen Gewaltapparate („Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“) gibt es „Fortschritte“, v.a. im polizeilichen und „Sicherheitsbereich“. Etwas holpriger als geplant ist die Entwicklung in der Militärpolitik. Die schwächeren peripheren Länder, vor allem die neuen EU-Mitglieder im Osten und Südosten, aber auch Griechenland und Portugal werden wie geplant immer tiefer in die neokoloniale Abhängigkeit gedrückt. Auch nach außen hin wird die EU-Machtposition gegenüber den imperialisti-

schen Rivalen weiter auf- und ausgebaut. Das heißt Vorantreiben eines strategisch globalen Auftretens, zunehmende „Emanzipation“ gegenüber den USA, Vorbereitung auf China als globalen Rivalen, „aktive Wachsamkeit“ gegenüber Russland. Es ist nach wie vor richtig, dass wir uns in einem Prozess der dramatischen Umgruppierung der Weltlage befinden und dies erstmals seit drei Jahrzehnten wieder einen signifikanten Anstieg der Gefahr zwischenimperialistischer Kriege bedeutet.

In der EU bzw. um sie herum sind mehrere Kategorien von „Mitgliedsländern“ bzw. Anwärtern zu sehen: regelrecht neokolonisierte Länder (z.B. Rumänien, Bulgarien, Serbien, Montenegro, Bosnien, Albanien, die baltischen Staaten...), weitere schwache abhängige Länder (z.B. Slowakei, Kroatien), eine mittlere Kategorie von Ländern, die trotz ihrer Größe oder einer relativ hohen Produktivität dennoch eher auf der abhängigen als auf der imperialistischen Seite stehen (z.B. Polen, Ungarn), kleine, aber hochproduktive, seit langem in die imperialistische Phalanx eingeordnete und imperialistisch gut aufgestellte Länder, die teils im Fahrwasser der EU-Hauptmächte oder auch dort oder da eigenständig imperialistisch unterwegs sind (z.B. Österreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg), große Imperialisten, die aber insgesamt (trotz starker Positionen in Teilbereichen, z.B. beim

Kapitalexport oder in der Rüstungsindustrie) keine führende Rolle spielen (Spanien und Italien) und schließlich die imperialistischen Hauptmächte Deutschland und Frankreich. Dazwischen bestehen fließende Übergänge (z.B. Irland, Slowenien). Eine Sonderrolle spielt UK, das zwischen der EU und den USA laviert und wechselnde Bündnisse eingeht und Widersprüche austrägt.

Zugleich mit dem Auf- und Ausbau der EU verschärfen sich eine Reihe von inneren Widersprüchen. Dies hat sich 2010 stärker akzentuiert als in den Jahren zuvor. Die Gründe dafür sind in erster Linie die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise (incl. der anhaltenden Instabilität des Finanzsystems, der weiterhin grassierenden Spekulation, etc.), heftig aufflackernde Klassenkämpfe in einigen Ländern und die immer deutlichere und auch schnellere Umgruppierung der internationalen Lage. Elemente dieser Umgruppierung sind die Tiefe der Wirtschaftskrise der USA, das zunehmende ökonomische Schlingern des US-Kapitalismus (Strukturprobleme, Zahlungsbilanzungleichgewichte, Verschuldungsgrad ...) sowie politisch-militärische Niederlagen und Sackgasen der USA auf der einen Seite, der fulminante (und immer deutlicher spürbare) Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht und globaler Rivale auf der anderen Seite. Es sind dabei vor allem die folgenden drei

Ebenen von Widersprüchen zu unterscheiden.

Erstens verschärfen sich objektiv, dort oder da auch bereits subjektiv, manchmal (wie im Fall Griechenlands) sogar sehr heftig, **Widersprüche zwischen den imperialistischen und den neokolonisierten und sonstigen stark abhängigen Ländern**, denen gegenüber Deutschland und Frankreich, mit wechselnden Allianzen (vor allem auch mit Italien und Spanien), einen Block bilden. Es bestehen Widersprüche der Völker dieser Länder (gegebenenfalls auch anderer Länder, die aufgrund spezifischer Umstände in die Mühle der EU geraten, z.B. Ungarn, Portugal) gegen den EU-Imperialismus. Der Klassenkampf um die proletarische Revolution in diesen Ländern schließt ein den Kampf gegen die Unterwerfung durch den EU-Imperialismus und um Abschüttelung des Jochs der EU (d.h. in einem richtig verstandenen Sinn um „nationale Unabhängigkeit“, wobei allerdings dem EU-Imperialismus hauptsächlich der Zusammenschluss der Völker der abhängigen Länder entgegensetzen wäre, z.B. der Zusammenschluss der Balkanvölker). In vielen Fällen wird das auch den Kampf um den Austritt aus der EU bedeuten (das muss jeweils konkret analysiert werden). Es gibt einige gute Ansätze der Verbindung des Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie und Regierung mit dem Kampf gegen den EU-Neokolonialismus (z.B. Griechenland, aber auch

den Kampf der Dacia-Arbeiter in Rumänien gegen Renault). Leider ist aber das Klassenbewusstsein, auch das historische Bewusstsein, vielfach so verschüttet und im Osten und Südosten die ideologische Deformation durch den „realen Sozialismus“ und den Sozialimperialismus so groß, dass sich statt des antiimperialistischen und antikapitalistischen Klassenkampfes oft faschistische „Auswege“ anbieten.

Zweitens verschärfen sich objektiv die **Klassenwidersprüche in den imperialistischen Metropolen**. Der Kampf, unmittelbar einmal gegen die „Sanierung“ der Staatshaushalte, gegen das weitere Vortreiben des „neo-liberalen“ Projekts, d.h. weitere Privatisierung, Deregulierung, Auslagerung und „Finanzkapitalisierung“ (= Börsennotierung) weiterer wichtiger Bereiche der Gesellschaft, gegen die akute Gefährdung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, den rasch wachsenden massenhaften Pauperismus usw., wird immer drängender. Leider hinkt das subjektive Element in den meisten Ländern massiv nach. In einigen Ländern sind dafür die hohe Extraprofiten aus der direkten oder indirekten (Mehrwertumverteilung) Ausbeutung fremder Arbeiterklassen maßgeblich (z.B. Österreich). Immerhin aber gab oder gibt es bereits Kämpfe in einigen Ländern, insbesondere in Griechenland und Frankreich, auch in Portugal (Generalstreik am 24.11.!) und Spanien

und partiell auch Italien. Allerdings sind wir in allen diesen und noch viel mehr in den anderen Ländern noch tief in der strategischen Defensive.

Ein Aufschwung der Klassenkämpfe in Deutschland, als einem der beiden kontinentalen Machtzentren der EU, wäre besonders wichtig. Die Lage in Deutschland ist schwer einzuschätzen. Die Einschätzungen der MLPD, die überall den Beginn oder wenigstens Vorboten der „Arbeiteroffensive“ zu erkennen glaubt, sind bei weitem zu optimistisch, aber doch scheint es, dass es unter den Arbeiter- und Volksmassen seit der Krise ziemlich gärt und Regierung und Kapital (samt ihrer „Gewerkschaftsführer“) an einigen Punkten ziemlich unter Druck sind. Der „Volkszorn“ entlädt sich derzeit an Fragen der Demokratie („Stuttgart 21“, Atomkraftwerkspolitik), aber es wächst offenbar auch der Druck der Arbeiter/innenklasse zur Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen (Metall-Tarifrunde, Kampf gegen die vorzeitige Schließung der Kohlebergwerke etc). Aber wir stecken hier noch viel tiefer in der Ohnmacht und allenfalls Defensive als z.B. in Frankreich. Trotzdem ist sich die Bourgeoisie ihrer Sache nicht hundertprozentig sicher (auch der eilige Metall-KV-Abschluss mit immerhin 3,6% Lohnerhöhung zeugt davon). Daher wird ja auch akribisch und mit aller Macht ein neuer deutscher Nationalchauvinismus geschürt,

ein probates Mittel, um die Massen ideologisch niederzuhalten (abgesehen von seinem Zweck der ideologischen Mobilisierung für die künftige Entfaltung der imperialen Macht Deutschlands). Dieser „national Aufbruch“ der deutschen Bourgeoisie hat sich in den letzten Jahren qualitativ verstärkt.

Die französische Bourgeoisie ist in erheblichen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Pläne. Ihre Regierung ist in ihrer imperialen Selbstüberschätzung (die übrigens nicht nur in Frankreich, sondern auch in Afrika sehr stark wahrgenommen wird) vielleicht auch ungeschickt vorgegangen: zu rassistisch, zu halb-faschistisch, zu scharf, zu brutal, zu schnell. Es gibt auch nach der Niederlage der Kämpfe gegen die „Pensionsreform“ überall „Brandnester“, die jederzeit wieder aufflammen können, es vergeht buchstäblich kein Tag, wo es nicht Streiks oder kürzere Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, Betriebs- oder Uni-Besetzungen, größere oder kleinere Straßenkämpfe und -tumulte mit der Polizei gibt. Die Frage ist natürlich die nach der Perspektive dieser Kämpfe, denn es gibt zwar viel Revolte, aber wenig Klassenbewusstsein, vor allem kaum irgendeine Klarheit über den politischen Weg, auch nicht bei den fortgeschrittensten Teilen der Bewegung. Es besteht die Gefahr, dass es der Sozialdemokratie und den diversen Reformisten und Trotzlisten gelingt,

Rebellion und Unmut vorwiegend auf die Wahlen 2012 zu lenken und damit den Klassenkampf weiter zu unterminieren.

Fortschritte an diesen beiden Kampffronten, dem Klassenkampf in den unterdrückten und abhängigen „Mitgliedsländern“ und dem der Arbeiter- und Volksmassen in den imperialistischen Zentren, könnten, wenn sie stark genug werden, das ganze Lissabonner Projekt in Schwierigkeiten bringen, jedenfalls zumindest seinen Fahrplan (eine neue Flut an Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung, „Sanierung“ der Staatshaushalte, weitere Hierarchisierung der EU, Vortreiben der „neoliberalen“ Finanzialisierungspläne ...) ordentlich durcheinander bringen. Auch würden Fortschritte im Klassenkampf die Widersprüche zwischen den EU-Imperialisten verschärfen und damit den Gegner schwächen. Um es aber nochmals zu sagen: Die Fortschritte bestünden in der Organisation der Defensive, um vielleicht aus dieser heraus Konterattacken an geeigneten Frontabschnitten zu unternehmen.

Es gibt aber nicht nur die Widersprüche „zwischen uns und dem Feind“, sondern auch solche im feindlichen Lager. Zwar legen die imperialistischen EU-Bourgeoisien nach wie vor das Hauptgewicht auf das Vortreiben des Lissabonner Projektes, aber dennoch verschärfen sich augenscheinlich auch die

**Widersprüche zwischen den führenden Imperialisten**, speziell die zwischen Deutschland und Frankreich. Zwischen den beiden EU-Hauptmächten sind im Jahr 2010 mehrfach erhebliche Konflikte aufgetreten, die zwar alle irgendwie „gelöst“ wurden, oft durch „Kompromisse“, oft aber auch nur durch Nachgeben eines der beiden nach heftigen und oft lautstarken Auseinandersetzungen:

- der Griff Deutschlands im Frühjahr nach der Oberherrschaft über Griechenland und der Widerstand Frankreichs dagegen
- der Konflikt um den EU-„Rettungsschirm“ für den Fall neuer Spekulationswellen gegen einzelne Mitgliedsländer oder „den Euro“, um die Vorbedingungen für eine „Hilfe“, um die Rolle der EZB etc.
- der Konflikt um eine EU-Vertragsänderung (Stimmrechtsentzug, Sanktionsautomatik...)
- die Widersprüche, „Alleingänge“ etc. um die „Bankenregulierung“ und „Bankenbesteuerung“
- der Konflikt um den „Neo-Merkantilismus“ Deutschlands („Exportweltmeister“ zulasten anderer EU-Länder), der ökonomische Ungleichgewichte in der EU verstärkt und das EU-Schiff noch schwerer manövrierbar macht
- Fragen der Militärpolitik, der Rüstungsindustrie und des Waffenhandels (bilaterales Abkommen Frankreich-UK bez. Kooperation im Atomwaffenbereich, Nutzung von Flugzeugträgern und einer bilateralen 5.000-Mann Eingreiftruppe; französische Waffenlie-



ferungen (Hubschrauberträger) an Russland; Streit um das Transportflugzeug A400M...), wobei sichtbar wird, dass es hier – neben dem Nuklearbereich - genau um von der Ausrüstung her schwache Punkte der EU-Militärmacht geht (Flugzeug- und Hubschrauberträger, Transportkapazität für schweres Gerät, globale Logistik...)

Das waren und sind erhebliche Widersprüche. Meistens wurden sie durch das scharfmacherische und oft geradezu provokante Vorgehen Deutschlands ausgelöst oder angeheizt. Offenbar erwartet sich Deutschland aus so einer Politik mehr Nutzen (Stärkung seiner Position, Einschüchterung widerständiger „Partner“) als Schaden (Gefahr einer politischen Isolierung in Teilen der EU, Beschädigung der „deutsch-französischen Achse“). Jedenfalls gilt, dass, wenn sich diese oder andere Widersprüche weiter verschärfen, dies die Kohärenz der EU und des Lissabonner Projektes bedroht oder wenigstens schwächt, zwar weniger als ein Aufschwung der Klassenkämpfe, aber doch wesentlich mehr als irgendwelche „Euro-Krisen“ wie im Frühjahr (die natürlich ebenfalls Widersprüche widerspiegeln und zu neuen Widersprüchen führen).

Keine großen und raschen „Fortschritte“ kann die EU-„Integration“ bei der Militär- und Rüstungspolitik feiern. Das Ziel einer „gemeinsamen“ globalen EU-Militärpräsenz ist

in Art.17 des Lissabonner Vertrages festgeschrieben, aber der Aufbau einer solchen Militärmacht kollidiert offenkundig damit, dass sich die großen Imperialisten ihre Souveränität auf militärischen Gebiet nicht ernsthaft beschneiden lassen wollen (es sei denn, sie würden einmal die EU in ausreichendem Maß selbst dominieren). Frankreich als Beispiel: Frankreich denkt nicht im Geringsten daran, seine Nuklearwaffe (die stärker ist als die britische) aus der Hand zu geben, legt aber einen verstärkten Fokus auf deren Verbesserung und Weiterentwicklung. Auch auf anderen Gebieten entwickelt Frankreich seine Rüstungsindustrie (mit enormen Kosten und gegen die „ökonomische Vernunft“ aus der Sicht der Gesamt-EU) eigenständig weiter: das neue, bis 2020 zu realisierende Panzerprojekt „Scorpion“, der Hubschrauberträger „Mistral“, die neue Fregattengeneration „Aquitaine“... Nur der Plan eines zweiten Flugzeugträgers wurde verschoben. Überhaupt sind sich die seit der Krise „leeren Kassen“ mit den ambitionierten Rüstungsprogrammen in die Quere gekommen. Auch um den Großraumtransporter A300M gab es lange und heftige Differenzen (nicht nur wegen der Finanzierung der Mehrkosten von 5,3 Mrd. Euro, sondern auch wegen militärischer Aspekte wie z.B. der von Deutschland geforderten absoluten Tiefflugtauglichkeit), die allerdings kürzlich beigelegt wurden. Ansonsten erscheint die

Militärpolitik Frankreichs manchmal chaotisch: Bilaterale Gemeinschaftstruppe mit Deutschland, jetzt aber auch eine ebensolche mit UK, „Reintegration“ in die NATO, aber nicht wirklich und vor allem nicht der Atomwaffen, die Auslandseinsätze manchmal unter UN- oder EU- oder sonst einem Mäntelchen, meist aber nicht, vor allem im Bereich der Frankophonie. (Bei den Rüstungsausgaben ist übrigens Frankreich mit 64 Mrd.\$ nach den USA (mit 661 Mrd.\$) und China (100 Mrd.\$) die Nr. 3, UK mit 58 Mrd.\$ die Nr.4 und Deutschland mit 46 Mrd.\$ die Nr. 7.) Die ganze Entwicklung im Rüstungs- und Militärbereich veranschaulicht deutlich, dass sich die EU-Imperialisten ganz konkret auf Kriege vorbereiten, die sie eventuell in absehbarer Zeit und auch selbst führen „müssen“, und dass dabei die einzelnen Imperialisten, jedenfalls die beiden größten, jeder für sich, die Kontrolle über Kernbereiche der Militärmacht zu behalten beabsichtigt.

Anscheinend keine großen Widersprüche gibt es um internationale Alleingänge Frankreichs wie z.B. sein verstärktes „Engagement“ in Afrika. Offenkundig kann man mit einer gewissen geographischen Aufteilung von Einflussphären leben (Frankreich „kümmert“ sich um Afrika, Deutschland um Polen, das Baltikum und generell den Osten und Südosten Europas). Es ist auch die globale Präsenz Frankreichs, speziell auch ihre militärische Seite,

stärker als die Deutschlands. Andererseits konnte keine westeuropäische Bourgeoisie in den letzten zwei Jahrzehnten die Ausbeutung derart erhöhen wie die deutsche. Dieser Vorteil, der sich vor allem in der hohen Exportquote (Warenexporte!) materialisiert, geht allerdings einher mit einem relativen Schwächeln beim Kapitalexport und einer größeren Krisenanfälligkeit. Über kurz oder lang müssen die ungleichmäßige Entwicklung der Stärken und Schwächen der einzelnen Monopolbourgeoisien und Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen auf diesem oder jenem Gebiet zu neuen Widersprüchen zwischen den großen EU-Imperialisten führen. Z.B. verlangt die Kontrolle von Rohstoffen auch entsprechend hohen und intensiven Kapitalexport und unter anderem Zugriff auf Afrika. Dieses Phänomen ist bekanntlich keineswegs neu in der Geschichte der zwischenimperialistischen

Beziehungen in Europa. Dann gibt es noch Widersprüche zwischen UK und dem Rest der EU. Position und Rolle von UK sind in der Hauptseite immer noch so, wie sie in den letzten Jahren waren, nämlich junior partner der USA, und das dürfte sich kurzfristig auch nicht wirklich ändern. Dennoch gibt einige Entwicklungen, die beobachtet werden müssen. Auf mittlere Sicht wäre es nicht verwunderlich, UK würde sich allmählich von der absteigenden Macht USA etwas mehr absetzen, und auch nicht, dass das durch die Tories geschähe (Labour war seit 1945 immer der Treiber in Richtung Unterordnung unter und Allianz mit den USA, was man unter New Labour neuerlich bestätigt sah). Andererseits bestehen historisch enge Beziehungen auf allen Gebieten (v.a. Kapitalverflechtung, Finanzmärkte) mit den USA, deren Zurückfahren ökonomische Probleme produzieren bzw.

verschärfen würde. Ferner erlaubt die politische (und auch militärische, geheimdienstliche...) Anlehnung an die USA eine „besondere Rolle“ von UK auf der internationalen Ebene (dies war nach 1945 die Antwort auf Schwächung und Niedergang des British Empire). Weiters hat UK durch Abstinenz, Desinteresse, „Querulantentum“ bezüglich der zwischenimperialistischen Konkurrenz in der EU „Tempoverlust“ erlitten und Terrain verloren. Es gibt also die Ebene der Beziehungen zu den USA, dann die der Positionierung innerhalb der EU, speziell hinsichtlich der Umsetzung des Lissabonner Vertrags, und schließlich bilaterales Paktieren mit den großen EU-Mächten (wie jüngst mit Frankreich auf militärischem Gebiet). Unmöglich zu prognostizieren, wie das weiter geht und zu welchen Winkelzügen sich die UK-Regierung vielleicht veranlasst sehen könnte.

# Antimaoismus bedeutet Antikommunismus

## Erklärung 2010

In unserer Geschichte, der Geschichte der revolutionär-kommunistischen Bewegung, gibt es drei rote Sterne, die geeignet sind global den zukünftigen Weg unserer Bewegung zu erhellen:

**Die Pariser Commune 1871:** Weltweit erste Diktatur des Proletariats.

**Die Oktoberrevolution 1917:** Errichtung der Sowjetmacht und anschließender Aufbau des Sozialismus

**Die Grosse Proletarische Kulturrevolution 1966:** Bewusste Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus bei Korrektur von Fehlentwicklungen der bisherigen kommunistischen Weltbewegung.

Durch jede dieser Revolutionen wurde die weltweite Bewegung auf ein höheres Niveaugehoben. Jede dieser Pionierleistungen erschließt neue, elementare und unentbehrliche Erkenntnisse für den Fortgang der Bewegung. Jede/r Revolutionär/in kann sich zu keinem dieser Meilensteine abweisend oder neutral verhalten, im Gegenteil ohne unumwunden positiver Grundhaltung zur Gesamtbilanz aller drei epochalen Umwälzungen bleibt das Bekenntnis zum revolutionären Kommunismus notwendigerweise unvollständig.

Der von Marx und Engels begründete Wissenschaftliche Kommunismus („Marxismus“) ist zuerst durch Lenin und Stalin („Marxismus-Leninismus“) und dann durch Mao („Marxismus-Leninismus-Mao Zedong-Ideen bzw. „Marxismus-Le-

ninismus-Maoismus“) entscheidend erweitert und vertieft worden.

Im Gegensatz dazu gibt es heute revisionistische Strömungen, die sich bewusst auch im imperialistischen Stadium des Kapitalismus hauptsächlich auf die Schriften von Marx (und Engels) stützen und die wissenschaftlichen Schriften Lenins (und Stalins) ignorieren. Weiters gibt es revisionistische Strömungen, die entschieden jede wesentliche Weiterentwicklung der kommunistischen Theorie nach 1952, insbesondere die große Bedeutung der positiven Lehren aus der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und die theoretischen Schriften Maos und der Kulturrevolutionsgruppe leugnen. Alle diese Strömungen bilden unserer Meinung nach heute keinen Teil der revolutionären kommunistischen Bewegung; sie können zwar teilweise in der Praxis richtige Positionen vertreten, können aber insgesamt keine sozial vorwärtstreibende Rolle spielen.

Historisch gesehen sind die drei (bzw. vier Bezeichnung) jeweils in scharfen Linienkämpfen innerhalb der kommunistischen Bewegung entstanden, wobei jedesmal der Name des führenden Theoretikers eingebaut wurde. Obwohl wir uns heute nach wie vor in der Epoche des monopolkapitalistischen Imperialismus befinden und in keiner neuen Epoche, halten wir die Nennung des Namens Mao für unverzichtbar, weil unter seiner Führung die KP Chinas die einzig bedeuten-

den Analysen zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und mögliche Schritte zu einer Verhinderung in anderen sozialistischen Ländern erarbeitet hat. (Wir wollen uns nicht an der vom Inhalt ablenkenden Diskussion beteiligen, ob die Bezeichnung „marxistisch-leninistisch-maoistisch“, oder „marxistisch-leninistisch-Mao-Zedong-Ideen“, oder „kommunistisch-maoistisch“ die beste ist – allerdings halten wir die Bezeichnung „maoistisch“ allein – ohne und statt „kommunistisch“ – für unzureichend.)

Allerdings können diese Bezeichnungen nach wichtigen Theoretikern dazu verleiten, den Wissenschaftlichen Kommunismus auf ein Theoriegebäude genialer Denker zu reduzieren und nicht als Synthese der klassenkämpferischen Erfahrungen von Millionen revolutionärer Arbeiter/innen und Volksmassen zu verstehen. Daher halten wir die Bezeichnung „Revolutionärer Kommunismus“ für unsere Theorie am besten geeignet.

Das alles schließt aber auch ein, dass wir Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao selbstverständlich als hervorragende Vorkämpfer des Revolutionären Kommunismus im 19. und 20. Jahrhundert betrachten. Wir bilanzieren die Verdienste jeder einzelnen dieser historischen Persönlichkeiten für die Theorie und Praxis des Revolutionären Kommunismus als bei weitem ihre Fehler überragend.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass wir uns bei unserer Rezeption des theoretischen

Erbes von niemandem auf die genannten fünf beschränken lassen.

Besonders Hoxhaisten und heutige Breschnewisten versteifen sich auf die Erhebung Stalins in den Rang eines Super- und Hauptklassikers. Dabei verteidigen und kanonisieren sie v.a. die Fehler der Internationalen Kommunistischen Bewegung unter Stalin und stiften dadurch mitunter erhebliche ideologische Verwirrung, die direkt Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus leitet.

Wichtig ist, dass wir das

Verhältnis 70:30 (70% Verdienste gegenüber 30% Fehler, wie es von Mao formuliert wurde) mit Inhalt ausfüllen. Das heißt, wenn wir Stalin verteidigen, dann müssen wir das möglichst konkret und nicht abstrakt tun. Z.B. sollen wir den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zur Zeit Stalins verteidigen, aber nicht die Fehler auf verschiedenen Gebieten (dazu zählen wir: Theorie der Produktivkräfte, Unumkehrbarkeit des Sozialismus, administrativ-bürokratisches Vorgehen, keine Unterscheidung von

Widersprüchen im Volk und denen zum Klassenfeind, die Verfolgung und Tötung von Kommunist/innen durch Organe der Diktatur des Proletariats, ...) in eben dieser Epoche.

Das Hauptangriffsziel der Revisionisten innerhalb der kommunistischen Bewegung sind weiterhin die mit der GPKR und Mao verbundenen Positionen. Diese Angriffe abzuwehren und zurückzuschlagen ist eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Front des lebensnotwendigen Kampfs gegen den Antikommunismus zu stärken.

## Selbstkritik der IA\*RKP

### zur Antimaoismus-Erklärung 2008

IA\*RKP November 2010  
ia.rkp.wordpress.com, ia.rkp2017@yahoo.com

Die Erklärung „Antimaoismus ist Antikommunismus“ der 8. Konferenz im Dezember 2008 wird in der damals beschlossenen Version (PR 35, S. 14) zurückgenommen, weil sie eine Reihe von Fehlern enthält, zu denen wir selbstkritisch Stellung nehmen. Gleichzeitig haben wir die Neufassung mit dem Titel „Antimaoismus bedeutet Antikommunismus! (Erklärung 2010)“ beschlossen. Folgende Stellen aus der alten Resolution 2008 halten wir insbesondere für falsch.

#### Die wichtigsten Selbstkritik-Punkte im Einzelnen:

„Oktoberrevolution 1917 – 1952“ und „GPKR 1966 – 1969“ : Hier werden zwei Dinge durcheinander gebracht. Die Oktoberrevolution hat nicht bis 1952 gedauert; die Klassenkämpfe im Gefolge der GPKR ha-

ben jedenfalls bis 1976 andauert. Außerdem heißt es bei der Sowjetunion „Aufbau des Sozialismus“, bei der VR China wird von „Diktatur des Proletariats“ gesprochen. Welche „bisherigen Bewegungen“ Fehlentwicklungen hervorbrachten – die IKB oder die chinesische – und was also in der GPKR korrigiert wurde, bleibt offen.

„Marxismus (durch Engels, Kautsky und die Zweite Internationale)“ geschaffen, „Marxismus-Leninismus (durch die Stalin-Fraktion in der KPdSU(B) und Komintern), Marxismus-Leninismus-Maoismus (durch Lin Biao und die Kulturrevolutionsgruppe)“ – „Lehre der genialen Stellvertreter“: Inhaltlich wurde die marxistische Theorie und Lehre durch Marx selbst geschaffen (allerdings in Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen, vor allem mit Engels, aufgrund

der Erfahrungen und Analysen der I. Internationale). Dasselbe gilt für die Fortsetzer, Punkt 2 „ML“ und Punkt 3 „MLM“.

„Stalin-Fraktion“: In der KPdSU(B) gab es zu dem Zeitpunkt keine Fraktionen (als festgefügte Organisationsform), aber es gab Strömungen und gemeinsame Positionen zu bestimmten Fragen, z.B. um Stalin, Trotzki, Bucharin usw. Der Begriff „Stalin-Fraktion“ ist eine Abwertung Stalins und der KPdSU(B), weil Stalin der von der großen Mehrheit gewählte Generalsekretär war. Korrekter wäre: „die Mehrheit der KPdSU(B) unter Stalin.“

„MLM durch Lin Biao und Kulturrevolutionsgruppe“: Diese Darstellung ist formal falsch, weil der Begriff „MLM“ (bzw. „Maoismus“ im positiven Sinn auch allein) erst später ver-

wendet wurde (international bekannt in den 1980er Jahren von der KP Peru). In den 1960er Jahren hieß der Begriff „ML Mao Zedong-Ideen“ (ML-MI). Inhaltlich wurde aber der Begriff ML-MI tatsächlich von Lin und der KR-Gruppe propagiert als Theorie einer neuen Epoche.

„Problematisch ist, dass jede dieser drei Etappen eine dogmatische Kanonisierung und Verengung der Theorie auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung festschreibt“ bzw. „allzu zeitgebundene Verengungen“: Diese Formulierung unterstellt eine heute international anerkannte „Kanonisierung und Verengung der Theorie“, was ein Unsinn ist. Es gibt seit den 1960er Jahren keine international definierende Instanz zum Begriff des „Marxismus-Leninismus“ und schon gar nicht zum „Marxismus-Leninismus-Maoismus“ – am ehesten noch zum Begriff der „Mao-Zedong-Ideen“, nämlich durch die damalige KP China (9. bis 11. Parteitag). Wenn irgendwo eine „Kanonisierung...“ durch eine beliebige Minigruppe in einem beliebigen Land erfolgt, ist das für die IKB unbedeutend. Außerdem wird z.B. mit dem MLM überhaupt nichts „festgeschrieben“, sondern vor allem auf existierende klassische Schriften des revolutionären Kommunismus hingewiesen. Gerade beim MLM gab es keinerlei „dogmatische Kanonisierung“ oder „zeitgebundene Verengungen“. Die RIM hatte nie genug internationale Autorität, dass sie ihre

MLM-Erklärung von 1993 gegenüber den mehr als 150 Parteien und Organisationen „mit einer positiven Haltung zu Mao“ als weitgehend „verbindlich“ verankern hätte können.

„Solche Begriffe (wie MLM) können im Handgemenge des jeweiligen Kampfes zweier Linien durchaus sinnvoll und nützlich sein, sie überleben sich aber früher oder später.“: Hier wird einerseits darauf angespielt, dass nicht mit jeder entscheidenden Weiterentwicklung der revolutionären kommunistischen Theorie ein neuer Name angehängt werden kann – das ist heutzutage jedenfalls nicht unser Hauptproblem. Andererseits ist es falsch, Marx, Lenin und Mao auf Präponenten eines beliebigen „Handgemenges“ zu reduzieren. Die Namen stehen immerhin für entscheidende Weiterentwicklungen der kommunistischen Theorie.

„Theorie des Revolutionären Kommunismus“: Uns ist durchaus bewusst, dass auch dieser Begriff Probleme mit sich bringt. Immerhin trug die bekannte französische und Führungssektion der trotzkistischen IV. Internationale den Namen „Revolutionär-Kommunistische Liga“ (LCR), und in Österreich gab es in den 1980er und 90er Jahren eine trotzkistische Organisation mit demselben Namen. Andererseits ist die international wichtige Revolutionär-Kommunistische Partei der USA (RCP. USA) seit 2 Jahren auf dem Weg in den offenen Revisionismus.

### Wie ist es zu den Fehlern in der Erklärung von 2008 gekommen, die eine Neuformulierung notwendig machten?

In der IA.RKP hat in der Zeit vor der 7. Konferenz (Ende 2007) ein heftiger Linienkampf gegen eine liquidatorische rechtopportunistische Strömung stattgefunden (vgl. „Parteiaufbau-Erfahrungen 2002-2007“, PR 31, S.46ff.) Der Ausschluss der offenen liquidatorischen Linie gegen den Parteiaufbau von oben war das Ergebnis von einem Abstimmungsblock auf der 7. Konferenz 2007 gebildet aus einer linken Linie in der Parteiaufbauorganisation, die konsequent am Parteiaufbau von oben festhielt und einer rechten Linie, die verdeckt durch dogmatischen „Antidogmatismus“ auf eine Liquidation des Parteiaufbaus hinsteuerte. Mit „originellen“ Formulierungen, deren inhaltliche Absicht nicht sofort durchschaubar war (wie z.B. „die Lehre der genialen Stellvertreter“ oder „im ML ist z.B. der Anti-Luxemburgismus enthalten, der eher kein grundlegendes Prinzip des RK darstellt“ usw.), wurden vorsichtig falsche Positionen eingeschmuggelt. Vorerst schien es sich eher um eine bewusst „undogmatische Formulierungsweise“ zu handeln. Erst als seit Ende 2009 immer offener revisionistische Positionen eingebracht und verteidigt wurden, wurde die Gefahr erkannt und bekämpft, und in der Folge auch die seit 2008 beschlossenen Thesen und Erklärungen noch einmal kritisch überprüft.

# Demokratische Volksrepublik Korea: Ein kapitalistisches Land, aber ein Stachel im Fleisch des Imperialismus

Die Bourgeoispropaganda verbindet mit Nordkorea üblicherweise Atombomben, Kriegstreiberei und militärische Scharmützel mit Südkorea sowie „Steinzeitstalinismus“. Lauter interessante Themen.

## **Atomwaffen: Vorwand für Einkreisung, Isolierung und Erpressung durch die Imperialisten**

Die DVR Korea verfügt vermutlich (jedenfalls nach eigenen Angaben) über ein paar Atombomben oder ist nahe dran. Zum Glück für das Land, muss man sagen, denn es ist akut von imperialistischer Aggression bedroht, seitens der USA und Südkoreas natürlich, auch seitens Japans, und es ist ständig militärischen und politischen Provokationen, Bedrohungen und Erpressungen ausgesetzt. China sei sein Verbündeter, heißt es, der neuen Hegemonialmacht kann man aber auch nicht über den Weg trauen. Wenn die DVR Korea seit den beiden Atomtests 2006 und 2009 tatsächlich Atomwaffen entwickelt hat, handelt es sich um sehr geringe Bestände. Während der „freie Westen“ angeblich befürchtet, dass der christlich-abendländische Weltuntergang durch ein, zwei, drei nordkoreanischen Bomben herbeigeführt wird, verfügen die USA und Russland jeweils über weit mehr als 10.000, China über 400, Frankreich über 350, UK über 225, Indien über 100,

Pakistan über 50-100 und Israel über 100-170 Kernwaffen; Deutschland und Japan könnten binnen weniger Wochen welche „bauen“. Während die Imperialisten und die anderen Atomkräfte bisher mindestens 2.000 Atomversuche durchgeführt haben, bedrohen die 2 in Nordkorea angeblich den sog. „Weltfrieden“. Ganz abgesehen einmal von den imperialistischen Hauptmächten, von denen die Hauptkriegsgefahr ausgeht und die mit ihren kriegerischen Aktivitäten eine Blutsur über den ganzen Planeten ziehen, stellen beim Kriegstreiber Nr.1 im Nahen Osten, bei Israel, einem der aggressivsten und terroristischsten Staaten der Erde, 100-170 Atombomben keine Gefahr dar, während beim Iran die bloß hypothetische Möglichkeit einer einzigen den Weltuntergang bedeutet und ebenso die paar Nordkoreas. Jedenfalls ist die DVR Korea hochgradig in ihrer Souveränität und Unabhängigkeit bedroht. Das Land, das zu Tode isoliert und boykottiert werden soll und dem Tag für Tag mit Krieg gedroht wird, erinnert sich noch gut, dass hier während des Koreakriegs vor 60 Jahren z.B. mehr Napalmbomben abgeworfen wurden als später über Vietnam und seine Wirtschaft durch die Verwüstungen, die der US-Imperialismus anrichtete, über Jahrzehnte hinweg schwerstens geschädigt

wurde. Für Nordkorea geht es also darum, sich mit allen Mitteln, auch mit der Verfügbarkeit von Atombomben, gegen die Gefahr der imperialistischen Aggression und Eroberung zu schützen, und das ist ein absolut verständliches und berechtigtes Anliegen. Zu erwähnen ist auch, dass eine entwickelte Kerntechnologie, ob zivil oder militärisch, von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung wäre und dadurch ebenfalls wieder die Unabhängigkeit stärkte. Dies gilt übrigens auch in Richtung China; von dort droht zwar kein militärischer Angriff (jedenfalls nicht unter den heutigen Umständen), aber die DVR Korea ist in den letzten Jahren von China auf allen Gebieten sehr abhängig geworden. Damit wären sowohl die Bedeutung der Atombombenfrage als auch die Interessen der verschiedenen Parteien klar. Dass die diversen rechten und „linken“ Menschen- und Friedensfreunde das nicht verstehen, sondern sich die Friedenssicherung ausgerechnet von den imperialistischen Kriegstreibern erwarten und ausgerechnet in der DVR Korea eine Kriegsgefahr vermuten, liegt in der Natur der reaktionären Sache.

## **Kriegsprovokationen und Zündelei durch die USA und Südkorea**

Ununterbrochen, zuletzt im Monatsrhythmus oder

öfter, finden Militärmanöver der USA und Südkoreas und militärische Provokationen gegen die DVR Korea statt. Ständig werden Artillerie- und Raketenbombardements geübt. Die jüngste „Eska-lation“ durch die DVR Korea bestand darin, dass am 23. November 2010 auf die Insel Yonpyong zurückgeschossen wurde. Von den dort stationierten Artillerie- und Raketenstellungen war nämlich zuvor mit scharfer Munition nordkoreanisches Seegebiet beschossen worden. Dazu muss man wissen, dass es sich bei der „kleinen, einsamen Insel mitten im Meer“ um einen tief in nordkoreanische Gewässer hinein (weit nördlich des 38. Breitengrades) vorgeschobenen Militärstützpunkt handelt, 150 Kilometer nördlich der Demarkationslinie auf dem Festland, aber nur 12 Kilometer von der nordkoreanischen Küste entfernt. Die Demarkationslinie war 1953 einseitig von den USA festgelegt worden und wurde von der DVR Korea nie anerkannt. Erst recht gilt das für die weit nördlich davon liegenden und von den USA und Südkorea einfach okkupierten und zu Festungen und einem Flottenstützpunkt ausgebauten Inseln wie Yonpyong. Ständig kommt es dort zu Gewaltakten gegen nordkoreanische Fischer. 1999, 2002 und 2009 hatte es schwe-

re Seegefechte gegeben. Wenig erstaunlich, dass die DVR Korea, nach der x-ten Warnung und nachdem auch diesmal die südkoreanische Seite erfolglos aufgefordert worden war, die Bombardements einzustellen, ihrerseits die südkoreanischen Stellungen beschoss<sup>1</sup>. Ab 29. November fanden schon wieder viertägige US- und südkoreanische Großmanöver statt (mit einem Flugzeugträger, weiteren 10 US-Kriegsschiffen, 75 US-Kampffjets, 7.000 US-Soldaten plus 63.000 Mann südkoreanischer Truppen aller Waffengattungen). Am 6. Dezember veranstaltete Südkorea neuerlich Schießübungen mit Artillerie und von Kriegsschiffen aus an die Grenze des und ins (nordkoreanische) Gelbe Meer. Dass die DVR Korea vor Kriegsbrandstiftung warnte und seine Armee, vor allem die Boden-Schiff- und die Boden-Luft-Raketen in Alarmbereitschaft versetzte, fand die imperialistische Öffentlichkeit für eine „unerhörte Provokation“. Diese Raketen haben 90 bzw. 30 Kilometer Reichweite, von der Küste aus, also wahrlich eine „offensive Bedrohung“ der Imperialisten. Soweit zur Kriegsbrandstiftung und Zündelei. Südkorea seinerseits rüstet inzwischen massiv auf, auch den Stützpunkt in Yonpyong, hat gerade den Kriegsminister als „zu lasch“ ausgewechselt und

rührt die Kriegstrommeln. Der nächste „Zwischenfall“ ist also schon vorprogrammiert.

### **Die Interessen der imperialistischen Mächte**

Warum ist Korea von so außerordentlichem Interesse für die Imperialisten? Es sind - anders als anderswo - nicht so sehr Rohstoffe, denn es gibt nicht allzu viele davon. Das ist ja gerade ein Problem der DVR Korea, auch in puncto Unabhängigkeit. Aber die strategische Bedeutung ist von seiner geostrategischen Lage her enorm. Die Region ist ein Brennpunkt im Ringen zwischen USA und China. China versucht seit Jahren, seine Präsenz im Gelben Meer zu verstärken und dort eine Vormachtstellung zu erringen. Die chinesische Militärdoktrin betrachtet das Gelbe Meer als chinesisches Binnenmeer, wenn das auch in der Politik und Diplomatie (noch) nicht offen ausgesprochen wird. Die USA ihrerseits (und Japan, das in den letzten Jahren ebenfalls massiv aufrüstet) wollen die chinesische Expansion eindämmen. Die Herrschaft über die koreanische Halbinsel nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Das ist das Hauptinteresse des Imperialismus und Hegemonismus aller Seiten und aller Couleurs. Dazu kommt natürlich das ökonomische Interesse an Nordkorea als Produkti-

<sup>1</sup> Wieso sich arme „Zivilisten“ in den südkoreanischen Stellungen aufhielten, wie mit Tränen in den Augen behauptet wurde, sei dahingestellt. In der ersten Presseverlautbarung Südkoreas waren die Opfer übrigens noch „ein oder zwei Marinesoldaten“ gewesen, um tags darauf in „zwei Soldaten und zwei Zivilisten“ zu mutieren und auf dem Weg nach Europa und in die USA schließlich in „vier Zivilisten“.

onshinterland (für Südkorea, Japan und natürlich China) und Absatzmarkt (hauptsächlich für China). Es gibt sogar ein bisschen Ölexploration an den Küsten. Natürlich würden alle die DVR Korea gerne schlucken, alle scheinen es aber derzeit eher auf ökonomische Infiltration, Brechung des Unabhängigkeitswillens, politische Neokolonisierung abgesehen zu haben, nicht auf direkte Annexion oder „Wiedervereinigung“. Nicht einmal für Südkorea ist das im Moment eine ernsthafte Option, allerdings ist die Gefahr unvorhergesehener kriegerischer Entwicklungen angesichts des südkoreanischen Militarismus und der Unberechenbarkeit der künftigen Entwicklung der Rivalität zwischen den USA und China nicht zu unterschätzen. Man darf auch nicht vergessen, dass es in der Konkurrenz der Großmächte nicht nur darum geht, was man selbst hat, sondern auch darum, was man dem Gegner entzieht.

### **Die spezifische Rolle Chinas**

China gilt als „Verbündeter“ Nordkoreas. Daran ist zweifellos richtig, dass China nicht interessiert sein kann, plötzlich wieder - wie im Koreakrieg - US- oder südkoreanische Truppen an seiner Südgrenze, dem Yalu-Fluss, zu haben. China ist daher auf Stabilisierung bedacht, nicht wie

die USA an Destabilisierung der DVR Korea. China ist auch der bei weitem wichtigste Wirtschaftspartner der DVR Korea: Der größte Teil des Außenhandels, vor allem auf der Importseite, wird mit China abgewickelt, China ist der wichtigste Lieferant von Lebensmitteln, Energie und Investitionsgütern, China investiert in Infrastruktur, darunter neue Verkehrswege zwischen den beiden Staaten, und in den Immobiliensektor. In China arbeiten, legal und illegal, viele koreanische Arbeiter/innen<sup>2</sup> und gibt es auch eine große koreanische Nationalität (von einer Million Menschen). Die Blockade- und Boykottpolitik des US-Imperialismus und der neuen Hardliner in Südkorea hat die enge Verbindung mit und die Abhängigkeit von China massiv befördert. Was es an Bodenschätzen in der DVR Korea gibt, vor allem Eisen, einige Nicht-eisenmetalle und sog. „Seltenerdmetalle“, ist inzwischen hauptsächlich in chinesischer Hand. Daher gibt es auch Widersprüche der DVR Korea mit China und Misstrauen. Nicht nur wegen der massiv gestiegenen Abhängigkeit vom chinesischen Verbündeten, sondern auch, weil dieser Verbündete, seit er selbst kapitalistisch und hegemonistisch geworden ist, nicht mehr sehr zuverlässig ist. So gerne China die nordkoreanische „Sturheit“ in puncto nationale Unabhängigkeit sieht,

soweit sie sich gegen die USA, Südkorea und Japan richtet, so wenig kann sie diese leiden, was es selbst betrifft. China verfolgt seine eigenen hegemonistischen Bestrebungen, es hat Nordkorea zu einem erheblichen Grad bereits in seine Abhängigkeit gebracht, es versucht Druck auszuüben, z.B. um weitere marktkapitalistische Wirtschaftsreformen voranzutreiben und damit die Penetration durch chinesisches Kapital zu befördern. China versucht auch, die Bemühungen der DVR Korea um nationale Unabhängigkeit gegenüber dem US-Imperialismus in das Prokrustesbett der chinesischen Hegemonialpolitik einzuzwängen. China hat „höhere“, globale Interessen, die gegen die konsequente Entfaltung des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit gerichtet sind, und die Souveränität der DVR Korea könnte leicht gänzlich unter die chinesischen Räder geraten. Die chinesische Diplomatie ist daher in ihren Winkelzügen oft schwer zu durchschauen (ganz im Gegensatz z.B. zur ökonomischen Expansionspolitik Chinas und zu seiner Militärpolitik). Daher ist das Verhältnis Nordkoreas zu seinem wichtigsten Verbündeten ziemlich ambivalent, und dementsprechend widersprüchlich verlaufen die berühmten „Sechs-Parteien-Gespräche“ zur „Atomfrage“. Daher auch viele Meldungen und Ge-

<sup>2</sup> *Arbeitskräfte sind einer der Hauptexportartikel Nordkoreas, nicht nur nach China, sondern auch nach Russland, wo sie in der Bau- und Forstwirtschaft eingesetzt werden. Die Käufer zahlen an die Regierung der DVR Korea, die ihrerseits den Arbeitern Löhne zahlt und den in den Verkaufspreisen inkludierten Profit einstreicht.*



rüchte über chinesischen Druck auf die DVR Korea, darunter einige mit wahrem Kern, allerdings auch einige, die nur westliches Wunschdenken sind.

Unsere Position in der Frage des Widerspruchs zwischen der auf ihre nationale Unabhängigkeit bedachten DVR Korea und dem Weltimperialismus, d.i. im Falle Koreas heute in erster Linie der US-Imperialismus und sein Satellit Südkorea, ist klar. Wir stehen ohne Wenn und Aber auf Seiten der DVR Korea. Ebenso unterstützen wir alle Maßnahmen, die die DVR Korea ergreifen kann, um den chinesischen Zugriff und die chinesische Einschnürung zu lockern.

### **Die Anfänge des Revisionismus und der kapitalistischen Restauration in der DVR Korea**

Dies schließt allerdings nicht aus, sondern von einem kommunistischen Standpunkt aus unbedingt ein die Analyse des Klassen- und politischen Charakters der DVR Korea. Wir haben es mit einem staatskapitalistischen System zu tun, das sich seit etwa zwei Jahrzehnten in Übergang befindet zu einem System eines „Markt- und Privatkapitalismus“. Schon vor den Reformen seit 1992 herrschten kapitalistische Verhältnisse insofern, als nicht mehr die Arbeiter/innenklasse über die Produktionsmittel verfügte, sondern eine von ihr und dem Volk getrennte Kaste der oberen Ränge des Staats- und Parteiapparats, die sich allmählich zu einer neuen Bourgeoisie mauerte. Zwar gehörten dieser die Produktionsmittel nicht (im Sinn von rechtllichem Eigentum), aber faktisch verfügte sie darüber

immer mehr, während der Arbeiter/innenklasse diese Verfügungsmacht immer mehr entzogen wurde. Wird nämlich die Revolution nicht entschieden weitergeführt, werden die noch vorhandenen und die sich spontan immer neu bildenden kapitalistischen Elemente nicht bewusst bekämpft und zurückgedrängt, dann entsteht schrittweise ein bürokratisch-staatskapitalistisches System. Dieses sieht zwar (noch) anders aus als der „klassische“ Kapitalismus<sup>3</sup>, vor allem was das formale Eigentum an den Produktionsmitteln und das Vorhandensein einer schon völlig ausgehöhlten formalen „Planung“ betrifft, aber es beruht ebenfalls bereits auf der Waren- und Wertform und auf dem Lohnverhältnis. Schrittweise erfolgt der Übergang zur immer offeneren und ausgeprägteren Formen

---

<sup>3</sup> Das ist für die Trotzisten der Grund, ein solches System als „weder sozialistisch, noch kapitalistisch“ zu betrachten. Für sie handelt es sich vielmehr um einen „bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat“. Bürokratisch ja, aber inwiefern Arbeiterstaat? So ein System stellt für sie eine eigene Gesellschaftsformation „sui generis“ (ganz eigener Art) dar, eine „widersprüchliche Verknüpfung einer nicht-kapitalistischen Produktionsweise mit einer bürgerlichen Verteilungsweise“ (z.B. Ernest Mandel, Capo der trotzkistischen „IV.Internationale“, in „Marxistische Wirtschaftstheorie“, 1968, S.597). Seitenweise müht sich der gute Mann ab, die revisionistisch-kapitalistische Sowjetunion gegen jede revolutionäre Kritik zu verteidigen: nein, es gäbe dort keine kapitalistischen Elemente, keine neue Bourgeoisie, man könne nicht von Staatskapitalismus sprechen, es sei doch alles Staatseigentum, im Grunde sei sie in der ökonomischen Basis nach wie vor sozialistisch, jedenfalls „nicht-kapitalistisch“, was immer das sonst sein mag. Er ging auch davon aus, dass so ein System aus seiner inneren Entwicklung heraus nicht zum Kapitalismus zurückmutieren könne, denn so wie es keinen friedlichen Weg zum Sozialismus gäbe, gäbe es auch keinen zurück zum Kapitalismus. Über letzteres muss man nach der Entwicklung der Sowjetunion und in China heute wohl nicht mehr diskutieren. Hier wird wirklich das ABC des Marxismus missachtet, z.B. dass die Verteilungsweise durch die Produktionsweise bestimmt wird oder dass die Frage des friedlichen Übergangs einer Gesellschaftsformation in eine andere davon abhängt, ob sich die ökonomischen und daher sozialen Elemente der neuen Formation schon im Schoß der alten entwickeln können (z.B. die kapitalistischen schon in der feudalen Gesellschaft oder eben auch in der sozialistischen Übergangsgesellschaft) oder eben nicht (z.B. die sozialistischen in der kapitalistischen). Die Sowjetunion war seit 1956 Staatskapitalismus pur, mit bourgeoiser Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren und Übergang zu imperialistischer Expansion nach außen. Die Ablöse des Breschnewismus durch die Gorbatschows und Jelzins war kein qualitativer Schritt mehr, kein Farbwechsel, sondern nur eine Modifikation der konkreten Ausprägung des Kapitalismus. Für die Revisionisten und Neo-Breschnewisten dagegen war bis 1990 alles fein und kam dann erst das Unglück, für die Trotzisten war es zwar nicht fein, aber immerhin „nicht-kapitalistisch“. (Übrigens sind die Trotzisten inzwischen auch davon abgerückt, dass es keinen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ geben kann und finden sich auch in dieser Hinsicht Hand in Hand mit den Revisionisten. In seiner „Logik“ ist das irgendwie konsequent.)

der Kapitalverwertung, bei denen bereits wieder der Profit ein zunehmend wichtigerer Faktor und schließlich die Haupttriebkraft wird. Die „Genossen“ Fabrikdirektoren, Hand in Hand mit der Staats- und Parteispitze agieren immer mehr als Kapitalisten, der Staat verwandelt sich immer mehr aus einer Diktatur des Proletariats in einen vom Volk getrennten Staatsapparat und eine Diktatur der neuen Bourgeoisie, die Arbeiter fallen zurück in Bedingungen der Lohnarbeit, der Trennung von den (nur mehr angeblich von ihnen beherrschten) Produktionsmitteln und der Ausbeutung. Zwar sind die (großen) Produktionsmittel noch Staatseigentum, aber der Staat hat schon wieder begonnen, den Charakter einer bürgerlichen Staatsmacht anzunehmen. Zwar gibt es noch eine staatliche Planung, aber geplant wird die Profitmaximierung, auch wenn der Profit zuerst noch verschämt „betriebliche Rentabilität“ heißt. Trotz des Staatseigentums und der Planung entwickeln sich sogar schon wieder private „Schatten“produktion und -zirkulation. Revisionistische Fehler und Mängel und damit Tendenzen zur Restauration des Kapitalismus hatten in der

Sowjetunion schon ab den 1930er Jahren begonnen und sich in weiterer Folge immer mehr verstärkt, bis schließlich durch den Putsch Chruschtschows die Staatsmacht ihren Klassencharakter vollends wechselte. Auch in China gab es in den 1950er Jahren massiv solche Tendenzen und sie hatten sogar bis zum „Großen Sprung vorwärts“ 1958 und dann nochmals Anfang der 1960er Jahre die Oberhand. Erst die Große Proletarische Kulturrevolution ab 1966 führte zu neuen Klassenschlachten gegen Revisionismus und Kapitalismus, um zeitweilig zu siegen, aber letztlich 1976 doch gegen den Revisionismus zu unterliegen. Auch in Korea gab es solche Tendenzen schon ab den 1950er Jahren.

Zwar hatten sich die koreanischen Kommunist/innen seit dem Putsch Chruschtschows 1956 unter der Führung Kim Il Sung's gegen den sowjetischen Revisionismus und 1960-63, bei der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung, auf die revolutionäre Seite gestellt. Sie hatten auch alle die revisionistischen „Wirtschaftsreformen“, die in der Sowjetunion und den europäischen ehemaligen Volksdemokratien auf die offene Beförderung der

kapitalistischen Profitmacherei zielten, nicht mitgemacht. Die DVR Korea war nicht einmal dem RGW<sup>4</sup> beigetreten. Aber sie hatten verabsäumt, einen mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China vergleichbaren Weg einzuschlagen, also einen Weg der Massenmobilisierung gegen alle Formen von bourgeois Herrschaft und Ungleichheit, gegen Bürokratie und bourgeois Arbeitsteilung zwischen Hackler/innen und Chefs, für die Eindämmung und das Zurückdrängen der Wert- und Lohnform, gegen das fortbestehende „bürgerliche Recht“. Hätte man auf die Massenmobilisierung gegen die kapitalistischen Elemente in der ökonomischen Basis und im Überbau ebensoviel Kraft verwendet wie für die für die nationale Unabhängigkeit, wäre die Sache vielleicht anders ausgegangen. Natürlich war die DVR Korea damals in einer außerordentlich schwierigen Lage, eingekreist von wilden Feinden, stets von einem neuen Krieg bedroht, abrupter Abbruch der Wirtschaftshilfe<sup>5</sup> und vieler wichtiger Importe aus der Sowjetunion (Rohstoffe, v.a auch Energie, ohne Strom laufen aber weder Industriebetriebe noch Bewässerungsanlagen), und China

<sup>4</sup> Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, auch Comecon, wurde 1949 als Reaktion auf die wirtschaftliche Integration Westeuropas unter US-Herrschaft gegründet und entwickelte sich nach 1956 zu einem Herrschaftsinstrument des sowjetischen Sozialimperialismus.

<sup>5</sup> Man könnte natürlich fragen, wieso brauchte ein Land, noch dazu ein ursprünglich sozialistisches und auf seine Unabhängigkeit bedachtes, überhaupt Wirtschaftshilfe? Die Antwort ist, dass die DVR Korea einer der in vorderster Linie stehenden Frontstaaten gegen den Imperialismus war, dementsprechenden Boykott- und Abschnürungsmaßnahmen ausgesetzt war und dementsprechende Militär- und Rüstungsaufgaben (teilweise ein Drittel des BIP und mehr!) zu schultern hatte.

war damals aufgrund der eigenen schwierigen Situation nicht in der Lage, das alles zu kompensieren. Aber das ändert nichts daran, dass falsche politische Entscheidungen getroffen wurden, die nicht zwingend hätten getroffen werden müssen. Wenn das Proletariat an der Macht ist, gibt es - wie schwierig die Lage auch sein mag - immer die Möglichkeit einer revolutionären Antwort, die Umwälzung der Gesellschaft weiter voranzutreiben, oder die einer bürgerlichen Antwort, die vor den Schwierigkeiten verzagt, die „Entwicklung der Produktivkräfte“ über die revolutionäre Massenmobilisierung stellt (als ob nicht die revolutionäre Energie der Massen die größte Produktivkraft wäre!) und auf revisionistische Rezepte zurückgreift.

**Seit etwa 1990:  
Beschleunigte  
Restauration des  
Kapitalismus und  
sukzessive Umwandlung  
des Staats- in  
Privatkapitalismus**

Die fortschreitende kapitalistische Restauration, der völlige Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der zerfallenden Sowjetunion, die Restauration des Kapitalismus in China seit 1976 und die daraus resultierenden Folgen für Wirtschaftshilfe und Wirtschaftsbeziehungen, dazu

schwere Überschwemmungen und Missernten (1995-97), daraus resultierende verheerende Hungersnöte, die nicht durch höhere Importe kompensiert werden konnten, das Land eingekreist durch die Boykott- und Blockadepolitik, zuerst nur aus dem „Westen“ bzw. Süden, dann auch aus dem Norden - das alles trieb die DVR Korea, da der Weg des revolutionären Anpackens der Probleme, des Vorwärtstreibens der Revolution, der sozialistischen Umwälzung in Richtung Kommunismus bereits verbaut war, zur forcierten kapitalistischen Restauration. Diese Entscheidung einmal getroffen oder auch nur gar keine klare Entscheidung getroffen und „nur“ den Kampf gegen die restaurativen Tendenzen einmal aufgegeben oder auch bloß vernachlässigt, geht der Weg „spontan“ immer in Richtung der kapitalistischen „Wundermittel“: Markt, Konkurrenz, materieller Anreiz, Hierarchisierung, Profit, Auslandskapital... So kommt es immer und überall, also auch in der DVR Korea, zum schrittweisen Übergang vom Staatskapitalismus zu einem System, das mit immer mehr „Privat“kapitalismus durchwachsen ist. Das ist ein Selbstlauf, der sich aus der Logik der (nach einem Wort von Marx) „propagandistischen“ (sich ausdehnenden und sich alles

unterordnenden) Tendenz kapitalistischer Verhältnisse ergibt.

Natürlich vollzieht sich so eine Entwicklung nicht geradlinig. Es gab auch zeitweilige Gegenbewegungen, z.B. 2008. Natürlich gibt es immer wieder Meinungsverschiedenheiten, mehr freilich über das Tempo als über die Richtung der Entwicklung. Auch sind der „Liberalisierung“ und den „Marktmechanismen“ mehr oder weniger enge Grenzen gesetzt durch die enormen wirtschaftlichen Engpässe (z.B. den Importbedarf an Energie, Lebensmitteln und etlichen Rohstoffen), die auch in einem noch so „freien“ kapitalistischen Land zur „Wirtschaftslenkung“ führen müssten<sup>6</sup>, sowie durch die gezwungenermaßen extrem hohen Rüstungs- und Militärausgaben. Dies macht Zwangsbewirtschaftung in einigen Bereichen unvermeidlich und bremst diese Entwicklung. Aber die Hauptrichtung bleibt. Diese Transformation wird durch gesetzliche Maßnahmen etc. nur ganz unzureichend abgebildet, vieles davon ist „Schattenwirtschaft“, „außerhalb des Gesetzes“ oder sogar ganz illegal. Gesetze können die Entwicklung forcieren, aber auch sie bloß „nachvollziehen“. Der Schmuggel z.B. ist natürlich nicht legal, wird aber von den Staatsorganen to-

<sup>6</sup> Im Nachkriegs-Österreich z.B. gab es, heute längst vergessen, bis in die 1970er Jahre hinein mehrere „Wirtschaftslenkungsgesetze“, vier davon im Verfassungsrang, darunter das „Rohstofflenkungsgesetz“, das „Erdöl-Bevorratungsgesetz“, das „Energienlenkungsgesetz“, das „Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz“, das „Viehwirtschaftsgesetz“... Klingt alles grauenhaft für heutige neoliberale Ohren, war aber Voraussetzung, dass die schwache österreichische Bourgeoisie damals nicht zu einem neokolonialen Kompradorensein absank.

leriert und oft organisiert; in irgendwelchen Gesetztexten wird man ihn nicht entdecken. An der Sache selbst, der Tatsache kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ändert sich sowieso nichts, egal ob staatlich oder privat, ob reguliert oder liberalisiert, ob Plan oder Markt. Die konkrete Ausprägung, die Form kann wechseln, es kommt aber auf den Klasseninhalt an.

Ohne hier diese Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte vom Staats- in Richtung eines tendenziell stärker „marktorientierten“ Privatkapitalismus im Detail nachzuzeichnen, hier nur die groben Linien, die selbstverständlich große Ähnlichkeiten mit der Entwicklung in der revisionistisch gewordenen Sowjetunion und den Volksdemokratien und der in China nach 1976 haben. Im Prinzip ging es in dieser Phase der Restauration des Kapitalismus um die Wiederherstellung und Förderung zunächst des Klein Eigentums, v.a. auch an Grund und Boden; es ging um die „Rehabilitierung“ und „Aufwertung“ des Wertgesetzes und die Forcierung der Waren-, Wert-, Preis- und Lohnformen; es ging um die Befestigung und den Ausbau kapitalistischer Arbeitsteilung, um hierarchische und massenfeindliche Betriebsverfassungen, um die Rückverwandlung der Arbeiter in Lohnarbeiter; es ging um die Unterordnung gesellschaftlicher Planung unter die „Gesetze des Marktes“; es ging um das massive Einströmen legalen und

illegalen (z.B. im Bereich des Schmuggels, denn zum Schmuggeln gehören immer zwei) Auslandskapitals, ohne dass dieses vollständig kontrolliert und abgeschottet wird.

Ab 2002 wurden die zur privaten Bewirtschaftung erlaubten landwirtschaftlichen Flächen ausgedehnt und dazu sogar Genossenschaftseigentum in privates rückverwandelt. Agrarische Produkte, soweit sie den Eigenbedarf überstiegen, durften auf privaten Märkten (den sog. „Bauernmärkten“) verkauft werden. Nach wenigen Jahren gab es schon 300 solcher Märkte, auf denen sich eine Dreiviertelmillion Händler (und noch viel mehr „Teilzeithändler“) tummeln. Zuerst war die Verkaufsmengen bzw. -erlöse noch beschränkt, was aber bald gelockert und aufgehoben wurde.

2002 erfolgte überhaupt, nicht nur in dem Randbereich der „Bauernmärkte“, eine wesentliche Stärkung der Warenproduktion und -zirkulation und der Rolle des Wertgesetzes auf allen Gebieten der Ökonomie. Die staatliche Planung verwandelte sich mehr und mehr eher in eine „Prognose“ der erwarteten Marktentwicklung. Schon seit 1998, vor allem aber seit 2002, wurde nicht mehr in Mengen geplant, sondern in Preisen, wurden zugleich die Preise (wie auch die Löhne) „flexibilisiert“, soweit noch staatliche Preisfestsetzung erfolgte, erfolgte diese „in Einklang mit den Marktgesetzen“. Der Preis des wichtigsten

Grundnahrungsmittels, das ist der Reis, stieg stark an; er sollte Weltmarktniveau erreichen. Man träumte auch von einer Akzeptanz des Won auf den Devisenmärkten. Zugleich wurde das Zuteilungssystem für Grundnahrungsmittel, Kleidung, Wohnungen etc. schrittweise aufgehoben, durch das gesichert war, dass die Konsumgüter erstens kostenlos und zweitens in egalitärem Sinn (nach dem Gleichheitsprinzip) verteilt wurden. Die wichtigsten Produkte (nämlich Nahrung und Kleidung), die bis dahin der Warenform entzogen waren und kein kapitalistisches Betätigungsfeld darstellten, wurden wieder in Waren rückverwandelt, die mit Profit produziert und gehandelt wurden. Auch die Löhne wurden „flexibilisiert“, d.h. sie waren nicht mehr von den Bedürfnissen der Arbeiter (soweit die Gesellschaft sie decken konnte) geleitet, sondern von Kostensenkungsprogrammen und Gewinnsteigerung der einzelnen Kapitale abhängig, es wurden also die Lohnformen „rehabilitiert“, mit allen schönen Folgen, die das hat, von der Lohndrückerei über die Aufspreizung und Hierarchisierung der Lohnskala bis zum Akkordlohn. Die Industriebetriebe begannen, relativ autonom im Hinblick auf ihren Gewinn zu agieren, also in Formen (de facto, wenn auch noch nicht de jure) „privater“ Kapitalverwertung. Sie begannen untereinander und mit anderen Sektoren einen schwungvollen Handel, also „pri-

vate“ Handelsgeschäfte, wenn sie sich auch noch formal in Staatseigentum befanden (und außer in den Sonderwirtschaftszonen bis heute befinden). Bloß verkaufen oder verpfänden dürfen die Fabrikdirektoren „ihre“ Fabriken noch nicht, das steht noch aus. Irgendwann wird die faktische „private“ Verfügung über die Produktionsmittel (bis hin zum o.a. Abzweigen von Produktion und bis zum Handel mit Maschinen etc.) zur auch formalen Privatisierung der Eigentumstitel und dann erstrahlt die private Kapitalverwertung wieder in vollem Glanz.

Ab 2003 durften auf den „Bauernmärkten“ auch Industriegüter verkauft werden. Welche Industriegüter, wo doch Industrie und Außenhandelsorganisation zur Gänze im Staatseigentum waren? Es waren teilweise aus den Staatsbetrieben abgezweigte, sprich gestohlene Waren, teilweise Schmuggelware aus China. Damit hatte sich der für solche Güter schon vorher bestehende Schwarzmarkt in einen „legalen“ verwandelt, legal jedenfalls, was den Verkauf betrifft, (noch) nicht legal natürlich hinsichtlich der Beschaffung. Zug um Zug entwickelten sich kapitalistische Produktion und kapitalistischer Handel.

Auch die Sonderwirtschaftszonen trugen zu dieser Entwicklung bei. Solche kapitalistischen Zonen tragen immer die Gefahr in sich, kapitalistische Elemente in Ökonomie

und Ideologie zu begünstigen und hineinzutragen. Solange sie wirklich nur isolierte Exklaven sind und die Staatsmacht insgesamt in proletarischer Hand ist, ist das Problem überschaubar. Wenn sie aber in die Wirtschaftsbeziehungen und -abläufe auch außerhalb dieser Zonen einsickern und die Staatsmacht ohnehin schon durch revisionistische Tendenzen angekränkt ist, wird es gefährlich. In der DVR Korea wurde die erste solche Zone 1992 im Nordosten gegründet, 2002 drei weitere und 2007 eine fünfte mit Südkorea vereinbart. Allein in Kaesong, 2002 nahe an der Grenze zu Südkorea gegründet, sollten laut Planung 2020 2.000 ausländische Firmen 350.000 nordkoreanische Lohnabhängige ausbeuten und einen Umsatz von 20 Mrd. \$ erzielen. Speerspitze war der südkoreanische Hyundai-Konzern, aber es werden auch Fiats und andere schönen Dinge produziert. Die politische Entwicklung der letzten Jahre, der Konfrontationskurs Südkoreas und der USA seit der Bush-Ära und insbesondere die neuerlich wieder zunehmende Scharfmacherei und Militarisierung Südkoreas seit dem Regierungswechsel 2008, hat diese Entwicklung allerdings stark gebremst..

Die zunehmende „Durchkapitalisierung“ der Wirtschaft und ihre „Monetarisierung“, d.h. die Wiederherstellung der „Allmacht des Geldes“, führt auf Basis der wieder ganz kapitalistisch gewordenen

Produktions- und Zirkulationsverhältnisse zu vielen anderen „modernen“ Erscheinungen: zunehmende Ungleichheit und Klassendifferenzierung; Armut und Prekarität auf der einen Seite und auf der anderen Bereicherung einer sich allmählich festigenden und ausdehnenden Kapitalistenklasse, die mehr und mehr von einer „Klasse an sich“ auch zu einer „Klasse für sich“ wird, also einer, die sich ihrer Klassenstellung voll bewusst ist und entsprechend agiert; grenzenlose Korruption (inzwischen kann man alles kaufen, sogar die Parteimitgliedschaft, die Freistellung vom Militärdienst, staatliche Genehmigungen aller Art ... und natürlich auch das Abzweigen staatlichen Eigentums und der Zugriff auf staatliche Fonds). Die immer offener auftretende Klasse von bürokratischen Staatskapitalisten verbindet sich mit einer neu herangewachsenen Schicht von Händlern, Zwischenhändlern, Geldverleihern und Wucherern, Schmugglern, Menschenhändlern und Zuhältern, „Lobbyisten“ und „helfenden Händen“ gegenüber der Staatsbürokratie...

Alle diese Maßnahmen von „Privatisierung“ und „Liberalisierung“, der Gottseibeius aller Revisionisten und Trotzkiten und das Lebenselixier des westlichen Privatkapitalisten, der dort gerne investieren möchte, sind relevant für die konkrete Ausprägung der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsverhältnisse,

aber nicht für diese Verhältnisse selbst, dafür, ob solche Verhältnisse bestehen. Ausbeutung und Profitmacherei gibt es auch unter Bedingungen des Staatseigentums und des Staatsmonopols. „Privatisierung“, „Liberalisierung“, „Monetarisierung“ sind nicht der Anfang, sondern das Ende der Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Anders sieht das natürlich der westliche Bourgeois, denn er hat erst Zugriff, wenn ihm die erfolgte „Liberalisierung“ und „Privatisierung“ das erlauben. Erst dann kann er in „freie“ Konkurrenz treten zur etablierten Staatsbourgeoisie (abgesehen vom Fall einer militärischen „Aufhebung dieser Beschränkung“). Jeder, der ihm das nicht erlaubt, ist ihm daher nach wie vor ein „Kommunist“, wenn einer es ihm überhaupt nicht erlaubt, sogar ein „Stalinist“. Deshalb sieht er auch in jeder staatlichen Regelung eine „kommunistische Zwangswirtschaft“. Ähnlich, nur mit umgekehrten Vorzeichen, sehen das auch die Revisonisten und Trotzlisten.

Bleibe noch zu erwähnen, dass diese Entwicklung zu allem Möglichen geführt hat, zu einer neuen Prekarität der werktätigen Massen, zu Wanderarbeitern und Tagelöhnern, zum Zwang, sich vom Staat als Menschenmaterial nach China und Russland verleihen zu lassen oder das Schmugglergewerbe zu betreiben, zu Prostitution (v.a. in Richtung China), zur Degradation der bis 1980 vorbildlichen Infrastruk-

tur, zu Wohnungsnot und Verslumung... nur zu einem hat sie nicht geführt, zu dem „Wirtschaftsaufschwung“, der laut kapitalistischer Doktrin aus solchen Maßnahmen mehr oder weniger automatisch entspringt. Im Gegenteil: Ein bis etwa 1980 blühendes Land, nicht nur in puncto sozialistischer Erregenschaften, sondern auch ganz banal in puncto Produktionsleistung, Massenkonsum, sozialer und sonstiger Infrastruktur, Bildungswesen, Gleichstellung der Frau, wissenschaftlich-technischer Fortschritt etc., wurde in zwei, drei Jahrzehnten zugrunde gerichtet. Natürlich war dafür in erheblichem Maß auch die feindliche Einkreisung, zuerst von Süden, dann auch von Norden her, maßgeblich. Natürlich erschwerten Naturkatastrophen, Rohstoffmangel u.a die Bedingungen enorm. Natürlich musste sich das Land ständig mit der Abwehr von Aggressionen und Provokationen herumschlagen. Und trotzdem hätten revolutionäre Kommunisten vielleicht aus den Erfahrungen der Sowjetunion und Chinas lernen und den Problemen durch eine revolutionäre Massenmobilisierung, nicht für das Fahnen-schwingen und überflüssigen Heldenkult, sondern zum kommunistischen Anpacken der Revolution, der Produktion und des Militärwesens begegnen können. Aber dafür war es zu diesem Zeitpunkt schon zu spät, das Abgleiten in den Revisionismus war schon längst eingetaktet.

### **Die herrschende Klasse der DVR Korea: antiimperialistisch nach außen, reaktionär nach innen**

Wir haben es bei der DVR Korea heute mit einem kapitalistischen Land zu tun, immer noch wesentlich staatskapitalistisch, aber immer mehr auch schon getrieben durch (jedenfalls de facto, teilweise auch schon de jure) „private“ Kapitalverwertung. Es herrschen seit langem kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Der innere Hauptwiderspruch in der DVR Korea ist der zwischen Arbeiter/innenklasse in Stadt und Land auf der einen Seite und der herrschenden bürokratischen Bourgeoisieklasse auf der anderen.

In den letzten Jahren hat sich als Herrschaftsform dieser Bourgeoisieklasse zunehmend ein militaristisch-bürokratisches Regime herausgebildet. Seit 2002 gilt als ein Eckpfeiler der Politik der nordkoreanischen Bourgeoisie die „Songun-Politik“ (wörtlich übersetzt: „die Armee zuerst“), welche 2009 auch in die Verfassung aufgenommen wurde. Diese Politik betreibt die Unterordnung aller Politik und Wirtschaft unter die Interessen des Militärs, eine absolute Vormachtstellung des Militärs in der Gesellschaft und deren völlige Militarisation.

Die „Songun-Politik“ wird als eine die koreanischen Gegebenheiten widerspiegelnde „Bereicherung des Marxismus-Leninismus“ ausgegeben. Tatsächlich ist

sie aber das gerade Gegenteil einer revolutionären Politik und übrigens speziell auch einer revolutionären Militärpolitik. Eine solche militaristisch-bürokratische Verirrung dient nicht, wie vorgeschoben wird, der Abwehr der ausländischen Bedrohungen, es ist vielmehr eine *falsche* Antwort auf diese Bedrohungen und dient in erster Linie der Befestigung der Herrschaft der neuen Bourgeoisie durch die Errichtung eines Militärregimes und die Militarisierung aller gesellschaftlichen Strukturen<sup>7</sup> (einschließlich der ideologischen Fesselung und Niederhaltung der Arbeiter/innenklasse und des Volkes durch eine militaristische Ideologie).

Um wieder zum Sozialismus zu gelangen, muss die Herrschaft der neuen Bourgeoisie in Gestalt dieses militaristisch-bürokratischen Regimes gestürzt und neuerlich eine sozialistische Revolution geführt und gewonnen werden. So sehr die DVR Korea gegen imperialistische Aggression und Bedrohung verteidigt werden muss, so sehr sie, indem sie die nationale Unabhängigkeit des Landes - soweit dies der bourgeoise Charakter des Regimes überhaupt erlaubt - verteidigt und dadurch

auf der internationalen Ebene eine positive Rolle spielt, so sehr ist es nach innen ein reaktionäres und volksfeindliches Regime, das die Arbeiter/innenklasse und das Volk ausbeutet und unterdrückt. Objektiv ist das so, die subjektive Wahrnehmung durch das Volk ist sicher überlagert durch die nationale Frage und die Kriegsgefahr. Die Nordkoreaner/innen führen sich nicht aus einer Phobie heraus so auf, als wären sie im Belagerungszustand, sie sind im Belagerungszustand und aus guten Gründen in ständiger Kriegsangst. Deshalb, nicht etwa wegen Geheimpolizei oder Personenkult gibt es relativ wenig Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren. Hinter dem „nationalen Schulterchluss“ steckt auch die äußerst berechnete Ahnung, dass die Unterwerfung des Landes durch diese oder jene ausländische Macht die Ausbeutung und Unterdrückung sicher nicht mildern, sondern noch verschärfen würde.

Dessen ungeachtet kann der Weg der Arbeiter/innenklasse und des Volkes der DVR Korea nur in der Verbindung des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit mit dem Klas-

senkampf zur Abschüttelung von Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren bestehen. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir maßen uns aber kein Urteil an, wie sich der innere Widerspruch zur neuen Bourgeoisie und der Widerspruch zum Imperialismus relativ zueinander verhalten und was davon in der heute gegebenen Situation der für die Klassen- und Volkskämpfe insgesamt bestimmende Hauptwiderspruch ist, ob also der Widerspruch zum Imperialismus alle Verhältnisse so dominiert, dass die inneren Widersprüche zwar nicht verschwinden, überhaupt nicht!, aber an die zweite Stelle treten, oder ob dies nicht der Fall ist. Dazu fehlt uns das notwendige Wissen. Vielleicht befindet sich die DVR Korea diesbezüglich auch seit einigen Jahren in einer Übergangssituation; immerhin haben sich Druck und Aggression seitens des Imperialismus sowie überhaupt die Einkesselung des Landes in den letzten Jahren enorm verschärft. Das hat weniger mit Launen der Herren Bush oder Obama zu tun, als mit der Herausforderung, die der aufstrebende chinesische Hegemonismus dem US-Imperialismus gegenüber darstellt. Jedenfalls wis-

---

<sup>7</sup> *Militärregime und Militarisierung schließen übrigens, entgegen dem, was viele Leute meinen, die Entwicklung privatkapitalistischer Elemente (Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung ...) keineswegs aus. Im Gegenteil bilden sich oft gerade aus dem Militär mächtige Wirtschaftskomplexe heraus. Das sah man im Zuge der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in China, wo Strukturen entstanden, die dem ursprünglich für die USA entwickelten Begriff des „militärisch-industriellen Komplexes“ alle Ehre machen. Das sieht man auch z.B. in Pakistan oder Ägypten. Auch faschistische Systeme schlossen und schließen privatkapitalistische Strukturen keineswegs aus. Chile unter dem Pinochet-Regime war das erste große Versuchsfeld des „Neoliberalismus“.*

sen wir viel zu wenig z.B. über Klassenverhältnisse und Klassenwidersprüche im Land oder über die heutige und zukünftige Rolle Chinas, um die obige Frage beantworten zu können. Sicher ist nur, dass auch der Klassenkampf im Inneren geführt werden muss, natürlich in ein strategisches Gesamtkonzept entsprechend eingeordnet.

Der Klassenkampf gegen die neue Bourgeoisie und der Kampf um nationale Unabhängigkeit sind zwei eng miteinander verbundene Seiten des Klassenkampfes in der DVR Korea: Wegen seines bourgeoisen und reaktionären Charakters im Inneren kann das herrschende Regime der DVR Korea auch den Kampf um die nationale Unabhängigkeit nicht konsequent führen, die Volksmassen nicht wirklich in revolutionärem sozialistischen Geist mobilisieren, setzt es hauptsächlich auf politische Manöver, Taktieren, Ausnützen der Widersprüche zwischen den Imperialisten, versucht es, die Imperialisten sozusagen mit ihren eigenen, eben bourgeoisen Mitteln zu bekämpfen. Das sieht man in der Wirtschaftspolitik, wo - im Gegensatz zur Propaganda - überhaupt nicht auf die eigene Kraft der Volksmassen ge-

setzt und wo die „Juche-Ideen“<sup>8</sup> mit Füßen getreten werden. Statt auf die revolutionäre „Produktionsschlacht“ zu setzen, wird z.B. der Schmuggel begünstigt und organisiert. Devisen beschafft man sich durch Menschenverleih und Prostitution. Das sieht man auch sehr deutlich in der Militärpolitik, wo auf konventionelle Aufrüstung (und ein paar Atombomben) gesetzt wird und nicht auf die Mobilisierung des Volkes und auf die Vorbereitung des Volkskrieges. Eine andere Möglichkeit, die Möglichkeit einer revolutionären Antwort auf die ausländische Bedrohung, hat die bürokratische Bourgeoisie der DVR Korea nicht; sie würde damit ihre eigene Klassenherrschaft unterminieren.

Keinesfalls darf die nordkoreanische Arbeiter/innenklasse ihre Interessen denen der militaristisch-bürokratischen Bourgeoisie unterordnen, im Klassenkampf im Inneren sowieso nicht, aber auch nicht im Kampf um nationale Souveränität. Faktum ist auch, dass die neue Bourgeoisie der DVR Korea alles Interesse hat, aus der nationalen Bedrohung, der sie eben gerade nicht revolutionär und daher nicht mit den geeigneten Mitteln entgegen-

tritt, einen Rauchvorhang zu erzeugen, hinter dem die bourgeoise Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren versteckt wird. Dass die „Songun-Politik“ die „Juche-Ideen“ als das wichtigste Element des angeblichen nordkoreanischen „Marxismus-Leninismus“ verdrängt hat, ist kein Zufall. Es reflektiert die letzte Phase des Übergangs vom Sozialismus zu einem militaristisch-bürokratischen Kapitalismus.

Die Frage der Revolution in der DVR Korea hängt mit der nationalen Frage Koreas insgesamt zusammen und daher mit der Revolution in Südkorea. In Südkorea herrscht eine eigenständige imperialistische Bourgeoisie, wenn auch unter US-Patronanz. Daher stellt in Südkorea der innere Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie den Hauptwiderspruch dar. Es geht dort um die sozialistische Revolution, in deren Rahmen auch wichtige und ungelöste Fragen einer nationaldemokratischen Revolution gelöst werden müssen, nämlich die Abschüttelung der Oberhoheit des US-Imperialismus. Es ist schwierig, die Frage zu beantworten, wie der Kampf um die sozialistische Revolution in Südkorea und der Klassenkampf in der DVR Korea zusam-

---

<sup>8</sup>Die „Juche-Ideen“ (ausgesprochen: „Dschutsche-Ideen“) sind ein in den 1950er Jahren unter Kim Il-Sung entwickeltes revolutionäres Ideengebäude, das auf einen eigenständigen nationalen koreanischen Weg zum Sozialismus und gegen die Unterordnung unter das „sowjetische Modell“ und später unter den sowjetischen Sozialimperialismus zielte. Es setzte auf die eigene Kraft der Volksmassen als Triebkraft der Geschichte. Mit der späteren revisionistischen Degeneration der DVR Korea wurden die „Juche-Ideen“ zu einer Rechtfertigungsideologie des Regimes mit teilweise bizarren Einschlügen pervertiert.



menhängen bzw. ob und wie sie einmal zu einem revolutionären Strom zusammenfließen werden. Sicher ist, dass es nicht „nur“ darum geht, auch in Südkorea die sozialistische Revolution zu erkämpfen, den US-Imperialismus zu vertreiben und eine sozialistische Wiedervereinigung der beiden Koreas herbeizuführen. Dafür wäre nämlich auch eine neue sozialistische Revolution in der DVR Korea notwendig. Ohne eine solche gibt es keine Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage.

Ob, und jetzt sind wir wieder in der DVR Korea, eine solche Revolution von Anfang an als unmittelbarer Kampf um die sozialistische Revolution und in erster Linie gegen die eigene neue

Bourgeoisie, bei gleichzeitiger Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, geführt werden muss oder ob sich unter bestimmten Bedingungen, als erste Etappe der sozialistischen Revolution und um an sie heranzukommen, eine nationaldemokratische Volksrevolution gegen den Imperialismus aufzwingt, wie es jedenfalls im direkten Kriegs- und Interventions- oder Okkupationsfall wäre, wie es sich aber auch in anderen Szenarien der nationalen Unterwerfung unter den einen oder anderen Imperialisten ergeben kann, lässt sich nicht voraussagen.

So oder so besteht unsere erste internationalistische Aufgabe darin, gegen die Blockade-, Isolierungs- und Aggressionspolitik gegen

die DVR Korea aufzutreten<sup>9</sup>. So sehr wir für die Entfaltung der Klassen- und Volkskämpfe gegen das staatskapitalistische Regime in der DVR Korea (und ebenso gegen die südkoreanische Bourgeoisie und ihren Staat) sind, so sehr stehen für uns heute auf der internationalen Ebene im Vordergrund die Losungen

**„Imperialisten jeder Sorte, ob die USA mit ihrem Vasallen Südkorea, Japan oder die EU, ob Russland oder China - Hände weg von der DVR Korea! Keine Wirtschaftssanktionen und -blockaden! Keine Erpressung der DVR Korea in der Atomfrage! Schluss mit den militärischen Provokationen und Bedrohungen!“**

---

<sup>9</sup> Dazu gehört auch, gegen trotzkistische Lüge und Hetze aufzutreten. In „Stalinismus in Nordkorea“ der RSO aus 2009 z.B. werden Schmutzkübel über der ganzen Geschichte der DVR Korea, seit dem nationalen Befreiungskrieg, ausgeleert. In ihrer christlich-abendländischen Verbohrtheit und mit der allgemeinen trotzkistischen Geringschätzung der ganzen Welt außerhalb der imperialistischen Metropolen verstehen sie nichts vom Kampf des koreanischen Volkes, machen sie sich aber über alles und jedes lustig, von den „Juche-Ideen“ bis zum Personenkult, Ideologien bzw. Phänomene, die man ja auch in ihrer historischen Entwicklung analysieren könnte, statt sie nur an der eigenen christlich-abendländischen Besserwisseri und Überheblichkeit zu messen. Die frühen und späteren Linienkämpfe in der Partei sind für sie genau wie diejenigen während der Kulturrevolution in China nur Cliquenkämpfe um die Macht dieses oder jenes Bürokraten. Sie vertreten vollständig revisionistische Positionen bezüglich der Restauration des Kapitalismus in der DVR Korea. Wie für die modernen Breschnewisten fängt die kapitalistische Restauration erst mit den „Marktreforment“ ab Ende der 1990er Jahre an, aber „von einer Restauration des Kapitalismus ist Nordkorea selbstverständlich (selbstverständlich!) noch meilenweit entfernt“. Was ist es dann aber sonst, welche sozialen Verhältnisse herrschen dort? Eigentlich müsste es sich dann um „Sozialismus“ handeln, was die Revisionisten und Neo-Breschnewisten meinen. Oder doch eher die von den Trotzkisten erfundene „neue Gesellschaftsformation sui generis“, weder Kapitalismus, noch Sozialismus, halt eine abstrakte und über den Klassen stehende „Bürokratie“. Trotz Lippenbekenntnis, man müsse das Land gegen imperialistische Angriffe (oder auch Wirtschaftssanktionen) verteidigen, tritt der nationale Widerspruch zum Imperialismus sofort wieder in den Hintergrund gegenüber dem zur „stalinistischen Bürokratie“ („Todesröcheln des Stalinismus“). Dieser innere Widerspruch wiederum wird, da das Land ja nach ihrer Meinung nach wie vor nicht kapitalistisch ist, nicht als sozialer, sondern nur als politischer Widerspruch begriffen, weshalb nicht etwa eine neue soziale, nämlich sozialistische Revolution notwendig sei, sondern nur eine „politische Revolution“ im Überbau. Antiimperialismus in Worten, pro-imperialistische Wühlarbeit in Taten (oder besser gesagt derzeit nur in Schriften) und revisionistischer Plunder bei der Analyse der Produktions- und Klassenverhältnisse in der DVR Korea. (Interessant übrigens, dass die spezifische Form des Militärregimes und die Militarisierung nicht Zielscheibe der trotzkistischen Kritik sind. Interessant deshalb, weil in der Sowjetunion der 1920er Jahre Trotzki einen politischen Kurs der vollständigen Militarisierung der Gesellschaft (bis hinein z.B. in die Betriebsverfassungen, die Gewerkschaften etc.) verfolgte. Aber vielleicht ist das ein Zufall, denn der heutige Trotzkismus und Trotzki selbst sind zwei verschiedene Paar Schuhe.)

## Anhang:

### Selbstkritik des Kollektivs „Proletarische Revolution“ und der IA\*RKP zum Artikel über die DVR Korea in der PR Nr. 41

*In der PR 41 wurde im Juli 2010 auf den Seiten 37ff. ein Artikel zu Nordkorea veröffentlicht. Dieser widerspiegelte eine revisionistische Strömung, die sich bis Sommer 2010 in der Organisation entwickeln konnte und die nicht rechtzeitig erkannt bzw. der lange Zeit nicht entsprechend entgegengetreten wurde. Der Artikel leugnete die Restauration des Kapitalismus in der DVR Korea, ging von „nichtkapitalistischen ökonomischen Verhältnissen“ in der heutigen DVR Korea aus (als ob es ein Neutrum zwischen sozialistischen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen gäbe) und bescheinigte dem Regime, dass es „ein relativ authentisches Sozialismusmodell der späten 1940er und 1950er Jahre bis heute erhalten“ hätte. Die Restauration des Kapitalismus erscheint dort wie bei allen Revisionisten und Trotzisten als Festhalten am Sozialismus, bloß weil einige formale privatkapitalistische Charakteristika noch nicht, jedenfalls nicht de jure bestehen. Es handelt sich hier um den typischen „Irrtum“ der Revisionisten bzw. Neo-Breschnewisten<sup>10</sup>, dass bis zu den Gorbatschows und Jelzins „Sozialismus“ geherrscht habe. Im konkreten Fall verband sich diese*

*revisionistische Auffassung mit der anderen, trotzkistischen, dass aller bisher in der Geschichte stattgefundenen Sozialismus (abgesehen vielleicht von den ersten Jahren der Sowjetunion) eine „stalinistische“ Verirrung und ein „misslungenes Sozialismusmodell“ sei, weshalb „auch das Sozialismusmodell der DVR Korea als misslungen gelten (kann)“. Worin besteht aber nach dieser Meinung der gewisse, wenn auch beschissene „Sozialismus“ der DVR Korea? Darin, dass das Land „bisher nicht den Zumutungen der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgeliefert“ sei. Man meint also (wie alle Revisionisten und Trotzisten), dass der Kapitalismus in einer voll entfalteten „Marktwirtschaft“ und in (noch dazu juristisch „sauberen“) privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen bestünde, nicht etwa in bestimmten auf Ausbeutung beruhenden Produktionsverhältnissen, dass ein solches staatskapitalistisches System immer noch besser sei und dass die Ausbeutung und Unterdrückung durch eine bürokratische staatskapitalistische Bourgeoisieklasse der durch ein „freies Unternehmertum“ immer noch vorzuziehen sei. Zugleich verfolgte der Autor zweifellos die Ab-*

*sicht, die DVR Korea gegen den US-Imperialismus zu verteidigen. Aber wenn ein staatskapitalistisches System, das auf nationale Unabhängigkeit bedacht ist, imperialistischen Aggressionen und Provokationen ausgesetzt ist und sich dagegen wehrt, wird es deshalb noch lange nicht wieder sozialistisch (wie ja auch das nationalbourgeoise Regime eines Chavez nicht sozialistisch wird, bloß es sich gegen die USA wehrt - und sich beiläufig dem russischen und chinesischen Imperialismus ausliefert). Im Laufe des ersten Halbjahres 2010 landete diese Strömung bei offen revisionistischen Positionen und verließ die Organisation von sich aus, bevor sie ausgeschlossen worden wäre. Der obige Artikel ist daher implizit auch als Kritik an diesen falschen Positionen und damit als Selbstkritik der PR-Redaktion und der IA\*RKP zu verstehen. Die damaligen Kräfteverhältnisse erlaubten der PR-Redaktion zwar, einige Stellen zu eliminieren bzw. abzuschwächen, nicht aber die Veröffentlichung dieser falschen Positionen, die bereits seit Monaten Gegenstand eines heftigen Linienkampfes waren, zu verhindern (bzw. sie ggf. sofort mit einer kritischen Replik zu versehen).*

---

<sup>10</sup> Neo-Breschnewisten, weil sie die Sowjetunion unter Breschnew für „immer noch sozialistisch“ halten und sie daher den Sozialimperialismus und Sozialfaschismus eines Breschnew gegenüber seinen Nachfolgern verteidigen. Erst 1990 ging's nach ihrem Dafürhalten mit dem sowjetischen „realen Sozialismus“ bergab, China, Vietnam, Kuba sind für sie (neben der DVR Korea) immer noch „irgendwie“ sozialistisch und Venezuela etc. auch schon „irgendwo“ und „irgendwie“.

# Vorwärts mit dem ägyptischen Volksaufstand!

Flugblatt der IAKKP vom 12.2.2011

Seit Ende Jänner ist das ägyptische Volk – vor allem Arbeiter/innen und städtisches Kleinbürgertum – im Aufstand. Die demokratische Massenbewegung richtet sich gegen eine seit Jahrzehnten von den USA finanzierte Militärdiktatur, deren Aushängeschild Mubarak hieß.

Anfangs reagierte das Regime wie immer in den letzten Jahrzehnten mit dem Versuch der brutalen Unterdrückung der Bewegung. Panzer fuhren auf und besetzten die Straßenkreuzungen der Städte, Kampftruppen der Polizei und faschistische Banden prügeln auf Kundgebungsteilnehmer/innen ein, militärische Scharfschützen ermordeten einzelne Aktivist/innen – allerdings griff die Armee nie direkt in die Kämpfe ein, sondern beschränkte sich darauf, demonstrierende Massen von entscheidenden Orten, wie dem Rundfunkgebäude, dem Parlament oder dem Präsidentenpalast fern zu halten und den Faschisten und Polizeischlägern den Weg auf den Kairoer Tahrir-Platz zu ermöglichen.

Als sich die Bewegung auf viele Städte ausdehnte und sich die Besetzer/innen des Tahrir-Platz keineswegs einschüchtern ließen, sondern immer mehr Zulauf erhielten, probierten die ägyptischen Marionetten und Statthalter des US-Imperialismus mit einer Mischung aus Beschwichtigung und Drohung, die in Bewegung geratenen

Volksmassen wieder von der Straße zu bringen. Das gelang den Herrschenden erst, als die im Volk verhasste Symbolfigur Mubarak abdankte, worauf große Teile der in Bewegung geratenen Millionenmassen im Siegestaumel nach Hause zurückkehrten und erst einmal abwarten.

Ägypten ist seit dem Beginn seiner formalen Unabhängigkeit vor 58 Jahren eine Militärdiktatur. Anfangs traten die unter Führung Nassers gegen die britische Protektormacht putschenden „freien Offiziere“ noch als Vertreter einer nationalen Bourgeoisie auf, z.B. bei der Verstaatlichung des Suez-Kanals 1956. Doch die antiimperialistischen Züge von damals traten rasch in den Hintergrund und unter Sadat wurde Ägypten zu einem der wichtigsten Stützpunkte des USA-Imperialismus im Nahen Osten (Camp-David-Abkommen mit Israel). Das ist auch der Grund dafür, dass die ägyptische Armee von ihren Oberherren in den USA bis heute jährlich mehr als 1 Milliarde Euro „Rüstungshilfe“ erhält, ihre führenden Offiziere von den USA ausgebildet werden, also defakto eine US-gesteuerte Streitmacht darstellt.

Doch auch schon unter dem angeblichen „arabischen Sozialisten“ Nasser, als das „blockfreie“ Ägypten in den 1960er Jahren enge Wirtschaftskooperationen mit der sozialimperialistischen Sowjetunion einging (z.B. Assuan-Stau-

damm), wurden im Inneren alle demokratischen und oppositionellen Kräfte, darunter die Kommunistische Partei, blutig verfolgt.

Alle Mitglieder der bis heute in Regierung, Parlament und Armeeführung vertretenen US-Marionetten aus den Reihen der staatsbürokratischen Kapitalistenklasse Ägyptens sind wütende Volksfeinde, weil ihre wirtschaftliche und politische Position auf dem neokolonialen Ausverkauf des Landes an den Imperialismus beruht. Sie haben in einer wirklichen Demokratiebewegung der Volksmassen viel zu verlieren.

Bisher war der US-Imperialismus die in Ägypten eindeutig dominierende Macht. Der österreichische Imperialismus, der sich seit gut 15 Jahren auf seine Einflusszonen in Osteuropa und am Balkan konzentriert, hatte noch in den 1970er Jahren gewissen Einfluss in Ägypten, z.B. beim Ausbau des Stahlwerks in Heluan, in der Rinderzucht und im aufblühenden Massentourismus. Anders als etwa in Tunesien, Algerien oder Marokko hatten auch die großen EU-Imperialisten bisher wenig Einfluss in Ägypten. Das kann sich in einer Umbruchssituation wie heute allerdings sehr schnell ändern, und Ägypten wird zunehmend zu einem Brennpunkt der verschärften zwischenimperialistischen Konkurrenz im Kampf um zusätzliche Quellen für

Extraprofite. So sind die Vertreter des Monopolkapitals in Deutschland, Frankreich und Britannien hektisch bemüht, eigene Marionetten (wie etwa El-Baradai) in wichtige Positionen zu hieven.

Nach wie vor dauert in Ägypten die seit fast 60 Jahren bestehende Militärdiktatur an, weder wurde der vor 30 Jahren verhängte Ausnahmezustand aufgehoben, noch wurden die politischen Gefangenen freigelassen. Mubarak ist weg, aber das Unterdrückungssystem für das er stand, ist hinter den Kulissen der Demokratie-Partys weitgehend intakt.

In den nächsten Tagen und Wochen wird es darauf ankommen, wie die demokratische Volksbewegung den durch die Massendemonstrationen geschaffenen politischen Spielraum nutzen kann.

Wird es gelingen, revolutionär-demokratische Massenorganisationen der Arbeiter/innen, Bäuer/innen, Frauen, Jugend usw. aufzubauen? Wird es gelingen, Volkskomitees und Gegenmachtorgane zu schaffen? Und wird es gelingen, erste Schritte im Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei durchzuführen?

Die heutige Situation in Ägypten gibt sowohl Anlass zu Hoffnungen auf entscheidende Vorstöße der Arbeiter/innenklasse und des Volkes zur Überwindung der halbfeudalen und halbkolonialen Zwangslage, die in den vergangenen Jahrzehnten zu ungeheurem Massenelend führte.

Andererseits besteht die Gefahr der verstärkten Einflussnahme des EU-Imperialismus, gegen den wir entschieden auftreten

müssen. Damit die ägyptischen Volksmassen den Kampf für ihre Interessen vorantreiben können, brauchen sie nicht 5 neue bürgerliche Marionetten-Parteien der verschiedenen imperialistischen Großmächte, sondern vor allem ein Ende der imperialistischen Einmischung, egal von wo. Gerade dabei können wir auch in Österreich einen nicht unbedeutenden Betrag im Kampf leisten, indem wir der „eigenen“ Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Außenpolitik entgegenreten.

**Solidarität  
mit dem weitergehenden  
Kampf der ägyptischen  
Arbeiter/innenklasse  
und Volksmassen für  
eine volksdemokratische  
und antiimperialistische  
Revolution!**

## Tunesien: Nieder mit den Wachhunden des Imperialismus im Maghreb!

Flugblatt, Jänner 2011

Die tunesischen Volksmassen haben, liest man in unseren Medien, „das Ben Ali-Regime gestürzt“. Haben sie? Wie jeder sieht, der sehen will, haben sie noch nicht, aber sie wollten und wollen es stürzen. Sie haben es immerhin erschüttert und „den verhassten und korrupten Diktator Ben Ali“ aus dem Land vertrieben. Den Diktator? Waren dieser und sein Regime nicht bis vor wenigen Tagen bei uns der Inbegriff von „Stabilität“ und „Ruhe und Ordnung“? War Tunesien nicht eben noch *das* Urlaubs- und natürlich Ausbeutungspara-

dies par excellence, „Ruhe und Ordnung“, friedliche Leute, die sich freundlich ausbeuten lassen, nicht so „verhetzt“ wie die Algerier, auch keine „Radikalisierung“? Warum lagen bis vor wenigen Tagen die Volkskämpfe, die Streiks, die Gefängnisse, die Folterungen, das Verbot von allem und jedem unterhalb der Aufmerksamkeitschwelle der imperialistischen Medien, obwohl die Kämpfe in Tunesien seit dem 17. Dezember andauern? Oder hört man heute etwas über die Kämpfe in Algerien und Marokko und ihre brutale Unterdrü-

ckung? Erst jetzt, nachdem Ben Ali, diese Kreatur des Neokolonialismus, dessen unerhörte „1,5 Tonnen Gold im Reisegepäck“ ja französische, deutsche, amerikanische, ein bisschen auch österreichische Kapitalisten und Regierungen vorher gezahlt haben müssen, vertrieben ist, entdeckte man plötzlich, dass er ein „Diktator“ war. Der „Diktator“ ist weg, aber das Regime besteht immer noch. „Neuer“ Präsident ist der bisherige Parlamentspräsident, „neuer“ Ministerpräsident ist der alte Ministerpräsident, Staatsapparat, Polizei und

Militär sind ziemlich intakt. Es hat sich noch nichts substantiell geändert. Die tunesischen Massen kämpfen daher weiter und demonstrieren - trotz der hierzulande begeistert als „Demokratisierung“ und „neuer Anfang“ gefeierten Manöver der Bourgeoisie und gegen alle „guten Ratschläge“ des „freien Westens“ - für die „völlige Zerstörung des alten Regimes“. Die herrschende Kompradorenklasse und die herrschende politische Clique sind daran selbstverständlich überhaupt nicht interessiert. Ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung ihrer Diktatur, mit ein bisschen „demokratischem“ Lack angestrichen. Genau so natürlich die Interessen ihrer Hintermänner und Nutznießer, der imperialistischen Monopole und Regierungen. Das „Wir begrüßen die Demokratie“ der überraschten Imperialisten und ihrer Medien dreht schon wieder in „Sorge“, wie das wohl weitergehen soll, wenn die Massen mit dem Bisschen, das sie bisher erreicht haben, nicht zufrieden sind und für ihre wirklichen Interessen weiter marschieren. „Chaos“, „Gefahr einer Militärdiktatur“,

„Überspringen auf andere Länder“. Es ist für die Imperialisten Feuer am Dach und der Brand muss eingedämmt werden. Zum Glück sind die tunesischen Volksmassen nicht so blöd, wie man uns hier verkaufen will. Nach der ersten Welle der Rebellion, mehr war es noch nicht, führen sie den Kampf weiter. Wenn sie dabei vorwärts kommen, wird es unweigerlich Zusammenstöße mit dem staatlichen Machtapparat geben. Wenn es dann den neuen und in Kürze noch neueren Machthabern, ob „gewählt“ oder nicht, nicht gelingt, das Volk niederzuhalten und niederzuknüppeln, wenn womöglich Risse in der Armee auftreten, dann wird man den Einsatz einer ausländischen „Friedenstruppe“ in Erwägung ziehen. Es ist derzeit nicht abzusehen, wie es weitergeht. Ziel des Volkes ist nicht die Ersetzung Ben Alis und seiner Leute durch „frei gewählte“ neue Statthalter des Imperialismus und Figuren der Ausbeutung und Unterdrückung, sondern die revolutionäre Demokratie der Arbeiterklasse und des Volkes. Schwer zu sagen, ob und wie weit die tunesischen Massen dabei voran-

kommen, zumindest insofern, als ernsthafte demokratische sowie soziale und ökonomische Maßnahmen gegen Imperialismus und Neokolonialismus und die einheimische Kompradorenclique erkämpft und damit die Lebens- und Kampfbedingungen verbessert werden. Während die Imperialisten und ihre einheimischen Wachhunde die Klassen- und Volkskämpfe eindämmen und ersticken und die Massen mit ein paar Brocken Pseudodemokratie, Wahlen, ein bisschen Pressefreiheit etc. abspeisen wollen, geht es um das weitere Vorantreiben der Revolte und um Fortschritte im revolutionär-demokratischen Kampf.

Unterstützen wir die Kämpfe der Arbeiter/innenklasse und des Volkes in Tunesien sowie in den anderen Maghreb-Staaten! Entlarven wir die verlogene imperialistische Propaganda und die Manöver der Imperialisten zur Abschwächung und Unterdrückung der Volkskämpfe und zur Desorientierung der internationalen Solidarität mit der Arbeiterklasse und den Völkern des Maghreb!

aus: PR Sondernummern Jänner 2011

## Dokumentation zur Situation in Tunesien: Auszüge aus zwei Flugblättern aus Frankreich

### ***Nieder mit den Wachhunden des Imperialismus im Maghreb!***

Seit der im Kampf errungenen Unabhängigkeit, seit den nationalen Befreiungskriegen ist im Maghreb ein bürokratisch-

diktatorisches Regime faschistischen Charakters dem nächsten gefolgt. Wie konnten sich die heroischen Kämpfe um nationale Befreiung in faschistische Diktaturen über die maghrebischen Völker verwandeln?

Man muss sich an die Worte Lenins auf dem 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale erinnern: „*Zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden Länder und jener der kolonialen Länder ist eine gewisse Annäherung erfolgt,*

so dass die Bourgeoisie der unterdrückten Länder sehr oft – ja sogar in den meisten Fällen – zwar die nationalen Bewegungen unterstützt, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d.h. zusammen mit ihr, alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft... (Daraus folgt), dass wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den Kolonien nur dann unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren. Sind dagegen diese Bedingungen nicht vorhanden, so müssen die Kommunisten in diesen Ländern die reformistische Bourgeoisie bekämpfen...“ (LW 31,230)

Frankreich hat Algerien 1830 kolonisiert. Tunesien wurde französisches Protektorat. 1912 war Marokko an der Reihe. Es gab unausgesetzte Volkskämpfe (...), aber alle diese Be-



wegungen standen unter Führung der nationalen Bourgeoisie.

Unabhängig geworden, übten Bourgiba in Tunesien, Hassan II in Marokko und die algerischen Militärs ihre Diktatur aus, die der Bourgeoisie. Diese wurde von den französischen Imperialisten unterstützt, die Verträge ausverhandelten, die einen wesentlichen Teil ihrer Interessen aufrechterhielten. Jeder Opposition und vor allem den Kommunisten wurde mit brutaler Repression begegnet. Bourgiba ließ Oppositionelle umbringen, verbot zeitweise die Kommunistische Partei und die Gewerkschaft UGTT. In Algerien wurde die Selbstverwaltung liquidiert und die herrschende Clique raffte alle Reichtümer an sich. In Marokko liquidierte und folterte die mit Feuer und Schwert ausgeübte Diktatur von Hassan II die Oppositionellen und speziell die maoistische Organisation Ilal El Aman.

In allen drei Maghreb-Staaten wuchsen Elend und Armut, begleitet von brutaler Repression gegen oppositionelle Werktätige, Gewerkschafter, Studenten und Schüler, fortschrittliche Menschen, Anwälte, Kommunisten...

Heute gewinnen die Revolten der Volksmassen in Tunesien und Algerien an Breite, Revolten gegen das teure Leben, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die fa-

schistische Unterdrückung, gegen die Wachhunde des imperialistisch-kapitalistischen Systems. Das zeigt, dass die an die Macht gekommene einheimische Bourgeoisie ihre Interessen im Rahmen des imperialistisch-kapitalistischen Systems, dessen Teil sie ist, verteidigt. Man kann nicht einen Flügel dieser Bourgeoisie durch einen anderen (ob laizistisch oder nicht) ersetzen, denn sie wird niemals das Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem in Frage stellen. Nur der Kampf um die Beseitigung dieses Systems kann diese Frage lösen. Die reformistischen Versöhner sind Bremsklötze in diesem Kampf. Nur die vom Proletariat geführte Einheitsfront der Volksmassen (bei einem Zusammenschluss von Stadt und Land, der Werktätigen mit den Studenten und Schülern etc.), die die Verteidigung der eigenen Interessen organisiert, kann zum Sieg führen, d.h. zum Sturz der Bourgeoisie.

**Es lebe der Kampf der Völker Tunesiens, Algeriens und Marokkos gegen die Diktatur des Kapitals!  
Es lebe der Kampf der Völker gegen den Imperialismus!**

PCmF (9.1.2011)

## Solidarität mit den werktätigen Massen Tunesiens!

Seit dem 17. Dezember 2010 richtet sich eine Revolte der Jugend und der tunesischen Werktätigen gegen die Staatsmacht von Ben Ali und seinen Repressionsapparat. Schon 2008 hatte es Rebellion in der Bergwerksregion Gafsa gegen die Arbeitslosigkeit und das teure Leben gegeben. Die derzeitige Bewegung begann in Sidi Bouzid, als die Polizei die Waren eines Obst- und Gemüseverkäufers beschlagnahmte. Der Universitätsabsolvent, der sich als Marktstandler durchschlug, zündete sich daraufhin selbst an und verstarb. Die Protestbewegung und die Kämpfe haben sich rasch auf das ganze Land ausgedehnt ...

Die französische Regierung und die anderen imperialistischen Mächte (die so besorgt um die „Demokratie“ in Côte d'Ivoire sind!) managen und stützen seit Jahrzehnten das Ben Ali-Regime, bekannt für seine fabrizierten „Wahlsiege“ und seine Korruption. Man darf von ihnen nichts anderes erwarten als schweigende Komplizenschaft.

Nach der fünften „Wiederwahl“ Ben Alis 2009 gratulierte ihm Sarkozy und das französische Außenministerium erklärte: „Tunesien kann auf die Unterstützung Frankreichs auf dem Weg der sozialen, ökonomischen und politischen Reform, den es beschritten hat, zählen.“ Die französi-

sche Regierung setzte auf Ben Ali bei ihrem Projekt eines EU-beherrschten „Mittelmeerprojektes“ (das inzwischen wieder vergessen ist). Ben Ali war „lieber Freund“ aller französischen Präsidenten, ob „links“ oder „rechts“. 1995 unterzeichnete die EU mit Tunesien einen Vertrag zur Sicherung der Zollfreiheit europäischer Importprodukte. Die USA ihrerseits zählten auf Ben Ali als möglichen „Vermittler“ in Nahost, d.h. für die Konsolidierung der Positionen ihres zionistischen Verbündeten...

Die schweigende Komplizenschaft der französischen Regierung und ebenso der sozialdemokratischen Kandidaten für die Wahlen 2012 reflektiert die Tatsache einer heiligen Allianz der Ausbeuter der französischen Werktätigen und des tunesischen Volks. Gegen die Repression brauchen wir die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, d.h. hier und heute die Organisation von Information und Unterstützung des kämpfenden tunesischen Volks in den Fabriken, Werkstätten und Büros, zusammen mit den Arbeitern und Angestellten tunesischer Herkunft, Denunzierung der Hilfe, die Frankreich dem tunesischen Regime zukommen lässt, Mobilisierung von Solidaritäts- und Unterstützungsdemonstrationen.

Geschwisterliche und internationalistische Unterstützung den tunesischen Werktätigen und den unterdrückten demokratischen und fortschrittlichen Organisationen in ihrem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, das teure Leben und für demokratische Freiheiten, insbesondere den Organisationen und Kämpfern, die den Widerstand gegen das Regime Ben Ali in den Zusammenhang des Kampfes um die Befreiung von imperialistischer Beherrschung und kapitalistischer Ausbeutung stellen!

Freilassung aller Demonstranten und Kämpfer, die während dieser Revolte verhaftet wurden, ebenso derer, die 2008 eingesperrt worden sind, Wiedereinstellung derer, die entlassen worden sind, weil sie ihre Klasseninteressen verteidigt haben! Entlarven wir die Komplizität der aufeinander folgenden französischen Regierungen mit dem korrupten Polizeiregime Ben Ali, entlarven wir die Allianz der Ausbeuter!

OCML-VP (5.1.2011)



## Maoistische Organisation Tunesiens:

# Nationale Front für die Volksdemokratische Republik gegründet!

Übersetzung: RKJV; www.rkjv.wordpress.com  
redstar-tu.blogspot.com

In Tunesien wurde eine politische Front unter dem Namen "Nationale Front für die Volksdemokratische Republik", die aus mehreren revolutionären Fraktionen besteht, gegründet. Die MarxistInnen-LeninistInnen-MaoistInnen Tunesiens sind Teil dieser Front, die in Anbetracht der erst-rangigen Aufgabe, den Aufstand in eine Volksrevolution überzuführen (...) gebildet wurde. Folgendes ist die von der Front ausgearbeitete Stellungnahme. (...)

### **An die heldenhaften Massen unseres Volkes!**

In einer historischen Phase politischen Wirkens wurde der Tyrann Ben Ali, der mit Feuer und eiserner Hand seit seinem Coup vom November 1987, seit 23 Jahren, zusammen mit seiner Partei autokratisch regierender Machthaber im Land war, gestürzt. Seine Herrschaft war eine Zeit, in der das Volk alle Arten der Ausbeutung, Unterdrückung und Repression kennen lernte. Die Verhältnisse unsere Landes hängen gegenwärtig vom Kampf der ArbeiterInnen und armen BäuerInnen (...) ab, davon, dass ein konstanter Kampf für den Sturz der Regierung geführt wird (...) und der Volksaufstand volle Fähigkeiten erlangt, um das nationale Ziel der vollständigen Zerschlagung des Vermächtnisses des Diktators und all der Büttel seines Regimes, des ganzen Systems von Günstlingen, Maklern und Grundherren, von Bürokraten und Reaktionären, die

allesamt vom Blut unserer harten Arbeit leben, ihr Eigentum durch Plünderungen angehäuft und ihren Wohlstand zusammengestohlen haben – all das natürlich in Zusammenarbeit mit dem Monopolkapitalismus und der Globalen Gemeinschaft, sowie den Institutionen des globalen Finanzkapitals. Es stellt sich die Aufgabe, einen neuen Staat zu schaffen, geführt durch eine nationale Regierung die (...) gegen jede Verflechtung mit Kolonialismus und Zionismus zu arbeiten hat.

### **Kämpfende Massen des Volkes!**

Das ist eure Regierung, eure Zeit, die der ArbeiterInnen, BäuerInnen, anderer Ausgebeuteter (...), der Jugend sowie all der Benachteiligten (...) Eine Zeit, die durch das Blut der MärtyrerInnen in den Protesten und Aufständen eingeleitet wurde, jener die ihr Leben für ihre Heimat, das Volk, alle Unterdrückten auf der Welt und für die Bewegungen zur nationalen Befreiung gegeben haben.

Auf dieser Ebene und in der gegenwärtigen Situation richtet sich das entsprechende Diktat an alle Kräfte der nationalen Befreiung, (...) an alle Organisationen, Bewegungen, Parteien und Einzelpersonen der nationalen und fortschrittlichen Front für Volksdemokratie, ein Diktat, dass die Hoffnungen und Bestrebungen unseres geknechteten Volkes, der fortschrittlichsten Teile der

ArbeiterInnenklasse (...) ausdrückt und das mehrere unmittelbare Aufgaben stellt, beinhaltet u.a.:

1 – Sturz (...) der gegenwärtigen Nutznießer und der Formation der nationalen Regierung und damit einhergehender Abbau der Säulen und Institutionen des Kastenwesens (...). Aufnahme einer nationalen Wirtschaft und damit einhergehender Bruch der Verbindungen mit Imperialismus und Zionismus wird scheitern und in Isolation führen, wenn diese Maßnahmen nicht in Übereinstimmung mit den Bestrebungen unseres Volkes durchgeführt werden.

2 – Kampf für einen säkularen und demokratischen Staat; Trennung der Religion vom Staat und damit einhergehend die Sicherstellung der Glaubensfreiheit sowie der Freiheit der Ausübung der jeweiligen Glaubensrituale eines/einer jeden EinwohnerIn, gemäß internationalen Übereinkommen (...).

3 – Aufhebung der derzeitigen reaktionären Verfassung und Einsetzung einer neudemokratischen Verfassung. Aufhebung aller internationalen Verträge, die von der Regierung des Günstlingssystems unterzeichnet wurden, um die Abhängigkeit unseres Landes gegenüber ausländischem Kolonialismus und Zionismus weiterzuführen, sowie jener, die den sogenannten „Kampf gegen den Terrorismus“ zum Inhalt haben.



4 – Umstrukturierung der Institutionen der Armee, Sicherheits- und Entwicklungswerkzeuge zu einem Zweck, mit dem sie nicht zur Unterdrückung des Volkes genutzt werden können, wohl aber zum Schutz der Grenzen unseres Landes, seiner Leistungen und seiner Entwicklung vor jeder ausländischen Intervention oder Einmischung.

5 – Auflösung der Geheimpolizei, Rücknahme aller Privilegien sowie Begünstigungen für den Einfluss und die große Rolle der Korruption, die durch Spitzenverantwortliche in den staatlichen Organen charakterisiert ist; Reduzierung der Löhne der höheren Beamten auf ein Minimum, was garantiert, dass diese nicht mehr verdienen dürfen als die Masse des Volkes, sowie die Möglichkeit diese Beamten jederzeit auf ihrem Posten zu isolieren bzw. von ihrem Posten absetzen zu können, wenn sie ihre Tätigkeit nicht dementsprechend ausführen.

6 – Auflösung der niederen und höheren Gerichte; Eliminierung der Gehälter

ihrer Mitglieder sowie Verfolgung aller ihrer Mitglieder, die sich bewiesenermaßen Verbrechen gegen das Volk schuldig gemacht haben, oder in Zusammenarbeit mit Kolonialismus/Zionismus standen. Aufbau eines Rates dessen Repräsentanten durch demokratische Wahlen durch Wahlurnen von Angehörigen der ArbeiterInnenklasse und der Volksmassen gewählt werden.

7 – Erzielung der vollen und effektiven Gleichheit zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Leben.

8 – Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Bereitstellung von Arbeit für alle die eine solche benötigen, sowie Garantierung des Rechts auf Wechsel sowie des selbst gewählten Umfangs gemäß den physischen, mentalen und bildungsmäßigen Qualifikationen (...)

9 – Entwicklung eines einbeziehenden Systems und Sicherstellung gleicher, umfangreicher Behandlung im Sozialsystem gegenüber allen EinwohnerInnen.

10 – Aufbau der Universität auf demokratische Volksbildung und nationale Kultur.

11 – Sicherstellung der vollen Unabhängigkeit der Judikative von Exekutive/Legislative, der Unabhängigkeit aller rechtlichen Berufe (...) von staatlichen Agenturen und Ministerien unter Bezugnahme aller dringenden Forderungen der Angestellten in judikativen Berufen (...) einschließlich SekretärInnen und AnwältInnen.

### **Revolutionäre Massen unseres Volkes!**

Diese und andere Punkte können nur erreicht werden (...) durch die ArbeiterInnen und armen BäuerInnen (...) was für das Volk nicht länger schwierig sein wird, zeigt es uns doch, dass „es kein schlechtes Leben bei dem nichts herauskommt“ führen will. Das ist der unzählbare Wille der Massen! Voran in der Zusammenarbeit beim Sturz des Regimes unserer Feinde und im Aufbau demokratischer Institutionen des Volkes! Nationale Front für die Volksdemokratische Republik (...)

23. Jänner 2011



# Imperialistische Kriegs- und Unterwerfungspläne gegen Cote d'

aus: PR-Sondernummer Jänner 2011

Gegen Côte d'Ivoire („Elfenbeinküste“) werden schon wieder Krieg und „Bürgerkrieg“ angezettelt. Anlass und Vorwand sind die jüngsten Wahlen. Es standen sich am 28. November 2010 zwei Kontrahenten gegenüber, Laurent Gbagbo und Allasane Ouattara. Geht man nach der imperialistischen Propaganda, dann verkörpert Gbagbo Korruption, Despotie, Misswirtschaft, nationale Verhetzung usw., während Ouattara für Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche Prosperität, nationale Versöhnung usw. steht. Indes sind beide Kreaturen des französischen Imperialismus. Jede dieser Marionetten wurde schon einmal an die „Staatspitze“ geschoben: Ouattara als Ministerpräsident 1990-1993 und Gbagbo als Staatspräsident 2000-2010. Jeder von ihnen hat sich schon als Imperialistenknecht und Volksfeind bewähren können. Für das ivoirische Volk gibt es wenige Dinge, die so belanglos sind, wie die Frage, wer von ihnen als einheimischer Statthalter die Geschäfte der Imperialisten besorgen darf. So wie Gbagbo vor einem Jahrzehnt von Paris ins Amt bugsiert wurde, so will Paris, diesmal im Verein mit der „internationalen Staatengemeinschaft“, ihn jetzt wieder entfernen. Man will den nach zehn Jahren Amtszeit im Land verhassten und „abgenutzten“ Gbagbo loswerden. Zumal er ein paar Mal aufmüpfig geworden war.

Unmittelbar nach dem Wahltag, die Stimmen waren noch gar nicht vollständig ausgezählt, war für Frankreich und für die ganze übrige „internationale Staatengemeinschaft“, also EU, USA, UNO-Sicherheitsrat, Internationaler Währungsfonds (IMF), auch der Internationale Strafgerichtshof meldete sich vorsorglich zu Wort (man weiß ja nie, wozu man ihn noch braucht), aber auch die Afrikanische Union und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO), klar: Ouattara war Wahlsieger und Gbagbo Verlierer. Für die Imperialisten war das in Wirklichkeit schon längst vor den Wahlen klar gewesen. Man hatte seitens der UNO die Wahlen „organisiert und finanziert“ und gehofft, dass sie auch wunschgemäß abliefen und man den Austausch Gbagbos durch Ouattara ohne allzu großen Wirbel über die Bühne brächte. Für den Fall des Falles, nämlich den eines unbotmäßigen Wahlverhaltens der Ivoirier, hatte man im Waffenstillstandsvertrag 2007 vorsorglich die UNO als Herrn über Wahlen und „Wahlergebnis“ eingesetzt: Sie ernennt die „Zentrale Wahlkommission“, sie muss jedes Wahlergebnis „validieren“, bevor es gilt, sie verlautbarte jetzt auch das ihr genehme „Wahlergebnis“ durch den Mund des Südkoreaners Young-Jin Chai, ihres Chefpräsidenten im „Protektorat“ Côte d'Ivoire. Gbagbo hatte damals diesen Regelungen zugestimmt (was ihm jetzt auf den eigenen

Kopf fiel). Mit der größten Selbstverständlichkeit gehen Frankreich und die anderen Imperialisten davon aus, dass - so wie seit jeher - sie den ivoirischen Präsidenten bestimmen. Jedoch zeichnete sich nach dem Wahltag rasch ab, dass das „Management“ dieser Wahlen in die Hose gehen könnte. Nervosität und hektisches Treiben, ein Ultimatum nach dem anderen aus Paris, der französische Fernsehsender TV5 International hatte - etwas voreilig vielleicht! - sogar schon ein „Wahlergebnis“ bekannt gegeben. Mit diesen Fernsehzahlen konfrontiert, erklärte der Chef der „Zentralen Wahlkommission“, ohnedies selbst eine von der UNO „validierte“ Gestalt, verblüfft, es gäbe aber noch kein Resultat. Am nächsten Morgen wurde er von den Botschaftern der USA und Frankreichs in das „Hôtel du Golf“, das „Hauptquartier“ Ouattaras, „eingeladen“. Ein paar Stunden später gab es das gewünschte „Resultat“. Der ivoirische „Verfassungsrat“ seinerseits widersprach dem, verwies auf Unregelmäßigkeiten und Einschüchterung im Norden des Landes, annullierte einige Ergebnisse und erklärte Gbagbo zum Wahlsieger. So gibt es jetzt eben zwei Wahlergebnisse und zwei Präsidenten. Niemand kann beurteilen, was eine Stimmenausschüttung ergeben hätte, wäre sie zu Ende geführt worden, und offensichtlich will es auch niemand wissen. Die Chose war für die Imperialisten irgendwie schief gelaufen.

Man hatte die Lage falsch eingeschätzt, den Durchgriff der „UNO-Kontrolle“ überschätzt und nicht mit der Widerborstigkeit Gbagbos gerechnet.

Zuerst versucht man es noch gütlich. Druck wird auf Gbagbo gemacht, der alte Sozialdemokrat und französische Außenminister Kouchner schreibt seinem „lieben Freund“ am 1. Dezember, „als Demokrat“ müsse er jetzt zurücktreten. Alles umsonst. Dann setzt ein imperialistisches Kesseltreiben ein. Ouattara inszeniert einen Miniaufstand in Abidjan, um Radiosender und andere Schaltstellen von Gbagbo zu „befreien“, was - angesichts der regierungstreuen Militärs und „Sicherheitspolizisten“ - gründlich (und mit etlichen Toten) in die Hosen geht. Ouattara schreit laut und immer wieder nach einer Militärintervention der „internationalen Staatengemeinschaft“<sup>1</sup>. Gbagbo hingegen verlangt (erst jetzt übrigens!) den Abzug der französischen und UNO-Truppen und erklärt, seine Regierung würde der am 20. Dezember vom

UNO-Sicherheitsrat beschlossenen Verlängerung des UNO-Mandats über den 31. Dezember 2010 hinaus nicht zustimmen<sup>2</sup>. Da Gbagbo sich dem imperialistischen Druck immer noch nicht beugt, hagelt es ab Mitte Dezember militärische Interventionen und Invasionsdrohungen (und konkrete Vorbereitungen dafür), politische Sanktionen werden verhängt, die französischen Behörden ermuntern irgendwelche Ivoirier, die Pariser Botschaft zu besetzen, und anerkennen sofort den „neuen Botschafter“, allerhand Getümmel auf Botschaftsebene auch in anderen Ländern. Der IMF droht mit Boykott und Sperre der Auszahlung aus der Kreditlinie 2009-2012<sup>3</sup>. Sollte aber alles nichts nützen, dann müssten die französischen und UNO-Truppen oder, das wäre eindeutig die bevorzugte Lösung der Imperialisten, „westafrikanische“ Militärverbände dringend eingreifen, „um Blutvergießen zu verhindern“ und „Recht und Demokratie“ zum Durchbruch zu verhelfen.

### Seit Mitte Dezember: Interventionsgeschrei und Truppenaufmarsch

Seit Mitte Dezember hat die imperialistische Einmischung in und Aggression gegen Côte d'Ivoire eine neue Qualität angenommen. Im Land stehen die französischen „Licorne“-Verbände (derzeit laut französischem Kriegsministerium 900 Mann, sie waren 2004 schon einmal 4.500, die Infrastruktur ist noch intakt), bestehend aus Marineinfanterietruppen samt gepanzerten Verbänden und 8 Kampfhubschraubern. Das französische Kriegsministerium betont, dass jederzeit weitere französische Truppen von den Militärstützpunkten in Gabun, Tschad und Senegal in Marsch gesetzt werden könnten (insgesamt stehen dort 6.000 Mann) sowie auch Verbände des „Kommandos für Spezialoperationen“ (COS) aus Burkina Faso. Zu „Licorne“ kommen die UNO-Verbände („Onuci“) von derzeit 10.000 Mann.<sup>4</sup>

Der UNO-Sicherheitsrat beschloss am 24. November die Verlegung weite-

<sup>1</sup> Da sich eine solche zunächst verzögerte, rief er am 6. Jänner die „internationale Staatengemeinschaft“ auf, Gbagbo in einer Kommandoaktion zu entführen und außer Landes zu bringen. Dies sei völlig normal, sei es doch anderswo in Afrika und Lateinamerika auch schon öfter gemacht worden, dazu gäbe es ja „Spezialkräfte“...

<sup>2</sup> Das erklärt die Hektik der Imperialisten Ende Dezember. Einer solchen UNO-Mission muss nämlich meist, jedenfalls in diesem Fall ist es so, vom betroffenen Land „zugestimmt“ werden. Hätte man daher nicht blitzartig die Regierung Gbagbo für illegal und eine neue Regierung Ouattara für eingesetzt erklärt, hätte man nicht einmal einen Schein von Legalität aufrechterhalten können und wären die UNO-Truppen seit 1. Jänner 2011 „illegal“ in Côte d'Ivoire.

<sup>3</sup> Die aushaftenden IMF-Kredite belaufen sich auf etwa 380 Millionen \$, genug als ein ständiger Ansatzpunkt imperialistischer Einmischung. Von der Blockade sind die restlichen 190 Millionen \$ betroffen.

<sup>4</sup> Davon 8.000 Soldaten und 2.000 Polizisten, Geheimdienstler, Spione und sonstige „Zivilisten“. Größere Kontingente kommen aus Bangladesh (3.500 Soldaten), Jordanien (850) und Pakistan (750), weiters aus Ghana, Benin, Niger, Togo, Senegal, Marokko. Formaliter sind die „Licorne“-Verbände der UNO unterstellt, realiter ist es umgekehrt. Das ist v.a. eine Frage der Praxis, der militärischen Infrastruktur und Implantation. Ein Instrument dafür sind auch die zwei Dutzend französischen Verbindungsoffiziere plus 200 weitere französische Soldaten im Rahmen der UNO-Truppen.

rer drei Infanteriekompagnien aus Liberia, am 5. Jänner wurde vom örtlichen UNO-Kommando die Entsendung weiterer „1.000 bis 2.000“ Soldaten gefordert. Im Golf von Guinea kreuzen französische Kriegsschiffe, darunter das Trägerschiff für Landungsoperationen „Sirocco“ und der Hubschrauberträger „Tonnerre“ (mit 16 Kampfhubschraubern „Tigre“ und einem Spital für 50 Mann an Bord sowie einer Aufnahmekapazität für 1.000 Infanteristen bzw. eine Kompanie Kampfpanzer „Leclerc“). Im französischen Flottenverband befindet sich auch das Versorgungsschiff „MS Amsterdam“ der niederländischen Kriegsmarine, das nach einem „Anti-Piraten-Einsatz“ am Horn von Afrika zufällig gerade an Côte d'Ivoire vorbeikam. Die Holländer, seit einigen Jahren bei jedem imperialistischen Überfall mit von der Partie, übernehmen die Versorgung der französischen Schiffe, „könnten sich aber auch an Sicherheitsoperationen beteiligen“. Wichtigstes Element der Kriegsvorbereitungen sind aber die Bemühungen um einen, „im Prinzip“ am 20. Dezember beschlossenen Ein-

satz westafrikanischer Militärverbände (ECOMOG). Diese zählen 2.000 Mann und bestehen im Wesentlichen aus „schnellen Eingreiftruppen“, hauptsächlich aus Nigeria, die sich schon bei Einsätzen in Liberia und Sierra Leone „bewährt“ haben.

Die Imperialisten spekulieren für ihre Militärintervention primär auf afrikanische Truppen, weil damit „die von Gbagbo geschürten antifranzösischen und Anti-UNO-Ressentiments umgangen werden könnten“ („Le Monde“). Jede bewaffnete Intervention würde wesentlich erleichtert, wenn nicht schon wieder die verhassten Franzosen oder „Onucistes“ tätig würden. Die Afrikaner sollen „den Job machen“, die französische Armee und die UNO-Verbände würden assistieren, unterstützen, Flotte und Luftwaffe, Aufklärung und Logistik „zur Verfügung stellen“... Allerdings ist die Sache unter den westafrikanischen Regierungen noch nicht gegessen<sup>5</sup> und ein Alleingang Nigerias und/oder Burkina Fasos, die selbst ihre „Interessen“ in Côte d'Ivoire haben, ist unwahrscheinlich (schlechte Optik!). Sollte es daher klem-

men und sich dennoch eine größere Militärintervention, also nicht nur Truppen dort stationiert zu haben, sondern wirklich Krieg zu führen, als unumgänglich herausstellen, kann man nicht davon ausgehen, dass die Imperialisten sich dann nicht auch selbst in Marsch setzen<sup>6</sup>. Am politischen Charakter einer Intervention, nämlich für welche politischen und klassenmäßigen Interessen interveniert wird, würde sich durch die eine oder die andere Rollenverteilung sowieso nichts ändern.

#### **„Das Wahlergebnis muss respektiert und durchgesetzt werden“**

Welches Wahlergebnis? Es gibt ja zwei Wahlergebnisse. Niemand weiß, wie die Stimmenverhältnisse wirklich waren, niemand will es wissen und niemand will oder kann etwas „nachzählen“ oder „nachbessern“. Diese Wahlen sind schon wieder Geschichtsmüll. Sowieso hatte das ivoirische Volk nur die „Wahl“ zwischen Pest und Cholera. Es erwartete von den Wahlen entweder überhaupt nichts oder bestenfalls nur einen „Schlusstrich“ unter die Periode des „Bürger-

<sup>5</sup> Jede solche Intervention afrikanischer Staaten kann zu Widersprüchen und Problemen in und zwischen den intervenierenden Ländern selbst führen. Auch dürften sich einige der Herrschaften fragen, wer der Nächste ist. Ferner haben einige dieser afrikanischen Regierungen, alles sowieso nur unter dem Druck ihrer Völker, auch Widersprüche zu den Imperialisten. Ein Durchboxen Ouattara's bedeutete aber zugleich einen „Sieg“ des Kalküls der Imperialisten und eine Stärkung ihrer Position.

<sup>6</sup> Einige demokratische antiimperialistische Kräfte aus Benin und Burkina Faso bezweifeln, dass sich die Imperialisten - mit dem Gespenst ihres Scheiterns im Irak und in Afghanistan vor Augen - über einen handfesten Krieg, der auf Seiten des ivoirischen Widerstandes womöglich Züge eines „Volkskriegs“ annehmen könnte, drüber trauen. Man sollte sich dessen aber nicht so sicher sein, zumal so ein Krieg meist mit „Einsätzen zur Rettung und Evakuierung französischer (und sonstiger imperialistischer) Staatsbürger“ beginnt und rasch eine Eigendynamik gewinnen kann. Sind erst einmal ein paar Marineinfanterie- und Fallschirmjäger-Bataillone abgesetzt, muss man diese auch versorgen, verteidigen, verstärken ....

kriegs“ (der auf beiden Seiten übrigens hauptsächlich geführt wurde nicht von den „Bürgern“, sondern durch ausländische Söldner, v.a. angolanische und liberianische auf Gbagbo's Seite, solche aus Burkina Faso auf der anderen, aber auch Israelis, Osteuropäer, Kaukasier ...). Welche Kräfte sich im Staatsapparat absetzt, war und ist für das Volk gleichgültig<sup>7</sup>. Die demokratischen antiimperialistischen Kräfte hatten dementsprechend zum Boykott aufgerufen.

Abgesehen davon gab es aber auch auf der Ebene der Abwicklung der Wahlen selbst einige spezifische Probleme. Vor allem die Frage der „Staatsbürgerschaft“ und des Wahlrechts. In den 1980er Jah-

ren waren massenhaft Arbeiter für die Kakao- und Kaffeeplantagen heringeholt worden, hauptsächlich aus Burkina Faso. Eine erhebliche Migration erhöhte im Laufe der Zeit den Anteil der Immigranten auf über 25%. Als es in den 1990er Jahren zu ökonomischen Krisen, sozialen Unruhen, politischen Widersprüchen kam, lancierte der damalige Präsident Bédié eine chauvinistische Kampagne gegen „die Ausländer“ und erfand das Konzept der „ivoirité“, quasi eine ethnisch bestimmte „ivoirische Nation“ - aus der die aus Burkina Faso stammenden Teile des Volkes, aber auch jede andere unerwünschte Ethnie hinausexpediert werden konnten. Das war nichts als ein Mittel zur

Verhetzung und Spaltung des Volkes nach ethnischen (60 verschiedene Ethnien), „nationalen“ („ivoiriens“ gegen „burkinabés“), religiösen (Islam im Norden versus Vatikanismus im Süden) oder geographischen (armer Norden gegen „reichen“ (wer?) Süden) Gesichtspunkten<sup>8</sup>, zur Diskriminierung und Unterdrückung, auch zum Wahlrechtsentzug, zur Ablenkung von den wirklichen Problemen. Bis heute wird die Karte der „ivoirité“ immer wieder bei Bedarf gespielt<sup>9</sup>.

Die demokratischen antiimperialistischen Kräfte in Côte d'Ivoire fordern daher - als demokratisches Grundrecht und ungeachtet der Sachlage bei konkreten, z.B. bei diesen

<sup>7</sup> Es gab nur ein konkretes Interesse im Zusammenhang mit den Wahlen: Mit der Registrierung in den Wählerlisten erwarb man auch einen Anspruch auf eine „carte d'identité“, also ein Personaldokument. Daraus erklärt sich die angeblich hohe Wahlbeteiligung, welche daher keineswegs als brennender Wunsch des ivoirischen Volkes ausgelegt werden kann, endlich für den einen oder den anderen Verbrecher stimmen zu dürfen.

<sup>8</sup> Solche inneren Bruchlinien, Widersprüche, Konflikte gibt es natürlich massenhaft in Afrika. Sie sind immer ein Produkt des Kolonialismus und der neokolonialen Staatenbildung nach der Entlassung der Kolonien in die formale Unabhängigkeit und/oder auch späterer imperialistischer Umtriebe. Bis heute werden sie systematisch von den Imperialisten, den Gotteskriegerern der „Menschenrechte“ und bürgerlicher Freiheit und Gleichheit zwecks Beherrschung und Unterdrückung und Ausbeutung dieser Länder geschürt, betrieben, finanziert, manchmal regelrecht erfunden. Gerade am Beispiel Côte d'Ivoire kann man das gut sehen. Unter Houphouët-Boigny gab es zwar Neokolonialismus in Reinkultur, aber die „ethnischen Probleme“, den quasi-nationalen „Ivorismus“ („ivoirité“), die Hetze gegen Ausländer bzw. - in christlich-abendländischer Sprache ausgedrückt - „Migrationshintergründer“ gab es nicht. Damals brauchte man das noch nicht. Als in den 1990er Jahren der Widerstand gegen den Neokolonialismus, vor allem gegen die „neoliberale“ Transformation der Wirtschaft, wuchs, entdeckte man den Nutzen solcher Spalterei. Seither leidet das Land an vorher ganz unbekanntenen „ethnischen und religiösen Problemen“.

<sup>9</sup> Darüber hinaus gibt es bei Wahlen in einem Land wie Côte d'Ivoire - ganz abgesehen von Manipulation, Einschüchterung, Stimmenkauf und Stimmenhandel und anderen Dingen, die der rassistische Blick des christlich-abendländischen Bourgeois sofort als „typisch afrikanisch“ erkennt - einige Probleme, die dem verblendeten Blick dieses Bourgeois ganz entgehen und die sich daraus ergeben, dass der Staatsapparat keinen hundertprozentigen Durchgriff auf alle Teile des Landes und alle Bereiche der Gesellschaft hat. Der Bürgerkrieg hatte die alten Wählerlisten teilweise vernichtet, vor allem im „Rebellengebiet“ im Norden. Wo sie nicht vernichtet waren, waren sie stark veraltet. Neue Wählerlisten mussten erstellt werden und die Menschen mussten sich dafür registrieren lassen, denn wie in fast allen Ländern der Erde (außer im kakanischen, „melderechtlich“ durchorganisierten Österreich, in der Schweiz und in Deutschland) werden nämlich in Côte d'Ivoire nicht Wählerevidenzen „von Amtswegen“ erstellt, sondern man muss sich in die Wählerlisten einschreiben. Dabei gibt's z.B. in den „schwarzen“ Vierteln der USA regelmäßig Tumulte. Auch in Côte d'Ivoire gab es Auseinandersetzungen, v.a. die angesprochenen Konflikte um die „ivoirité“ und insbesondere Hindernisse für das Einschreiben der neuen jungen Wahlberechtigten.

Wahlen – uneingeschränkte politische Rechte für alle Menschen, die im Lande leben, auch natürlich uneingeschränktes Wahlrecht, statt politischer Willkür und Verhetzung und der Diskriminierung ganzer Teile des Volkes, selbst wenn sie schon in der zweiten, manche in der dritten Generation hier wohnen, unter „nationalen“ oder „ethnischen“ Vorwänden<sup>10</sup>. Klarerweise geht es dabei nur um gewöhnliche formal-demokratische Rechte. Davon kann man sich nichts abschneiden und dadurch kann man sich nicht von Ausbeutung und Unterdrückung befreien. Den Kampf um ihre konsequente Verwirklichung wird man im zukünftigen revolutionären Kampf um eine volksdemokratische Gesellschaft „mitnehmen“. Viel bedeutender für das Volk sind seine elementaren ökonomischen und sozialen Pro-



bleme und grundlegende Fragen von Demokratie und nationaler Befreiung. Ohne Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen Imperialismus und Neokolonialismus und seiner einheimischen Statthalter, ohne deren Sturz, ohne Sieg im Volkskrieg wird es keine Demokratie, keine nennenswerte Verbesserung der Lage der Volksmassen, keine Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung geben. Unter den gegebenen Umständen sind solche Wahlen, selbst unter günstigen Umständen und wenn es starke demokratische antiimperialistische Kräfte gäbe, die sich an Wahlen beteiligten, für die Sache der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nutzlos (allenfalls können sie, aber auch nur als seltene Ausnahme unter ganz besonderen Bedingungen, von taktischer Bedeutung sein insofern, als sie die weiteren Kampfbedingungen beeinflussen). Und solange es Wahlen zwischen irgendwelchen Gbagbos und Ouattaras sind, sind sie nicht nur nutzlos, sondern dienen sie ausschließlich dem Volksbetrug, der Vernebelung der neokolonialen Verhältnisse, zur Austragung von Widersprüchen innerhalb der betreffenden Kompradorenklassen und -cliquen und allenfalls zwischenimperialistischer Widersprüche.

### Rückblende in die ivoirische Geschichte

Studiert man die Geschichte des Landes seit der „Unabhängigkeit“, geht es einem schwer über die Lippen, dafür den Begriff Neokolonialismus zu verwenden. Wir finden hier ein Land vor, dass obwohl formal unabhängig, einer echten Kolonie in vieler Hinsicht sehr ähnlich sieht. Es ist geflügeltes Wort demokratischer antiimperialistischer Kräfte im Land, dass sich mit der „Unabhängigkeit“ 1960 folgendes geändert hätte: eine Nationalflagge, eine Nationalhymne und ein Sitz in der UNO. Ansonsten setzten die französischen Imperialisten die Präsidenten und Regierungen nach eigenem Ermessen ein und ab; hatten das Land ökonomisch fest im Griff, jeder Präsident hat sein Scherflein dazu beigetragen, dass viele strategische Sektoren direkt oder indirekt durch französische Monopole beherrscht oder kontrolliert werden (nicht ohne daran auch selbst gut zu verdienen); die französischen Imperialisten hatten ihre militärischen „Zusammenarbeits- und Verteidigungsverträge“ und ihre Militärbasen und führten bei Bedarf Militäroperationen nach eigenem Gutdünken durch<sup>11</sup> usw.

Allerdings haben sich die Formen der neokolonialen

<sup>10</sup> Österreich hat solche Probleme „von Grund auf“ gelöst. Hier sind alle „Ausländer“, sogar wenn sie schon Jahrzehnte hier leben und daher seit langem Inländer sind, grundsätzlich einmal nicht wahlberechtigt, haben sie grundsätzlich nicht volle bürgerlich-demokratischen Rechte, und sollten sie sie endlich haben, werden sie weiterhin als Menschen mit „Migrationshintergrund“ diskriminiert.

Beherrschung im Lauf der Jahrzehnte gewandelt. Frankreich versucht heute (erstmalig 1994 in Ruanda), seine Militäroperationen soweit als möglich in die Form von UNO- oder EUFOR-Mandaten zu kleiden, einerseits zur Imagepflege, aber auch um mehr Ressourcen zur Verfügung zu haben und die Kosten zu teilen. Auch auf wirtschaftlichem und politisch-diplomatischem Gebiet ist die Pariser Herrschaft nicht mehr so unbestritten wie früher. Die afrikanischen Statthalter der Imperialisten können, unter dem Druck der Volksmassen, nicht mehr überall, wie sie wollen, Widersprüche zwischen ihnen und ihren Oberherren können sich entwickeln, wobei die bloße Tatsache eines Konflikts nichts über dessen Klassencharakter aussagt. Oft wollen sie auch bloß besser an den Futtertrog herankommen. Dazu kommen zunehmend imperialistische Konkurrenten, die das französische Monopol bedrängen. Da oder dort sind die USA in angestammtes Gebiet ein-

gedrungen, immer mehr gelingt das in den letzten Jahren China.

Unter Houphouët-Boigny wurde das Land seit den 1980er Jahren einer schonungslosen Politik des IMF ausgesetzt<sup>12</sup> und das Volk der Verarmung preisgegeben. Die drastischen Folgen dieses scharfen „Neoliberalismus“ folgten auf dem Fuß: Die Profitmachelei der imperialistischen Monopole wurde durch eine ernste Wirtschaftskrise, insbesondere durch den damals verfallenden Kakaomarkt, stark in Mitleidenschaft gezogen. Die „soziale Unrast“ im Volk drohte die Lage „aus dem Ruder laufen zu lassen“. Ab 1993, dem Tod Houphouët-Boigny's, wurden etliche Versuche unternommen, den richtigen Präsidenten zu inthronisieren. 1993 wurde zunächst Bédié auf diesen Posten gestellt. Nach 6 Jahren Amtszeit war auch Bédié aufgrund seiner volksfeindlichen Politik und neokolonialen Rolle nicht mehr zu halten. Es folgte 1999 ein Militärputsch durch Guéi. Durch die instabilen Ver-

hältnisse nach dem Putschversuch und der daraus resultierenden faktischen Teilung des Landes wurde die ohnehin schon gestörte „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ mit Frankreich noch schwieriger, an einigen Stellen direkt unterbrochen. Daher Druck auf Beendigung des Militärregimes, neuerliche Wahlen mussten her zwecks Abhalfterung Guéi's und Inthronisierung Gbagbos. Dem noch weniger verbrauchten „Demokraten“ und „Sozialisten“ Gbagbo traute man 2000 eher zu, das Land zu „stabilisieren“, um die imperialistischen Profite wieder sprudeln zu lassen.

Im Oktober 2000 also kandidiert Gbagbo gegen Guéi. Als es danach aussieht, dass Gbagbo die Nase vorn hat, unterbricht Guéi die Stimmenausschüttung, lässt die Wahlkommission verhaften und erklärt sich zum Sieger. Frankreich aber lässt Guéi (behaftet mit dem Odium eines Militärputsches und nun neuerlich befleckt durch „undemokratische“ Ma-

<sup>11</sup> Insgesamt hat Frankreich 11.000 Mann in Afrika stationiert, davon 6.000 auf den drei großen Militärstützpunkten in Senegal, Gabun und Djibouti, den Rest auf vielen kleineren. Dazu kommen Stützpunkte in La Réunion und Mayotte (die zwar ebenfalls Afrika als Operationsgebiet haben, aber als klassische Kolonien als „Inland“ gelten). Mit 8 Staaten bestehen „Verteidigungs- und Zusammenarbeitsverträge“, die auch eine Monopolstellung Frankreichs bei Waffenlieferungen, Ausbildung etc. beinhalten (meist in Geheimklauseln). Frankreich hat auch eine Sonderstellung im Projekt RECAMP, d.h. der Aufbau regionaler afrikanischer „schneller Einsatztruppen“ (wie der ECOMOG), und stellt z.B. seine Stützpunkte als Kriegsmaterialdepots, Logistikzentren etc. zur Verfügung. Seit dem „Unabhängigkeitsjahr“ 1960 führte Frankreich 50 Kriegseinsätze in 19 Staaten Afrikas plus Hunderte kleinerer Einsätze mit verdeckten Verbänden, der „Fremdenlegion“ (eine staatliches Söldnerheer fürs Grobe) und privaten Söldnerfirmen. Ein kolonial- und kriegserfahrenes Land wie Frankreich hat natürlich auch seine eigenen Söldnerfirmen, zwar nicht so groß wie die US-Firma Black Water, aber immerhin: Bob Denard, Paul Barril und andere. (Raphaël Granvaud: „Que fait l'armée française en Afrique?“, Agone 2009)

<sup>12</sup> Côte d'Ivoire wurde der üblichen IMF-„Sanierung“ unterworfen: Privatisierung, Deregulierung, „Gesundschumpfen“ des Staatshaushalts, Kaputtmachen der staatlichen Infrastruktur und der bisschen Sozialsysteme, Steuerreformen zugunsten des Finanzkapitals und der einheimischen Oligarchie, Förderung von Kakaomonokulturen zwecks „Steigerung der Exporterlöse“ (bzw. um die Industrie der imperialistischen Länder zu günstigen Preisen zu bedienen), daraufhin prompt Preisverfall beim Kakao...

chenschaften) fallen. Und so geschieht es, dass Radio France International (RFI, im afrikanischen Volksmund auch „Radio France Intoxication“ (= Vergiftung) genannt) in die Welt hinaus und in das Land hinein den klaren Wahlsieg Gbagbos verkündet (ohne dass die Stimmen je zur Gänze ausgezählt worden wären). Die französische Regierung weist ihm 60% der Stimmen zu (räumt allerdings eine Wahlbeteiligung von bestenfalls 37% ein). Warum im Jahr 2000 dieses forsche französische Engagement für denselben Gbagbo, den man uns im Jahr 2010 als antidemokratischen Bösewicht verkauft?

#### Die Ära Gbagbo: 2000 - ??

Die Ära Gbagbo beginnt ganz „normal“. Das Gbagbo-Regime setzt die wirtschaftlichen Kolonialbeziehungen<sup>13</sup> ungebrochen fort und ebenso die Unterdrückung des Volkes, die „nationale“ Verhetzung und Spaltung, politische Morde, volle Gefängnisse, Folter, Entführungen, Korruption, Unterschlagung von Staatsgeldern, Mafiastrukturen, kriminelle Skandale<sup>14</sup>. Keine Betriebsstörungen des neokolonialen Räderwerks. Engste Beziehungen mit Bau- und Infrastrukturfirmen wie

Bolloré, Bouygues oder Orange. Der Bolloré-Konzern z.B. (Energie, Logistik, Transport, Tabak und vieles mehr) ist der Inbegriff des französischen Kolonialismus in Afrika. Der Konzern bekommt den Auftrag für den Hafen Abidjan und sein Chef, Vincent Bolloré, Busenfreund Sarkozy's, zusätzlich gleich noch den Orden eines „Kommandeurs des Ordre national de Côte d'Ivoire“. Auch auf politischem Gebiet beste Beziehungen zu Staats- und Ministerpräsidenten beider Couleurs und auf Du und Du mit deren Ministern und „Beratern“, darunter mit Foccart, seines Zeichens Chefstrategie der neokolonialistischen „Françafrique“. Ebenfalls klaglose Fortführung der militärischen „Zusammenarbeit“ in der seit 1961 bestehenden Form.

Aber plötzlich läuft doch nicht alles wie geplant. Gbagbo entwickelt, um seine eigene Position im Land zu stärken, eine gewisse Aufmüpfigkeit, er nimmt sich Sonderinteressen heraus, er spielt sogar mit Widersprüchen zwischen den Imperialisten, überlegt, das Land gegenüber anderen Mächten, darunter China, etwas mehr zu öffnen etc. Kurz und gut, er führt sich fallweise auf, als ob Côte d'Ivoire unabhängig wäre. So geht's natür-

lich nicht! Er stellt sogar einige Elemente des „pacte colonial“ bzw. seines neokolonialen Nachfolgers „Françafrique“ vorsichtig in Frage. 2001 kündigt er an, dass in Zukunft staatliche Großaufträge, bisher immer automatisch an französische Konzerne vergeben, international ausgeschrieben werden sollten. Zwar wurde nicht so heiß gegessen wie gekocht, aber die französische Aufregung war groß. Die „base militaire permanente“ soll verkleinert und zu einer bloßen „opération externe“ zurückgestuft (2007 realisiert) und das französische 43. Marineinfanteriebataillon, das zu Côte d'Ivoire gehörte, wie wenn es von Natur aus dort gewachsen wäre, soll aufgelöst oder jedenfalls umgetauft werden (2009 formaliter realisiert). Gbagbo spielt, zwar wenig in Taten, aber teilweise in markigen Worten, ein bisschen auf Souveränität und gegen ausländische Einmischung. Das Klima mit Frankreich trübt sich immer mehr ein.

2002 antwortet Frankreich mit Krieg und „Bürgerkrieg“. Am 19. September 2002 marschiert der zwei Jahre zuvor ausgebootete General Guéi von seinem Exil in Burkina Faso her ein, sein Putschversuch bleibt aber weit vor Abidjan ste-

<sup>13</sup> Côte d'Ivoire ist mit seiner strategischen Lage im Golf von Guinea, seinem ökonomischen Gewicht in Westafrika, speziell auch seinem hohen Gewicht in der (kleineren und nur francophonen) Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (40% des BIP), seinen Öl- und Gasressourcen und seinen Exportwaren, vor allem Öl, dann Kakao (40% von deren Weltproduktion), Kaffee, Gold und Strom, der in Gaskraftwerken erzeugt wird, von hohem wirtschaftlichen Interesse für den Imperialismus.

<sup>14</sup> Darunter 2006 ein Giftmüllskandal mit Zehntausenden Vergifteten und mindestens 15 Toten, wobei gegen Schmiergeldzahlungen in mehrstelliger Millionenhöhe 580 Tonnen toxischer Müll von einer gerade erst durch den Verkehrsminister und Gbagbo's Frau gegründeten Firma importiert und in Abidjan „wild entsorgt“ worden war.



cken<sup>15</sup>. Gbagbo, in völliger Fehleinschätzung der Lage, appelliert an Frankreich (!), an seiner Seite im Sinne des französisch-ivoirischen „Militärbündnisses“ von 1961 gegen den „Rebellen“vormarsch zu intervenieren – was er freilich kurz darauf schon wieder bedauert haben dürfte. Am 22. September Invasion der französischen Armee („Operation Licorne“, nur zum „Schutz der 15.000 französischen Staatsbürger“ selbstverständlich und wegen der „Rebellen“invasion und zur „Friedenssicherung“!), in Folge Aufstockung der Truppenstärke bis auf 4.500 Mann. Im Februar 2004 massive Invasion von UNO-Truppen. Im Oktober und November 2004 kommt es zu Kämpfen der ivoirischen Regierungs- mit den „Rebellen“ im Norden und zu Zusammenstößen mit französischen Invasionstruppen. Eigentlich wollte man nur die „Rebellen“ bombardieren, aber auch der französische Militärstützpunkt Bouaké (derzeit übrigens auch Generalstab der „UNO-Friedenstruppen“) kriegt einiges ab. Frankreich repliziert mit der Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe (mit 63 Toten und über 1.000 Verwundeten), der Besetzung von strategischen Punkten in Abidjan, darunter die unmittelbare

Umgebung des Präsidentenpalastes, durch französische Panzerverbände, gezieltes Scharfschützenfeuer französischer Truppen auf Demonstranten in Abidjan (mit über 50 Toten) usw. usf. Wir sind mitten in einem Krieg und „Bürgerkrieg“, der – wie man sieht – nicht aus dunklen und geheimnisvollen Quellen und aus „afrikanischem Blut“ entsprungen ist, sondern der von den Imperialisten und ihren afrikanischen Statthaltern angezettelt worden ist, um den unbequem gewordenen Gbagbo entweder zurechtzubiegen oder zu beseitigen.

Nach vergeblichen Waffenstillstandsvereinbarungen 2003 und 2005 wurde schließlich 2007 ein dritter Waffenstillstand abgeschlossen: Das Land wurde faktisch in den Süden unter Gbagbo und in den Norden unter den „Rebellen“ geteilt. Wahlen sollen stattfinden. Im Hinblick auf diese taucht Ouattara wieder im Land auf und wird als Gegenkandidat gegen Gbagbo aufgebaut. Indes dauert es noch einige Jahre bis zu den Wahlen. Sicherlich war Gbagbo, angesichts seiner Widersprüche mit Frankreich und der UNO, nicht sonderlich an „frühzeitigen“ Wahlen interessiert. Auch wogte die De-

batte über „ivoirité“ und Wahlberechtigung hin und her. Es kommt aber dazu, und das war eigentlich das Argument Gbagbos für mehrmalige Verschiebung der Wahlen, dass der Waffenstillstand von 2007 auch die Entwaffnung der „Rebellen“verbände bzw. ihre Integration in die Armee vorsah, was nie stattfand. Am Ende kam man überein, dass es reichte, diese Verbände zu kasernieren bzw. ihre Waffen unter UNO-Kontrolle zu lagern. Im November 2010 war es so weit und es wurde gewählt. Das Ergebnis ist bekannt.

Offen ist die Frage, warum die Wahl der Imperialisten auf den „alten Hund“ und die IMF-Kreatur Ouattara fiel? Bemerkenswert vor allem auch die „Einmütigkeit“ der Imperialisten, mit der EU und den USA als Kern, und auch ihre blitzartige Reaktion unmittelbar nach den Wahlen<sup>16</sup>. Man hätte eventuell Vorbehalte Frankreichs gegen den „Amerikaner“ Ouattara erwarten können. Oder Querschüsse Russlands oder Chinas. Aber anscheinend konnten sie keinen anderen Kandidaten aus dem Hut zaubern und so erschien offenbar allen Beteiligten Ouattara immer noch besser als ein unberechenbarer Gbagbo.

<sup>15</sup> Die Truppenverbände bestanden aus ivoirischen Ex-Militärs und Söldnern. Finanzierungs- und Kommandostrukturen waren nicht transparent. Antimperialistische Kreise in Frankreich gehen von massiver Involvierung Frankreichs aus, jedenfalls gingen der Putschversuch und die französische Invasion drei Tage später Hand in Hand. Es gibt aber auch Hinweise, dass der Putsch von Großbritannien unterstützt wurde.

<sup>16</sup> Manchen ging das zu schnell. Als z.B. der russische Außenminister am 1. Dezember kritisiert wurde, warum nicht auch Russland endlich Ouattara anerkenne, antwortete er, die russische Diplomatie sei nicht so heilsichtig wie die westliche, dass sie das Wahlergebnis schon vor Auszählung der Stimmen wüsste.

### **Die Ausbootung Gbagbo's gestaltet sich schwieriger als erwartet**

Bloß, so einfach ist das nicht. Gbagbo hat offenbar nicht nur die Armee und den sonstigen staatlichen Gewaltapparat hinter sich, sondern - jedenfalls gegen Ouattara - auch Teile der Bevölkerung, insbesondere den volk- und industriereichen Süden, die dort stärker vertretene Intelligenz und erhebliche Teile der Jugend. Vor allem der Ruf Ouattaras nach sofortiger imperialistischer Intervention und Invasion und demgegenüber die inzwischen deutlich prononcierte Forderung Gbagbos nach Abzug aller ausländischen Truppen hat Gbagbo gestärkt und Ouattara geschwächt. Je beliebter er in Paris, Washington oder Berlin wird, desto unbeliebter wird er zu Hause. Inzwischen sitzt er, von 800 „Blauhelmen“ beschützt, in seinem „Hauptquartier“, dem „Hôtel du Golf“, kann es aber nicht verlassen, weil die Armee es blockiert.

Im ganzen Land, vor allem im Norden, gibt es wieder bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern und bereits ein paar Hundert Tote. Weitere „Rebellen“ sickern wahrscheinlich schon von Burkina Faso her ein. Aufgrund der Kämpfe und Unsicherheit haben wieder Flüchtlingsbewegungen eingesetzt, es sollen bereits 25.000 die Grenze zu Burkina Faso überschritten haben. Die UNO bereitet „vor-

sorglich“ schon ein Flüchtlingslager vor, in erster Linie zur „Abfederung“ der „Kollateralschäden“ der geplanten Militäroperationen und wohl auch zur Rekrutierung von weiteren „Rebellen“ gegen das von ihr bekämpfte Gbagbo-Regime. Die „Licorne“ und „Onuci“-Truppen sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Immer wieder kommt es zu Schießereien und Auseinandersetzungen auch mit ihnen. In der Stadt Abobo nördlich Abidjans eröffneten UNO-Truppen am 29. Dezember das Feuer auf Manifestanten, es gab einige Tote. Dafür haben das UNO-Hauptquartier in Abidjan und einige UNO-Patrouillen ein paar Schüsse abbekommen. Der Gbagbo-nahe Jugendverband hat eine erfindungsreiche Kampagne zu deren Demoralisierung und letztendlich Vertreibung begonnen. Die Besatzer werden z.B. von bewaffneten Jugendlichen nachts zu Hause besucht und befragt, wann sie das Land zu verlassen gedächten.

Die Bevölkerung wurde aufgerufen, den Besatzern nichts mehr zu verkaufen, ihre Fahrzeuge nicht mehr zu betanken, sie in den Spitälern nicht mehr zu behandeln. UNO-Hauptling Ban Ki Moon entrüstete sich, dass solche Aktivitäten „eine direkte und inakzeptable Infragestellung der Legitimität der UNO“ sei. So ist es und diese imperialistische „Legitimität“ kann man gar nicht genug in Frage stellen!

### **Warum diese Zuspitzung durch die Imperialisten?**

Warum spitzen sie den Konflikt derart (und so unisono) zu und steuern damit neuerlich auf einen „Bürgerkrieg“ hin? Trauen sie sich wirklich nicht zu, einen Gbagbo auf „friedlichem Weg“ zu „bändigen“? Soll ihm, auch als Lehre für andere, eine Lektion für seine Unbotmäßigkeit erteilt werden? Oder legen sie es proaktiv auf einen neuen „Bürgerkrieg“ an, um direkt in großem Stil zu intervenieren? (Aber warum das Land in Trümmer legen und dabei auch die eigenen ökonomischen Interessen beschädigen, wenn man seine Ziele auch anders erreichen kann, und mit dem Risiko eines ungewissen Ausgangs und eventueller unkontrollierbarer Folgen?) Oder spielen auch einige Nachbarstaaten eine böse Rolle, vor allem Burkina Faso? Oder das „mächtige“ Nigeria? Oder besteht für den Fall, dass sich die „Westafrikaner“ nicht zu einer Militäraktion aufrufen können, ein Plan B darin, Gbagbo nur einzuschüchtern, zu Zugeständnissen zu zwingen, womöglich auch Ouattara irgendwie in die Regierung hineinzudrücken, die Handlungsfähigkeit der Regierung so zu lähmen und damit ebenfalls leichteres Spiel zu haben? Das ist alles schwer abschätzbar, sicher ein schwer entwirrbares Knäuel von Interessen und noch nicht entschieden. Im Laufe der nächsten Wochen und Monate wird man klarer sehen.

### **Aufgaben der ivoirischen Volksbewegung und der internationalen Solidarität**

Die Lage in Côte d'Ivoire ist äußerst ernst und zuge-spitzt. Es besteht die akute Gefahr einer offenen ausländischen militärischen Aggression und damit einer weiteren Verschärfung von nationaler Knechtung, Unterdrückung und Ausbeutung, einschließlich der Entfesselung eines neuen reaktionären Bürgerkriegs. Dagegen müssen sich alle demokratischen antiimperialistischen Kräfte im Lande in einer antiimperialistischen Einheitsfront zusammenschließen. Der Hauptfeind des ivoirischen Volkes ist der Imperialismus, in erster Linie der französische. Der Befreiungskampf muss zugleich gegen die einheimischen Statthalter der Imperialisten geführt werden. Gbagbo und Ouattara und auch jeder andere, den sie gegebenfalls aus dem Hut zaubern, sind nichts als Kreaturen der Imperialisten und zugleich Repräsentanten der einheimischen Ausbeuter- und Unterdrückerklassen, auch wenn der eine oder andere sich in untergeordnete Widersprüche mit diesen oder jenen oder sogar mit den Imperialisten überhaupt verstrickt. In den näheren und ferneren Nachbarländern und in ganz Afrika muss zur Unterstützung des ivoirischen Volkes und gegen die Pläne einer westafrikanischen Militäroperation mobilisiert werden. Auf der ganzen Welt muss gegen die Kriegstreiber und Okkupanten und gegen

die imperialistische Lügen- und Hetzpropaganda angekämpft werden.

Konsequent ist das nur unter Führung der Arbeiterklasse und einer revolutionär-kommunistischen Partei möglich. Früher oder später wird es dazu kommen. Der Befreiungskampf muss über die momentan im Vordergrund stehenden unmittelbaren Ziele (die sich auch schnell ändern können), nämlich Abwehr eines imperialistischen Militärüberfalls, Hinaustreiben aller ausländischen Truppen, Abwehr auch von Söldnerinfiltrationen usw., auf den revolutionären Volkskrieg zur wirklichen politischen und sozialen Befreiung gerichtet werden. Es muss auf die revolutionäre Selbständigkeit der Klassen- und Volkskämpfe unter Führung des Proletariats hingearbeitet werden und man darf sich nicht ins Schlepptau bürgerlich beschränkter Demokraten oder Patrioten nehmen lassen, wiewohl viele von diesen, wenn sie es ernst meinen, in die antiimperialistische Einheitsfront einbezogen werden können.

Es gibt angesichts der schwierigen und komplizierten Lage im Lager der demokratischen antiimperialistischen Kräfte noch einige Verwirrung über die Orientierung des Kampfes. Liest man diverse Flugblätter und Erklärungen der letzten Wochen, hat man dort oder da den Eindruck, dass die ausländischen Imperialisten im Vergleich zur einheimischen Reaktion in

den Hintergrund treten. Es ist aber nicht so, dass der Imperialismus seine Aggression gegen das ivoirische Volk führen kann, weil die einheimische Reaktion das zulässt, sondern die einheimische Reaktion ist, was sie ist, weil sie am Gängelband der Imperialisten hängt. Schon gar nicht darf man zwischen Gbagbo und Ouattara „differenzieren“ und womöglich den einen für reaktionärer oder schuldiger halten als den anderen. Auch darf man nicht glauben, dass irgendetwas besser (oder auch nur die Bürgerkriegsgefahr geringer) würde, wenn bloß einer von den beiden, konkret gesagt Gbagbo, nachgeben würde. Solche Verirrungen sind bestenfalls ein verdrehter Ausdruck der Sorge, dass nicht schon wieder ein von beiden Seiten reaktionärer Bürgerkrieg die Klassen- und Volkskämpfe erdrückt, aber sie desorientieren und schwächen den demokratischen antiimperialistischen Kampf, behindern die Bildung einer antiimperialistischen Einheitsfront und tragen in sich schon wieder den Keim der Spaltung. Schlimmstenfalls sind es revisionistische Abweichungen, die Imperialismus und Neokolonialismus beschönigen und in deren Schlepptau geraten.

Ziemlich schlimm steht es um die politische Debatte in den imperialistischen Ländern. Im Unterschied zu Frankreich ist Côte d'Ivoire für Österreich relativ weit vom Schuss, nicht weil es so weit weg ist, sondern weil

Österreich dort (anders als z.B. am Balkan) keine bedeutenden imperialistischen Interessen hat. Aber vergessen wir nicht, noch bis Ende 2009 gab es eine Militärexpedition des Bundesheeres im Tschad, an der Seite der französischen Armee, und so etwas kann es jederzeit wieder geben. Die ÖMV ist zwar klein verglichen mit der französischen Total und anderen großen Ölmultis, aber sie betreibt ebenfalls ihr „internationales Geschäft“ und das war schon mit ein Grund für die Tschad-Expedition. Abgesehen von der Verpflichtung jedes Antiimperialisten und Demokraten zur Solidarität mit den unterdrückten Völkern der abhängigen Länder, vor allem wenn sie so ins Fadenkreuz des Imperialismus geraten wie Côte d'Ivoire, - abgesehen davon ist ohne ein klares Auftreten in solchen Fragen auch an eine positive Entwicklung des Klassenbewusstseins und Klassenkampfes im eigenen

Land gar nicht zu denken. Wenn man die imperialistische Kanaille unwidersprochen und ungestört gewähren lässt, bloß weil Côte d'Ivoire weit weg ist und uns unsere „Sonntags-hosen und Sparbüchsen“ (nach Brecht's „Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus“) näher sind, dann ist es auch um den Antiimperialismus traurig bestellt. Noch schlimmer sind solche, die sich engagieren, aber auf der falschen Seite: „Demokraten“, „Antiimperialisten“, Rechtsstaatler, Pazifisten, Antikorruptionisten, „Freiheitsfreunde“, „Menschenrechtler“, Freunde von „Wahlergebnis und Rechtsstaat“, Kämpfer gegen Nestlé, „unabhängige“, wenn auch von den imperialistischen Regierungen gehätschelte und finanzierte „NGOs“ usw. Sie alle stehen schon wieder auf der falschen Seite<sup>17</sup>. Viel nüchterner und weniger verboht dagegen die Imperialisten selbst. Nie kämen sie auf

die Idee, eine Regierung danach zu beurteilen, ob bei deren Wahl „alles in Ordnung“ war. Passt ihnen eine gewählte Regierung nicht, wird sie weggeputzt oder auf andere Weise kaputtgemacht. Passt sie ihnen, ist „alles in Ordnung“. Sie wissen, dass Wahlen sowieso nichts ändern, aber als Legitimationsvehikel gute Dienste leisten können. Wieso müssen dann Demokraten und Antiimperialisten auf die imperialistische Propaganda hereinfallen. Die Gbagbos oder Ouattaras, vor allem aber die Imperialisten selbst, die französischen, die amerikanischen und alle anderen, müssen nach ihrem Klassencharakter und der Politik, die sie vertreten, beurteilt werden. Aber selbst wenn einer das nicht so sieht und nur „freedom and democracy“-Stroh im Kopf hat – es gehört schon einiges dazu, einen Ouattara gegen einen Gbagbo zu unterstützen.

(Stand 19.Jänner 2011)

<sup>17</sup> Nicht zum ersten Mal: Bei Jugoslawien konnten sie sich nicht zu einer antiimperialistischen Haltung aufrufen und waren willfährige fünfte Kolonne der imperialistischen Strategie der Zerschlagung Jugoslawiens in lauter leicht beherrschbare Klein- und Zwergstaaten, der Bombardierung Serbiens durch die NATO, der Verwundlung Bosniens und des Kosovo in „Protektorate“. Beim Irak veranlassten sie die „Massenvernichtungswaffen“ Saddams und dessen Gräueltaten zum „Verständnis“, wenn nicht zur aktiven Unterstützung des US-Überfalls. Bei Afghanistan mussten sie zum Schutz der Frau gegen die Taliban und für die militärische Okkupation durch die „internationalen Gemeinschaft“ eintreten. In Palästina ist ihnen die Hamas derart islamistisch, dass sie den Zionismus und das rassistische Kolonialgebilde namens Israel unterstützen müssen. Bei Côte d'Ivoire sind sie derart über Gbagbo entrüstet, dass sie eine Militärintervention der Imperialisten für unumgänglich halten. Beim Sudan unterstützen sie die „demokratische“ Abspaltung des erdölreichen Südens und damit direkt die Interessen der imperialistischen Ölkonzerne und den nächsten Krieg. Bei Tunesien sind sie für „Demokratie“, aber erst seit Ben Ali weg ist, während sie die Arbeiter- und Volksbewegungen der letzten Jahre und Monate in den Maghreb-Staaten nicht einmal zur Kenntnis genommen hatten; sie sind allerdings ebenso strikt gegen deren weitere Entfaltung (= „Chaos“) und für die Fesselung der Bewegung in den Bahnen des Regimeerhalts, halt in einer etwas „demokratisierten“ Form. Diese „Freiheit-Frieden-Menschenrechte“-Leute stehen praktisch immer auf der falschen Seite. Bestenfalls sind sie Heuchler, nicht so selten direkte imperialistische Agenten, in jedem Fall nützliche Idioten des Imperialismus.

# Kreaturen des Neokolonialismus: Ouattara, Gbagbo, Bédié et-Boigny

**Alassane Ouattara** verbrachte fast sein ganzes Leben im Ausland, das meiste davon in den USA, genauer gesagt beim Internationalen Währungsfonds (IMF): Studium in Philadelphia in den 1960er Jahren, Arbeit für den IMF als „Economist“ von 1968 bis 1973, dann ein zehnjähriges Intermezzo in Paris in der Führungsetage der Zentralbank der Westafrikanischen Staaten (BCEAO), ab 1984 wieder beim IMF, zuerst als Direktor der Afrikaabteilung, ab 1987 in der obersten Riege des IMF, ab 1988 sogar im Vorstand des IMF. 1990, er hatte schon drei Jahrzehnte im Ausland verbracht, davon zwei Drittel in den USA, wurde er vom damaligen ivoirischen Staatspräsidenten Houphouët-Boigny zum Ministerpräsidenten ernannt, mit der ausdrücklichen Aufgabe, die „neoliberale Modernisierung“ des Landes und die berüchtigten „structural adjustment loans“ des IMF energisch voranzutreiben. Obwohl rasch im ganzen Land „Alassane, der Amerikaner“ genannt und als Volksfeind Nr.1 angesehen blieb er bis zum Tod Houphouët's 1993 im Amt, betrachtete sich als dessen „natürlicher“ Nachfolger, verlor aber die Partie gegen Bédié (unter tatkräftiger Mitwirkung Frankreichs, dem Ouattara damals nicht ins Konzept passte). Daher wieder Rückkehr in die USA und von 1994 bis 1999 neuerlich in Washington beim IMF. Bei den Wahlen 1995 und 2000 hinderte man ihn wegen seiner burkinabé Abstammung als „Nicht-Ivoirier“ an einer Kandidatur. 2001 wurde Ouattara wieder nach Côte d'Ivoire exportiert. 2002 begleitete er wohlwollend den Putsch Guéi's gegen Gbagbo, musste von französischen Diplomaten vor „Ausschreitungen“ gerettet und außer Landes gebracht werden. Nach einigen Jahren Exil in Gabun und Frankreich wird er 2006, als nach Jahren des „Bürgerkriegs“ irgendwann wieder Wahlen anstehen, vom „freien Westen“ aus dem Hut gezaubert, reimportiert, als Kandidat gegen Gbagbo aufgebaut und zum „Wahlsieger“ erklärt.

**Laurent Gbagbo** verbrachte die ersten vier Jahrzehnte seines Lebens im Land, arbeitete als Lehrer und Historiker, war 1969 und 1971-73 wegen gewerkschaftlicher Betätigung und politischer Opposition im Gefängnis, musste 1982 wegen seiner Teilnahme an gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen (Hochschulstreik 1982) nach Frankreich emigrieren, wo er sich bis 1988 aufhielt. Er bewegte sich dort im Umkreis der Sozialdemokratie. 1988 kehrte er nach Côte d'Ivoire zurück und gründete den zunächst noch illegalen „Front Populaire Ivoirien“ (FPI, Ivoirische Volksfront), der Mitglied der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationale“ wird (und bis heute ist). 1990 wurde die FPI legalisiert. In den 1990er Jahren war Gbagbo die Hauptfigur der ivoirischen Opposition. 1992 steckte ihn Ouattara, damals Ministerpräsident, ein drittes Mal ins Gefängnis. 2000 „gewann“ er die (nie ausgezählten) Wahlen gegen den General Guéi bzw. wurden sie für ihn von Frankreich gewonnen, welches den „Putschgeneral“ Guéi abservieren wollte und angesichts der schwierigen ökonomischen, sozialen und politischen Lage im Land auf den „Sozialisten“ Gbagbo setzte. Der „sozialistische“ Lack blätterte mit Antritt des Präsidentenjobs blitzartig ab, dafür entwickelten sich zunehmend Widersprüche zu Frankreich. Daher ab 2002 von den französischen Imperialisten angezettelte und von „freundlichen Nachbarn“ und Ouattara unterstützte Putschversuche und Invasionen von „Rebellen“, Militärinterventionen Frankreichs, 2004 Besetzung durch UNO-Truppen. Ungeachtet einiger Widersprüche war Gbagbo vor und nach seinem Amtsantritt als Präsident tief in die französische Bourgeoisie und „classe politique“ hinein verfilzt. Aber Widersprüche gab es und sie verschärften sich im Lauf der Zeit. 2010 sollte er entsorgt werden.

## Henri Bé

begann seine Laufbahn im diplomatischen Dienst Frankreichs und wurde 1961 zwecks Sicherung von Verlässlichkeit und Kontinuität gleich mit „in die Unabhängigkeit versetzt“. Verschiedene Regierungsämter, Parlamentspräsident, schließlich nach dem Tod Houphouët-Boigny's von 1993 bis 1999 Präsident. Außer den üblichen Verbrechen und Lastern aller dieser Kolonialkreaturen tat er sich durch die Erfindung der „ivoirité“ hervor, einer Ideologie zwecks ethnischer bzw. „nationalistischer“ Spaltung und Verhetzung des Volkes, die bis heute immer wieder von den Gbagbos oder Outtaras genutzt wird. Als Nebenjob war er noch „Sonderberater des Präsidenten der Weltbank für afrikanische Angelegenheiten“. 1999 wurde er durch den Militärputsch Guéï's gestürzt.

## Felix Houphouët-Boigny:

Der Mann war seit Erlangung der ivoirischen Unabhängigkeit 1960 bis zu seinem Tod 1993 Präsident von Côte d'Ivoire. Er figuriert als „bedeutender afrikanischer Staatsmann“, „Vater der ivoirischen Nation“ u.a.m. Eigentlich war er freilich französischer Kolonialpolitiker. 1946 ins französische Parlament gewählt, zuerst eher der revisionistischen PCF (die zwar für einen „menschlicheren“ Kolonialismus, aber für die unbedingte Aufrechterhaltung des französischen Kolonialsystems und insbesondere gegen jeden ernsthaften Widerstand oder – Gottseibeius! - bewaffneten Kampf eintrat), dann ab Mitte der 1950er Jahre der Sozialdemokratie nahe stehend. 1956 Kolonialminister und beauftragt mit der Ausarbeitung eines „Rahmengesetzes“ für die Aufrechterhaltung des französischen Kolonialreichs. 1958, beim Putsch De Gaulles gegen die „unregierbar“ gewordene IV. Republik und deren parlamentarische Verfassung, stand er auf dessen Seite - ein Putsch übrigens, der damals als eine Art halbfaschistischer Putsch gegen die bürgerliche Nachkriegsdemokratie betrachtet wurde und Großalarm in der Arbeiterklasse und im Volk sowie heftige Klassenkämpfe auslöste. Daraufhin Minister unter De Gaulle und beteiligt an der Ausarbeitung der neuen gaullistischen „Präsidialverfassung“ der V. Republik. 1960 war, nicht zuletzt aufgrund des algerischen Befreiungskampfes, das französische Kolonialreich in der alten Form nicht mehr zu halten, die Kolonien mussten „in die Unabhängigkeit entlassen werden“. Houphouët-Boigny wurde von De Gaulle noch schnell zum „beratenden Minister der Französischen Gemeinschaft“ (nämlich der Kolonien mit dem „Mutterland“!) ernannt. Dann wurde der Mann nach Côte d'Ivoire expediert und dort zum „Präsidenten“ „gewählt“. Strikte Ablehnung jeder wirklichen Unabhängigkeit, entschiedener Anhänger der neokolonialen Bindung an das französische „Mutterland“, Militärabkommen mit Frankreich ab 1961. In den 1980er Jahren dann Verschärfung ökonomischer Probleme (vor allem wegen der IMFisierung der Wirtschaftspolitik und der monokulturellen Abhängigkeit von Kakao), innere Widersprüche, aufkommender Widerstand im Volk gegen den Neokolonialismus. Ernennung des uns schon bekannten und schnell aus den USA importierten Ouattara zum Ministerpräsidenten, um jetzt erst recht eine radikale IMF-„Sanierung“ (der Profite) durchzusetzen. Houphouët-Boigny starb 1993 und hinterließ ein ökonomisch, sozial und politisch devastiertes Land. So nebenbei widmete er sich auch grenzüberschreitenden Aktivitäten, z.B. beteiligte er sich 1987 zusammen mit französischen Geheimdienstlern und Militärs und einem gewissen Compaoré im Nachbarland Burkina Faso an einem Putsch gegen den dortigen antiimperialistischen Präsidenten und demokratisch-antiimperialistischen Revolutionär Thomas Sankara. Dabei wurden Sankara und ein weiteres Dutzend antiimperialistische Führer umgebracht und Compaoré an die „Macht“ gehievt.

# Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Philippinen Waffenstillstandserklärung 12. Februar 2011

Wir erteilen hiermit allen Kommandos und Einheiten der Neuen Volksarmee (New People's Army, NPA) und den Volksmilizen den Befehl zum Waffenstillstand, der mit dem ebensolchen und gleichzeitigen Waffenstillstandsbeefehl der Regierung der Republik Philippinen (GPH, früher GRP abgekürzt) an ihre militärischen, paramilitärischen und Polizeikräfte in der Zeit von 00:01 Uhr des 15. Februar 2011 bis 23:59 des 21. Februar 2011 in Kraft tritt.

In Übereinstimmung mit dem beiderseitigen Waffenstillstand zwischen der GPH und der Nationaldemokratischen Front der Philippinen (NDFP) als Zeichen des Vertrauens und des guten Willens für die Wiederaufnahme von formalen Gesprächen nach sechs Jahren sollen alle Kommandos und Einheiten der NPA die Durchführung aller offensiven Operationen gegen die bewaffneten Einheiten und Angehörigen der Streitkräfte der Philippinen (Armed Forces of the Philippines, AFP), der Philippinischen Nationalpolizei und der paramilitärischen Kräfte der GPH beenden und sich solcher enthalten.

Während der beiderseitige Waffenstillstand in Kraft ist, sollen sich alle Kommandos und Einheiten der NPA und der Volksmilizen sowohl auf strategischer als auch taktischer Ebene defensiv verhalten, aber sie sollen wachsam sein gegen alle Versuche der

bewaffneten Kommandos und Einheiten der GPH, auf das Territorium der volksdemokratischen Regierung vorzudringen oder geheimdienstliche oder offensive Operationen durchzuführen, einschließlich jener Operationen unter dem Deckmantel von „Frieden und Entwicklung“, „zivil und militärisch“ und „Ruhe und Ordnung“. Eine aktive Selbstverteidigung soll nur angesichts klarer und drohender Gefahr und wirklicher bewaffneter Angriffe durch den Feind durchgeführt werden.

Alle feindlichen Handlungen oder Bewegungen der Streitkräfte des Feindes sollen überwacht und in Übereinstimmung mit der Kommandostruktur der Neuen Volksarmee und der Anleitungsstruktur der Kommunistischen Partei der Philippinen und der Nationaldemokratischen Front der Philippinen nach oben gemeldet werden, um dem Verhandlungsausschuss der NDFP ständige, zeitgerechte und genaue Informationen hinsichtlich der Befolgung oder der Verletzung des beiderseitigen Waffenstillstands zu gewährleisten.

Dieser ganze Waffenstillstandsbeefehl wird aus humanitären Gründen ausgegeben und als Zeichen des guten Willens, um den Kommandos, Einheiten und Angehörigen der kämpfenden Armeen der GPH und der NDFP die Möglichkeit zu geben, ihre Unterstützung für die

Friedensverhandlungen zu zeigen, die von der NDFP mit der GPH durchgeführt werden, um Beratungen mit dem Volk über seine Forderungen nach gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen als Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden durchzuführen.

Wir hoffen, dass unser Zeichen des guten Willens und der beiderseitige Waffenstillstand zwischen der GPH und der NDFP die Atmosphäre für Friedensverhandlungen insbesondere hinsichtlich der Wiederaufnahme formaler Gespräche zwischen den Verhandlungsausschüssen der GPH und der NDFP in Oslo vom 15. bis 21. Februar 2011 verbessern wird, und die Freilassung von politischen Gefangenen, die volle Einführung eines „Gemeinsamen Abkommens über Sicherheits- und Immunitätsgarantien“ und ein Ende der Menschenrechtsverletzungen in Übereinstimmung mit dem „Umfassenden Abkommen über die Respektierung der Menschenrechte und des Internationalen Humanitären Rechts“ zu begünstigen.

*Zentralkomitee und Militärkommission der Kommunistischen Partei der Philippinen*

*Nationales Exekutivkomitee der Nationaldemokratischen Front der Philippinen*

Nationaldemokratische Front der Philippinen, Internationales Informationsbüro  
Amsterdamsstraatweg 50, 3513 AG Utrecht, Niederlande  
Tel: +31 30 2310431, Fax: +31 84 7589930  
ndf@casema.nl, www.ndfp.net

# Interview mit José Friedensgesprächen auf den Philippinen

**Vorbemerkung der Redaktion:** Die Verhandlung zwischen Vertretern der NDFP und dem Aquino-Regime begannen Ende Februar nach Redaktionsschluss der PR. Aktuelle Berichte finden sich auf <[www.philippinerevolution.net](http://www.philippinerevolution.net)>.

Im Folgenden das von uns aus dem Englischen übersetzte Interview mit Gen. Sison, dem Gründungsvorsitzenden der KP Philippinen und Oberstem Politischen Berater der Nationaldemokratischen Front der Philippinen am Vorabend der Verhandlungen mit einem Agence France Press-Reporter in Manila am 11. Februar 2011. Der im Interview genannte Benigno Aquino löste im Juni 2010 als neu gewählter Präsident der Republik Philippinen das völlig korrupte US-Arroyo-Regime ab, das für Tausende Morde an Oppositionellen verantwortlich ist. Der im Interview ebenfalls erwähnte Senator Satur Ocampo steht politisch der NDFP nahe.

**AFP:** Glauben Sie, dass die Gespräche angesichts der jüngsten Flut von Angriffen durch die Neue Volksarmee erfolgreich sein können?

**Sison:** Bitte berücksichtigen Sie, dass der bewaffnete Konflikt zwei Seiten hat. Die militärischen, paramilitärischen und Polizeikräfte der Regierung der Republik Philippinen (GPH, früher GRP abgekürzt) unternehmen bewaffnete Offensiven gegen die Neue Volksarmee (NPA), die NPA macht das gleiche. Es gibt genau deswegen Friedensverhandlungen, weil ein zweiseitiger bewaffneter Konflikt stattfindet. Die Friedensgespräche können voran kommen und erfolgreich sein, wenn die Gemeinsame Haager Erklärung und daran anschließende Verträge bestätigt werden und die zwei Streitparteien verhandeln, um die Wurzeln dieses bewaffneten Konfliktes mit grundlegenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Reformen anzupacken und dadurch die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen.

**AFP:** Der Verhandlungsausschuss der Regierung hat eine Frist von drei Jahren für erfolgreiche Friedensgespräche festgelegt. Glauben Sie das das realistisch ist? Glauben Sie, dass die NDFP eine Verlängerung verlangen wird?

**Sison:** Höflich gesagt, hat der Vorsitzende des Verhandlungsausschusses der GPH, Alex Padilla, erklärt, dass beide Seiten größte Anstrengungen unternehmen werden, umfassende Verträge über die drei verbliebenen Punkte der vorliegenden Tagesordnung zu erreichen und so den umfassenden Friedensvertrag innerhalb von drei Jahren zu abzuschließen, damit er tatsächlich in den letzten drei Jahren des Aquino-Regimes in Kraft treten kann. Die GPH hat weder irgendeine drohende Frist noch ein Ultimatum gesetzt. Ich glaube, dass die geschätzten drei Jahre für den Abschluss eines umfassenden Vertrags vernünftig und realistisch sind und vielleicht sogar zu lang sind, wenn beide Seiten ernsthaft verhandeln und Vereinbarungen entlang einer patriotischen und progressiven Linie schließen.

**AFP:** Was wird die NDFP in den Verhandlungen verlangen? Kongressabgeordneter Ocampo sagte, dass sie eine völlige Abkehr von Aquinos Wirtschaftspolitik fordern werden. Wenn das stimmt, wird das nicht geradewegs dazu führen, dass die Gespräche in einem Patt enden?

**Sison:** Die NDFP verlangt von der GPH nur was gerecht und gut im Sinn der nationalen und demokratischen Rechte für das philippinische Volk ist. Die beiden Seiten sollten darin übereinstimmen, die nationale Unabhängigkeit durchzusetzen und zu stärken, die Demokratie durch Stärkung (der Rechte) des arbeitenden Volks zu erweitern, die Wirtschaftsentwicklung durch Landreform und nationale Industrialisierung voran zu bringen, eine patriotische, wissenschaftliche und demokratische Kultur zu fördern und die internationalen Beziehungen für Frieden und Entwicklung zu pflegen.

Die von den USA diktierete Politik der neoliberalen Globalisierung hat zu einer schweren Krise in den Philippinen und im gan-



zen kapitalistischen Welt-system geführt. In seinem eigenen Interesse sollte Aquino sich von dieser Politik abwenden, wie Satur Ocampo vorgeschlagen hat. Er sollte sich auch von der Politik des Staatsterrorismus und vom US-amerikanischen Aufstands-bekämpfung-Lehrbuch abwenden. Wenn er bereit ist, können die NDFP und das philippinische Volk ihm helfen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise durch einen patriotischen und demokratischen Vertrag und Pakt zu überwinden.

**AFP:** *Wird die NPA je einer Entwaffnung zustimmen, wenn die Gespräche erfolgreich verlaufen? Werden die NDFP-VertreterInnen die Gespräche abbrechen, wenn die Regierung eine Entwaffnung der NPA verlangt?*

**Sison:** Das Ende der Feindseligkeiten und die Erledigung der Frage der Streitkräfte sind der letzte Punkt, der im Rahmen der Tagesordnung behandelt werden soll. Das steht bei den bevorstehenden Gesprächen im kommenden Februar in Oslo noch nicht zur Diskussion. Das umfassende Abkommen über gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen und das über Verfassungsreformen müssen zuerst von den beiden Seiten erledigt und von ihren Führungen bestätigt werden, bevor eine Seite die Entwaffnung der anderen Seite vorschlagen kann. Heute ist es zu früh, um über die Entwaffnung einer Seite in diesem weitergehenden bewaffneten Konflikt zu sprechen.

**AFP:** *Die Regierung hat gesagt, es gebe keine Vorbedingungen bei diesen Gesprächen. Gibt es aber Fragen, über die die NDFP nicht verhandeln wird, wo sie die Verhandlungen beenden wird, wenn die Regierung nicht nachgibt?*

**Sison:** Die NDFP stimmt mit der GPH überein, dass es keine Vorbedingungen für die Verhandlungen geben sollte. Aber bestehende Abkommen müssen von den Verhandlungsparteien gemeinsam oder getrennt erfüllt werden. Beide Seiten stimmen überein, dass die formellen Gespräche der Verhandlungsausschüsse auf Basis der Gültigkeit und vollen Wirksamkeit des „Gemeinsamen Abkommens über Sicherheits- und Immunitätsgarantien“ (JASIG) wieder aufgenommen werden können. Die Verhandlungen zwischen NDFP und GPR (= Regierung der Republik Philippinen, frühere Abkürzung) haben zu zwölf Abkommen seit 1992 geführt. Diese müssen respektiert, bekräftigt und beachtet werden, sodass die Friedensverhandlungen voran gehen können.

**AFP:** *Wie sehr ist die NDFP zu Zugeständnissen bereit, damit die Gespräche fortgesetzt werden? Wird sie die NPA aufrufen, ihre Angriffe einzustellen? Wird sie frühere Forderungen, wie z.B. die Streichung von den Terror-Listen der USA und der EU, fallen lassen?*

**Sison:** Ich weiß nicht genau, was Sie damit meinen, wenn Sie fragen, zu welchen Zugeständnissen die NDFP bereit ist, um

die Gespräche fortzusetzen. Die GPH hat nicht verlangt, dass die NPA den revolutionären bewaffneten Kampf beenden muss, sonst würde sie die Friedensverhandlungen beenden. Ebenso wenig hat die NDFP verlangt, dass die AFP (Bewaffnete Streitkräfte der Philippinen), PNP (Philippinische Nationalpolizei) und die CAFGU (paramilitärische Regionaleinheiten der Bewaffneten Bürgerstreitkräfte) ihren konterrevolutionären bewaffneten Kampf beenden. Es gibt wichtigere Punkte auf der vorliegenden Tagesordnung, die verhandelt werden müssen.

Was die Schwarzen Terroristen-Listen ausländischer Regierungen betrifft fordert die NDFP weiter, dass die GPH ihre hinterhältigen Aufforderungen an die USA, die EU und andere ausländische Regierungen zurückzieht, die CPP (Kommunistische Partei der Philippinen), NPA und mich selbst auf diese so genannten Terroristen-Listen zu setzen und damit aufzuhören, schamlos zu befürworten, dass diese ausländischen Regierungen das begründete Recht hätten, sich in die inneren Angelegenheiten des philippinischen Volkes einzumischen.

**AFP:** *Sehen Sie die Möglichkeit, dass sich die Öffentlichkeit gegen die NDFP wendet, wenn sie sich unnachgiebig zeigt?*

**Sison:** Das philippinische Volk wird immer für seine nationalen und demokratischen Rechte kämpfen und solche revolutionä-

ren Kräfte wie die CPP, NPA und NDFP aufbauen und unterstützen. Es ist das Aquino-Regime, das sich total isolieren wird und im Volk verhasst sein wird, wenn es weiter den Interessen ausländischer Monopolkapitalisten, den großen Kompradoren, den Großgrundbesitzern und bürokratischen Kapitalisten dient. Weder Almosen und Beruhigungsmittel noch psychologische Kriegsführung können ein korruptes, brutales und verlogenes Marionettenregime behübschen. Die Menschen fragen sich schon, warum Aquino sein Versprechen nicht eingehalten hat, die Arroyo-Clique für ihre Korruption und Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

**AFP:** Kritiker sagen, die NDFP bemüht sich nur wegen der Öffentlichkeitswirksamkeit um die Gespräche, und sie hat kein wirkliches Verlangen nach Frieden. Sie sagen, dass die NDFP eine Ausrede finden wird, die Gespräche abzusagen, wenn sie einmal genug öffentliche Aufmerksamkeit erreicht hat? Glauben Sie, dass das wahr ist? Wird die NDFP die Gespräche für andere Zwecke nutzen?

**Sison:** Hätten solche Kritiker es lieber, dass sich die NDFP aus den Friedensverhandlungen zurückzieht? Würde die NPA nicht auch öffentliche Aufmerksamkeit erreichen, wenn sie den bewaffneten Kampf intensiviert? Ich glaube, dass die NDFP wirklich ehrlich verhandelt. Sie hat so

viele Jahre harter Arbeit in die Friedensverhandlungen gesteckt und ist so weit gegangen, der GPH ein prägnantes Abkommen für einen sofortigen gerechten Frieden durch Vertrag und Pakt vorzuschlagen, um die nationale Unabhängigkeit zu stärken und durch Landreform und nationale Industrialisierung die Agrarwirtschaft in eine Industrierwirtschaft umzuwandeln. Aber wenn das Aquino-Regime solche patriotischen und fortschrittlichen Forderungen des Volkes niedermacht, dann wären natürlich die revolutionären Kräfte des Volkes weiter motiviert, die bewaffnete Revolution voranzutreiben und in den krisengeschüttelten Philippinen weiter an Boden zu gewinnen.

## Philippinen: Seit 42 Jahren andauernder Volkskrieg in Mindanao

**Auszüge aus einer Rede des Sprechers der NDF-Mindanao Jorge „Ka Oris“ Madlos bei einer Feier in San Augustin, Surigano del Sur zum 42. Jahrestag der Gründung der KP Philippinen**

Die revolutionären Siege der letzten 42 Jahre hätten nicht errungen werden können ohne die Beharrlichkeit und Entschlossenheit des philippinischen Volkes in seinem harten Kampf. Ebenso wenig hätten sie ohne die richtige Führung durch die CPP erfolgen können, die als Speerspitze der bewaffneten Volksrevolution und des Massenkampfes dient. (...) Die erste Parteigruppe wurde in (der Insel) Mindanao im Jahr 1971 gegründet. (...) Heute gibt es hier 42 Guerilla-Fronten gegenüber 39 im letzten Jahr. Die NPA führte in diesem Jahr 250 taktische Offensiven gegen das Militär, Paramilitär und die Polizei durch und erbeutete beinahe 200 Armee-Gewehre. Der Feind verlor Kräfte im Gesamtumfang eines Bataillons. (...) Die Partei hat die revolutionäre Einheitsfront auf der ganzen Insel gestärkt und erweitert. (...) Die Ziele des brutalen Feldzugs der AFP (Streitkräfte der Philippinen) unter dem Operationsplan Bantay Laya wurden vollständig verhindert. Die revolutionäre Bewegung wurde immer stärker, anstatt durch den Oplan Bantay Laya 1 (2001-2005) geschwächt zu werden, wurde. Der Oplan Bantay Laya 2 (2006-2010) konnte nicht nur die revolutionären Kräfte nicht dezimieren, sondern konnte auch den voranschreitenden Volkskrieg nicht stoppen. Die gegenwärtige neudemokratische Revolution hat weit größere Siege erreicht, als alle früheren revolutionären Bewegungen auf den Philippinen. (...) Der vom US-Aquino-Regime kürzlich enthüllte Operationsplan Bayanihan ist im Wesentlichen eine Neuauflage des Oplan Bantay Laya und zielt ebenso auf einen brutalen Unterdrückungsfeldzug ab. Er folgt den Vorgaben des US-amerikanischen Aufstandbekämpfungshandbuchs und versucht, die Brutalität eines faschistischen Krieges mit „Menschenrechts“-Rhetorik, Lügen der psychologischen Kriegsführung, Almosen-Kampagnen, sogenannter Gemeinde-Organisation für Frieden und Entwicklung und anderen politischen Tricks zu verhüllen. (...) In Mindanao wird dies nur die Wut der Lumad-, Moro- und nicht-Moro-Bevölkerung verstärken und sie dazu treiben, sich unter dem Banner der NDF und der CPP zu vereinigen.

## Dokumentation:

# Kritik der Kommunistischen (Maoistischen) Partei Afghanistans an der „Neuen Synthese“ von Bob Avakian (RCP,USA)

**Vorbemerkung der Redaktion:** Die IA\*RKP hat sich seit Erscheinen des "Manifests" der RCP,USA im Herbst 2008 intern und im Umfeld der RIM intensiv mit diesem und anderen Dokumenten der sogenannten "Neuen Synthese" von Bob Avakian beschäftigt, wobei mehrere nicht-öffentliche Diskussionsbeiträge im Diskussionsorgan erschienen. Gleichzeitig hat die IA\*RKP aber beschlossen, außer der in der PR 38 (November 2009) abgedruckten Stellungnahme "Gemeinsames und Differenzen zur RCP, USA" bis auf weiteres keine öffentliche Stellungnahmen dazu abzugeben. Aus diesem Grund dokumentiert das Kollektiv Proletarische Revolution eine Kritik der K(M)P Afghanistans dazu, und stellt es der interessierten Leserinnenschaft zur Diskussion. Der Originaltitel des Dokuments lautet: *Communist (Maoist) Party of Afghanistan on Avakian's 'New Synthesis' and the Iranian Maoist's 'New Theoretical Framework'* und wurde im November 2010 auch im Internet veröffentlicht.

Das folgende Dokument wurde vom vierten Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen (Maoistischen) Partei Afghanistans beschlossen. Dieses Dokument, war ein internes Dokument, das in unserer Partei verteilt wurde; ebenso versuchten wir, dieses Dokument intern innerhalb der Revolutionären Internationalistischen Bewegung (RIM), sowie auch im Komitee der RIM, dessen Teil auch die Revolutionär-Kommunistische Partei, USA ist, zu verbreiten. In der Zwischenzeit wurde die neue politische Linie der RCP, die Gegenstand der Diskussion in diesem Dokument ist, international sehr breit publiziert und ist somit nicht mehr länger eine interne Linienangelegenheit der RIM. Darüber hinaus gerieten die Publikationen des internen Organs der RIM, des RIM-Komitees (CoRIM), sowie die Publikationen des internationalen Organs – *A World to Win* – unter den negativen Einfluss der neuen Linie der RCP, weshalb die damit zusammenhängenden Aktivitäten eingestellt wurden. Jüngst veröffent-

lichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Irans (M-L-M) in seinem Zentralorgan „Haghighat“ unter dem tiefen und weitgehenden Einfluss der neuen Linie der RCP ein post-marxistisch-leninistisch-maoistisches Dokument, ähnlich dem Manifest der RCP, ohne eine interne Diskussion darüber mit den Mitgliedern der RIM – auch nicht unserer Partei – zu führen. Deshalb kam die Kommunistische (Maoistische) Partei Afghanistans zu dem Schluss, ihren Kampf gegen die neue RCP Linie, die auch vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Irans (M-L-M) akzeptiert wird, öffentlich zu führen. Die vom vierten Plenum unseres Zentralkomitees beschlossene Veröffentlichung dieses Dokuments ist ein erster Schritt zu einem offenen theoretischen Kampf gegen die post marxistisch-leninistisch-maoistische Linie, die auf eine ideologische Liquidierung des Marxismus-Leninismus-Maoismus und damit auf die organisatorische Liquidation der RIM zielt.

Genoss/innen!

Eines der Diskussionsthemen, die auf dem vierten Plenum der Zentralkomitees der Kommunistischen (Maoistischen) Partei Afghanistans erläutert wurden, war die Einschätzung der politischen Linie des Manifests und Grundsatzprogramms („Constitution“) der Revolutionär-Kommunistischen Partei (RCP, USA), vor allem im Kontext der generellen Diskussion über die Revolutionäre Internationalistische Bewegung (RIM). Dem Plenum folgte eine interne Diskussion über die gegenwärtigen Positionen der RCP in ihrem Programm und Manifest, wo einmal mehr betont wurde, dass dieses Thema eine wichtige Angelegenheit ist, es nicht nur die RIM berührt, sondern die internationale kommunistische Bewegung als Ganzes, wobei folgende Schlussfolgerungen erreicht wurden:

1. Im Text des Grundsatzprogramms der RCP – das ebenso wie ihr Manifest dauernd auf „Bob Avakians Neue Synthese“ Bezug nimmt – findet der Marxismus-Leninismus-Maoismus keinerlei Erwäh-

Quelle: <http://theworkersreadnought.wordpress.com/2010/11/21/28/communist-maoist-party-of-afghanistan-on-avakians-new-synthesis-and-the-iranian-maoists-new-theoretical-framework>  
eigene Übersetzung.

nung. Noch findet sich in dem gesamten Programm ein Bezug auf Lenin oder Mao. Marx und Engels werden nur einmal zitiert, während Avakians Name permanent auftaucht. Lenin und Mao werden dann im Anhang doch noch erwähnt.

Im gesamten Text, findet sich keinerlei Erklärung für diese Nichtbeachtung. Der offenbare Grund ist, dass Marx und Engels – gemeinsam mit Lenin und Mao sowie dem Marxismus-Leninismus-Maoismus überhaupt – als Teil der Vergangenheit wahrgenommen werden, die nicht länger relevant sei.

In dieser speziellen Situation, trotz des Umstands, dass Stellen im Text die Weiterentwicklung und Evolution des Marxismus-Leninismus-Maoismus auf eine höhere Stufe nahelegen, nämlich Bob Avakians Neue Synthese, stellt diese keine Entwicklung oder Evolution desselben dar, sehr wohl aber ein totales Abfallen von ihm.

2. Das Grundsatzprogramm und das Manifest der RCP teilen die bisherige Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung, die Geschichte der proletarischen Revolutionen, sowie Wissenschaft und Ideologie der proletarischen Revolutionen in zwei Etappen. Diese Einteilung beginnt mit der Veröffentlichung des Manifests der Kommunistischen Partei 1848 und läuft weiter bis zur Zerschlagung der Revolution in China 1976; die zweite Etappe beginnt mit „Bob Avakians Neuer Synthese“. In Programm und Manifest

ist dabei freilich klar, dass die erste Etappe der Vergangenheit angehört.

Diese Aufteilung in zwei Etappen, ist nicht dasselbe wie die unterschiedlichen Phasen der Entwicklung des Kapitalismus: den beiden Phasen des freien Wettbewerbs während der Zeit von Marx und Engels und der von Lenin beschriebenen imperialistischen Stufe des Kapitalismus, die bis jetzt andauert. Weiters ist diese Aufteilung unvereinbar mit den verschiedenen Phasen der Entwicklung der Wissenschaft und Ideologie des revolutionären Proletariats, der Phasen des Marxismus, Marxismus-Leninismus, Marxismus-Leninismus-Maoismus, und unvereinbar mit einer notwendigen und möglichen Entwicklung und dem Beginn einer vierten Phase. Das einzige Kriterium das bei dieser Teilung aufgestellt wird, ist Bob Avakians Neue Synthese und ihre Nachgeburt, das Manifest der RCP, als zweites Manifest nach dem von Marx und Engels 1848.

Im Programm der RCP ist ein großer Aufstand, der zum Sturz der herrschenden imperialistischen und zur Errichtung der revolutionären proletarischen Macht führen wird, nicht ausdrücklich als bewaffneter Aufstand benannt. Der Titel, der für dieses Thema im neuen Programm der RCP gewählt wurde, ist unklar und mehrdeutig: „Um die Macht zu ergreifen, müssen die Revolutionäre dem Feind entgegentreten und ihn zerschlagen“. Der Text, der auf diesen Titel folgt, führt vage aus:

„... um den revolutionären Kampf erfolgreich zu führen, wird es notwendig sein, den Repressionskräften der alten Ausbeutungs- und Unterdrückungsordnung entgegenzutreten und sie zu zerschlagen.“ Ohne spezifisch und konkret die Notwendigkeit der Initiierung und Durchführung des bewaffneten Aufstands zu benennen. Weiters, während die Einheitsfront unter der Führung des Proletariats separat als Strategie zur Initiierung und Weiterführung des bewaffneten Aufstands genannt wird, gibt es keinerlei Diskussion über die dritte der drei Waffen der Revolution – die der revolutionären Streitkräfte (neben Partei und Einheitsfront, d.Ü.). Im gleichen Abschnitt schreibt die RCP: „Es wird sich deutlich zeigen, dass es möglich ist, die herrschende Klasse und die reaktionären Streitkräfte (sowie andere Reaktionäre) der einen Seite zuzuordnen, und die revolutionäre Bewegung der Millionen und Zehnmillionen der anderen. Die Gesellschaft wird dann mehr oder weniger um den einen oder anderen ‚Pol komprimiert‘ werden.“ Die Vorstellungen über den bewaffneten Aufstand und die Rolle der revolutionären Streitkräfte unter der Führung der revolutionären proletarischen Partei sind ebenfalls unklar.

3. Das neue Programm der RCP ignoriert, dass die RIM weiterhin besteht sowie ihre positiven und negativen Erfahrungen des Kampfes, was auch die Erfahrungen der Volkskriege

in Peru und Nepal beinhaltet. Die letzten 25 Jahre der RIM kommen darin nur in einem Teil über die Abteilungen der internationalen kommunistischen Bewegung nach der Niederlage der chinesischen Revolution vor; wobei auch diese Erwähnung in ihrer schlussendlichen Analyse darauf hinausläuft, dass es sich um eine Erfahrung der Niederlage handle. In Anbetracht des Umstands, dass die RCP die umtriebige Partei in der RIM und deren Führung war, in Anbetracht dessen, dass sie die aktivste Rolle im RIM-Komitee (CoRIM) spielte, kann dieses prinzipienlose und wirklich verantwortungslose Verhalten – und hat es auch schon bis zu einem gewissen Grad – einen weitaus negativeren Einfluss auf das Bestehen, die Weiterführung und die Entwicklung der RIM ausüben, als die Abweichungen in den Revolutionen Perus und Nepals. Diese prinzipien- und verantwortungslose Haltung gegenüber der RIM wird sich auf die RCP negativ auswirken und tut es über weite Strecken auch schon. Die RIM erklärte den Aufbau einer neuen Kommunistischen Internationale als ein erst-rangiges Ziel; nun, mit dem völligen Ignorieren der Existenz und der Anstrengungen der RIM durch die RCP in ihrem Manifest und Grundsatzprogramm, wurde der Kampf für den Aufbau einer neuen Kommunistischen Internationale von der Liste der dringenden, oder auch nur selbstverständlichen Dinge durch die RCP für sich selbst gestrichen. In eben

dieser Situation, können sämtliche Anstrengungen zur Propagierung des Manifests und Programms der RCP, und vor allem „Bob Avakians Synthese“, nichts anderes sein als die Veranschaulichung eines beschränkten Nationalismus und der Vorstellung einer führenden Rolle unter dem bloßen Vorwand des proletarischen Internationalismus und dessen Notwendigkeit für die internationale kommunistische Bewegung.

4. Es besteht kein Zweifel, dass das schlussendliche Ziel der Kommunist/innen eine kommunistische Weltordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung, die endgültige Befreiung der Menschen und ein dementsprechender kultureller und politischer Überbau ist. Bis zum Erreichen einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft in der langen Geschichte der Klassengesellschaft, einschließlich der sozialistischen, ist der revolutionäre Klassenkampf die Lokomotive in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, nicht aber ein über den Klassen und neben dem Klassenkampf stehender „Humanismus“. Wir können durchaus auch von einem kommunistischen Humanismus sprechen, doch nicht als prinzipielle Voraussetzung für den Klassenkampf, was die Verwässerung dieser Kämpfe bedeuten würde. Das Prinzip der Kommunist/innen in den Klassengesellschaften, auch im Sozialismus, muss die Weiterführung des Klassenkampfes sein. Dieses Prinzip wurde schon von

Marx und Engels in ihrem Manifest ausgeführt und wir Kommunist/innen sollten auch daran festhalten. Der krude Humanismus der im neuen Programm und im Manifest der RCP auftaucht, verwässert den Klassenkampf in der neuen Linie der Partei (neben anderen Aspekten dieser Linie mangelt es aber an der Betonung des Prinzips der Diktatur des Proletariats; es mangelt an der klaren Aussage der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, die als Vorschlag unter dem Deckmantel der „Weiterführung der Revolution im Sozialismus“ daherkommt; es mangelt an der Strategie des bewaffneten Aufstands zur Machtergreifung; die Missachtung der RIM sowie Missachtung der Aufgaben zum Aufbau einer neuen Kommunistischen Internationale).

Das sind die wesentlichsten Punkte, welche die absolut falsche Linie der strategischen Orientierung, wie sie im Programm und Manifest der RCP dargelegt wird, ausmachen. Zugleich gibt es jedoch im Text viele andere taktische Positionen, die unseren Einschätzungen widersprechen und die neben anderen unrichtigen taktischen Positionen im Text stehen. Unserer Meinung nach, dient die in den zwei Abschnitten dargelegte, richtige taktische Orientierung dazu, die vollkommen inakzeptable und fehlerhafte strategische Orientierung zu rechtfertigen. Wenn diese problematische strategische Orientierung weiterhin die

politische Linie der Partei bestimmt, werden auch die richtigen taktischen Orientierungen schnell verschwinden.

Die Ausführung unserer Kritik, geht hier jedoch nicht damit einher, die Verdienste der RCP für die Revolution in Amerika und für die internationale kommunistische Bewegung zu bestreiten, noch sollen damit die positiven Aspekte in „Avakians Neuer Synthese“ und die insgesamt positiven Aspekte der beiden Dokumente bestritten werden. Der Weg den die RCP beschreitet, führt sie dahin, dass ihre gegenwärtige Linie ähnlich ist wie die früherer Entwicklungen in der Kommunistischen Partei Perus und der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch), die jeweils zu den „Gonzalo-Gedanken“ und dem „Prachanda-Pfad“ führten. Beide erwähnten Parteien verfügten über theoretische und praktische Errungenschaften, verbanden diese mit manchen falschen Formulierungen, und gingen prinzipienlos von der ideologischen Entwicklung

auf eine höheren Stufe aus; das führte die beiden Revolutionen, resp. Volkskriege, in die Niederlage und zu ihrer Zerschlagung. Die RCP übertreibt ihre signifikanten und nutzbaren Beiträge, vermischt dabei ihre Beiträge mit grundfalschen und unkorrekten Formulierungen, um eine Entwicklung ihrer politischen Linie zu einer höheren Stufe zu postulieren. Darüber hinaus ist die Entwicklung der RCP in eine falsche Richtung aber viel tiefergehend und beträchtlicher als bei der Kommunistischen Partei Perus oder der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch). Die RCP nahm einen post-marxistisch-leninistisch-maoistischen Weg an, der den Marxismus-Leninismus-Maoismus nicht zu einer neuen Stufe weiterentwickelt, der aber sehr wohl dazu bestimmt ist, alle vergangenen Entwicklungen auszulöschen. Deshalb sieht es die Kommunistische (Maoistische) Partei Afghanistans im Hinblick auf diese falsche Linie als ihre Pflicht, darüber zu diskutieren und den Kampf gegen diese

post-marxistisch-leninistisch-maoistische, pazifistische, humanistische, im Überbau verhaftete, nicht internationalistische strategische Orientierung aufzunehmen.

Diesen Kampf voranzutreiben, erfordert von unserer Partei in Zukunft mehr Engagement in genauen Diskussionen. Wir müssen uns immer und klar die Lektionen vergegenwärtigen, die wir von den Erfahrungen der Kommunistischen Partei Perus und der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch) gelernt haben. Dem nicht die nötige theoretische und praktische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, hierbei lasch zu sein, oder mit unbegründetem Optimismus unter dem Vorwand der kommunistischen internationalistischen Freunderlwirtschaft heranzugehen, ist nicht nur falsch und prinzipienlos, sondern entspricht auch nicht unserer längerfristigen Absicht.

*Zentralkomitee der Kommunistischen (Maoistischen) Partei Afghanistans  
21. August 2009*

**Anmerkung der Redaktion zu Punkt 3, wo behauptet wird, dass die „RIM weiterbesteht“:**

*Die IA.RKP hat in ihrem Politischen Bericht vom Dezember 2010 festgehalten, dass: „... es scheint, als wäre die RIM in (mindestens) zwei Teile zerfallen.“, und die letzte Ausgabe von A World To Win vor über 10 Jahren erschienen ist. (PR 39a, S. 21) Die Entwicklung im Jahr 2010 hat diese Einschätzung bestätigt. (Gründung von Maoist Road, European Manifesto Group etc.)*

## Die (klein)bürgerliche Familie ist der wahre Hort des Terrors! Kampf gegen Gewalt an Frauen!

Flugblatt des RKJV zum 25. November

*„Ich weiß nicht, ob meine Geschichte wirklich passt für dieses Thema, denn so richtig verprügelt hat mich ja mein Exmann nicht.“*

**Marlene wurde von ihrem damaligen Mann an den Haaren durch die Wohnung gezerrt und bekam öfters den einen oder anderen Schlag ab. Warum aber denkt Marlene, es wurde ihr keine Gewalt angetan? Marlene ist eine junge Arbeiterin, 25 Jahre alt und alleinerziehende Mutter, nachstehender Artikel entstand nach einem Gespräch mit ihr.**

Vor etwa 3 Jahren gelang ihr der Ausbruch aus einer klassischen patriarchalen Familie. Damals setzte sie einen entscheidenden Schritt, um ihren eigenen Vorstellungen über Familie und vor allem den bürgerlichen Anforderungen an eine Arbeiterin, den Kampf anzusagen. Und zu kämpfen hatte und hat sie. Was auch nicht weiter verwunderlich ist, wird ihr doch täglich aufs Neue gesagt und deutlich gezeigt, was sie ist und wie sie zu sein hat. Die Arbeiterin bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft eine billige Arbeitskraft. Sie erfährt durch die Gesellschaft, dass sie als Arbeiterin nichts wert ist und jederzeit ersetzt werden kann. Sie bekommt einen scheiß Lohn und wenn sie sich nicht anständig unterwirft, dann fliegt sie raus. So wird der Arbeiterin auch gesagt, sie müsse sich

ihrem Mann unterwerfen und wenn es sein muss, einfach alles ertragen.

*„Ich habe insgesamt 7 Jahre mit diesem Mann zusammengelebt! Und ich frage mich jetzt erst: Scheiße, warum?! Ich versteh es wirklich nicht, wie ich das so lange aushielt. Klar, dann kommen immer wieder diese Ausreden, wie irgendwas Schönes war ja auch dabei, wir waren ja mal verliebt und hatten immer wieder schöne Stunden. Doch wenn ich es jetzt betrachte, dann stimmt das einfach nicht!“*

Na klar stimmt das nicht. Wenn das Zusammenleben aus Gewalt und Unterdrückung besteht, ist es doch eine Lüge, sich das schön zu reden. Dennoch wird das so gemacht. Dieser ideologische Schwachsinn dient voll und ganz dem Kapital. Denn zum einen wird die billige Arbeitskraft Frau gebraucht, um in der jeweiligen Branche die Löhne zu drücken. Zum anderen übernimmt die Arbeiterin in der Familie die Hauptaufgaben der Reproduktion. Hier erholt sich die Arbeitskraft um am nächsten Tag wieder arbeiten zu können und hier wachsen neue Arbeitskräfte heran. Sie dient den Kapitalisten, schafft einen ständigen Nachschub an ArbeiterInnen. Die Kapitalisten wiederum schaffen durch den Niedriglohn der Arbeiterinnen, rechtlichen Bestimmungen, wie Ehe und den bürgerlichen

Idealen einer Familie, die Grundlage zur Unterdrückung der Arbeiterin. Gewalt an Frauen, speziell die Gewalt an Arbeiterinnen wird vom bürgerlichen Staat getragen. Eine Arbeiterin bekommt durch ihre schlechte Lage in der Gesellschaft deutlich gezeigt, dass sie nichts Wert ist. Sie ist an die Lohnarbeit, wie auch an ihren Mann gekettet. So bedeutet ein Kampf gegen familiäre Gewalt, einen Kampf gegen gesellschaftliche Gewalt. So ist es eben auch nicht verwunderlich, dass Marlene, selbst nach der Scheidung zu kämpfen hat. Sie ist nun alleinerziehende Mutter und Arbeiterin. Sie ist von ihrem Lohn und weiterhin, durch Alimamente, von ihrem Exmann abhängig. Sie bekommt zwar auf der einen Seite propagiert, dass alleinerziehende Mütter wirklich großartig sind, da sie sehr viel zu leisten haben. Gleichzeitig sieht sie jedoch durch ihre finanzielle Lage, durch die Wertigkeit im Job, dass sie als alleinerziehende Mutter der ArbeiterInnenklasse eine minderwertige Position in der Gesellschaft einnimmt. Aus dieser tatsächlichen Stellung in der Gesellschaft und nicht aus einer ideellen Wunschvorstellung, entspringt schließlich das Bewusstsein. „Das gesellschaftliche Sein der Menschen bestimmt ihr Denken“ (Mao Zedong) Aus dieser minderwertigen Stellung, welche die gesellschaftliche Praxis der Frau aus-

macht, entspringt es nun auch, dass es Frauen oft so schwer fällt, Gewalt beim Namen zu nennen, aus massiv patriarchalen Verhältnissen auszubrechen und vor allem gegen die gesellschaftliche Gewalt an Frauen zu kämpfen! Hieraus entspringt es, dass Marlene lange Zeit Gewalt über sich ergehen lies, die Schuld oft bei ihr selbst sucht und sich schwer eingestehen kann, dass sie tatsächlich misshandelt wurde.

Kämpfe innerhalb des kapitalistischen Systems können Verbesserungen für die Arbeiterinnen, sowie Kampferfahrungen und somit bessere Bedingungen für den Kampf allgemein bedeuten. Jedoch

wirkliche Frauenbefreiung, eine Befreiung auch im Bewusstsein der Frau, kann nur passieren wenn das gesellschaftliche Sein der Frau neu bestimmt wird. So kann ein Kampf gegen Gewalt an Frauen nur als Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden. Das Sein kann erst im Sozialismus neu bestimmt werden, um in weiterer Entwicklung im Kommunismus, einer klassenlosen Gesellschaft, einen komplett neuen Charakter von Freiheit anzunehmen. Sprengen wir unsere Ketten! Kämpfen wir gemeinsam für den Kommunismus!

**Gemeinsam und gut organisiert können wir bewusst kämpfen - und ein bewusster Kampf ist not-**

**wendig, um unser Denken und Handeln selbst zu bestimmen!**

Das fängt bei jeder einzelnen von uns an, doch erst gemeinsam stehen wir der täglichen Niederhaltung mit gewaltiger Kraft gegenüber.

**Lassen wir uns nicht länger von der Gesellschaft bestimmen! Kämpfen wir für unsere Interessen - für eine freie Gesellschaft - für den Kommunismus!**

**Frauen, was haben wir anderes zu verlieren als unsere Ketten?!**

**RKJV**

25.11.2010

[rkjv.wordpress.com](http://rkjv.wordpress.com)

**... die Gesetze seien künftig nicht beachtet,  
in Erwägung dass wir nicht mehr Knecht sein wollen!**

*Flugblatt zum 140. Jahrestag der Pariser Commune*

Die Bourgeoisie befindet sich derzeit in der Offensive gegenüber der ArbeiterInnenklasse und den Volksmassen. Auch wenn sie, wenn auch freilich nicht in großen Sprüngen sondern schön langsam, aus der die letzten Jahre prägenden Weltwirtschaftskrise herauskommt, versucht sie natürlich alles, die Lasten dieser Krise weiterhin auf die Ausgebeuteten abzuladen und das mit weiteren Vorstößen zu verknüpfen. In der Tat, die Entwicklung im Abbau der wirtschaftlichen und demokratischen Rechte der ArbeiterInnenklasse beschleunigt sich, die

Ausplünderung der Volksmassen in den Neokolonien wird durch die Imperialisten an allerlei Fronten verschärft. Zwischen den imperialistischen Staaten, verschärft sich die Konkurrenz um Vormachtstellungen in den Regionen des Trikonts (Afrika, Asien und Lateinamerika) und anderer unter dem Stiefel des Imperialismus stehender Weltgegenden (wie z.B. Balkan/ Osteuropa). Diese Entwicklung lässt das Kapital zu immer kühneren, weitergehenden Aktionen und Mitteln greifen, bis hin zum letzten Weg die Widersprüche untereinander zu lösen: Krieg, impe-

rialistischer Krieg. Sehen wir uns die Entwicklung der EU, Russlands, der USA und teilweise wohl auch Chinas an, so treten die massiven Widersprüche unter ihnen, auch wenn sie immer wieder zeitweilige Bündnisse und Abkommen untereinander schließen, recht klar zu Tage. Es ist somit alles andere als vermessen, die steigende Kriegsgefahr klar zu benennen.

Für die ArbeiterInnenklasse stellt sich dieser Situation gegenüber die Frage: Was tun? Wie können wir der Ausbeutungsoffensive des Kapitals, der steigenden



Kriegsgefahr, dem Imperialismus entgegenzutreten? Auf was sollten wir unsere Kämpfe ausrichten, und wie diese überhaupt anpacken? Lauter gute Fragen. Die ArbeiterInnenklasse hat dabei schon eine lange Geschichte der Kämpfe, Siege und Niederlagen, und bei Fragestellungen solcher Art, empfiehlt es sich immer wieder, einen Schritt zurückzutreten und die Erfahrungen unserer Vorkämpfer/innen genau zu studieren. Nicht um zu einem Historikerclub zu werden oder aus Freude an der schönen Schrift, sondern schlicht deshalb, weil schon vieles im Kampf errungen wurde, was auch für unsere heutigen Klassenauseinandersetzungen wichtig ist zu verstehen und zu kennen – und so wie das Rad kein zweites Mal erfunden werden muss, wohl aber entwickelt werden kann (es z.B. stabiler machen), verhält es sich auch mit den Kämpfen des Proletariats; auch hier gilt, dass wir im Sinne einer Entwicklung, die nur möglich ist, wenn wir den Gegenstand der Entwicklung auch kennen, an bisher gemachte Erfahrungen anknüpfen sollten.

Einer der ganz großen Punkte, ist dabei die Pariser Commune, erste Diktatur des Proletariats, vor 140 Jahren. Die Gute mag alt sein, sicherlich, doch steckt sie so sehr voller grundsätzlicher, wegweisender Lehren, dass es für das revolutionäre Proletariat ganz und gar zwingend notwendig ist, sich mit ihr auseinanderzusetzen und

das positive Erbe der Commune in seine heutigen Kämpfe aufzunehmen! Es geht dabei nicht nur darum, anhand eines praktischen Beispiels zu sehen, zu welchen großen Taten die kämpfende ArbeiterInnenklasse fähig ist, sondern auch darum die Lehren für die höchste politische Organisationsform des Proletariats im Klassenkampf zu ziehen: die Kommunistische Partei.

**„Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut meine Herren, wollt ihr wissen wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Commune an. Das war die Diktatur des Proletariats“**

(Friedrich Engels)

Während des deutsch-französischen Krieges im 19. Jahrhundert (ab Juli 1870), schufen sich die Pariser ArbeiterInnen ihre eigenen bewaffneten Formationen, Nationalgarde genannt. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sah sich davon bedroht, doch aufgrund des Umstands, dass sie einerseits mit Deutschland im Krieg lag, und andererseits die Nationalgarde 300.000 Proletarier/innen unter Waffen umfasste, sah sie für sich nicht den nötigen Handlungsspielraum, um der Nationalgarde offen entgegenzutreten. Die Bourgeoisie war sich darüber klar, dass dieses ArbeiterInnenheer im

eigenen Hinterland eine Gefahr darstellte, gleichzeitig aber auch darüber, dass eine offene Konfrontation zur Eskalation führen würde. Um in dieser Situation die Zügel in der Hand zu behalten und die Nationalgarde für größere Kampfeinsätze unfähig zu machen, beschloss sie, ihr durch Agenten zumindest die Geschütze zu stehlen. Die Agenten der Bourgeoisie wurden jedoch entdeckt, der Versuch scheiterte und für die ArbeiterInnen in der Nationalgarde war nun endgültig klar, dass sie sich von der „eigenen“ Bourgeoisie nichts zu erwarten brauche.

Die Empörung war groß und heizte die ohnehin schon aufgeladene (und von mehreren vorgegangenen Emeuten und Aufständen gekennzeichnete) Stimmung weiter an – die bewaffneten Arbeiter/innen wagten den Aufstand und fegten die Herrschenden am 18. März 1871, vor 140 Jahren, aus Paris hinaus. Während die Bourgeoisie aus Paris hinaus gejagt wurde, übernahmen schon die Arbeiter/innen selbst die Macht; in einer historischen Pioniertat schufen sie als erstes eine Regierungsform der unumschränkten Herrschaft der ArbeiterInnenklasse, die als „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet wird.

Manch einer mag bei dem Wort Diktatur in „heilsamen Schrecken“ geraten, doch sehen wir uns diese Diktatur des Proletariats an, so erkennen wir rasch, dass es sich um die Diktatur

über die Verhältnisse der kapitalistischen Ausbeutung der Massen handelt – es sich aber viel mehr um eine Form der Organisation handelt, die dazu bestimmt ist, die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und ihrer Bündnispartner voranzutreiben und den Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft zu ebeneden. Die ersten, umgehend getroffenen Maßnahmen der Commune, waren in der bisherigen Geschichte beispiellos: Sie beschloss die jederzeitige Abwählbarkeit von politischen Repräsentanten, Beamten,... wenn diese über ihre Tätigkeit nicht immer Rechenschaft im Sinne des Proletariats ablegen können. Bürgerliche Gerichte wurden durch Volksgerichte ersetzt, in denen das Proletariat selbst Recht sprach. Der Lohn von Abgeordneten durfte den eines durchschnittlich qualifizierten Arbeiters nicht übersteigen, das stehende Heer der Bourgeoisie wurde aufgelöst und durch allgemeine Volksbewaffnung ersetzt – ein Schritt der deutlich zeigt, dass die Commune die Herrschaft der ArbeiterInnenklasse selbst war und sich deshalb nicht davor zu fürchten brauchte, dass das Volk von Paris nun bewaffnet war. Diese und viele andere Maßnahmen brachten der Pariser Commune viel Ansehen im internationalen Proletariat und eine feste Verankerung in Paris selbst. Dennoch dauerte sie nur 72 Tage (!) an. Die Maßnahmen der Commune mögen zwar, bedenkt man die kurze Zeit die sie hat-

te, in diesem Kontext noch viel beeindruckender wirken, doch um tatsächlich Lehren ziehen zu können, müssen wir auch danach fragen, warum sie nur so kurz Bestand hatte?!

**„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift (...)“**

(Karl Marx)

Erstens hatte die Commune keine geeinte proletarisch-revolutionäre Führung. In der Nationalversammlung (dem Ersatz des Parlaments) saßen neben konsequenten Revolutionär/innen auch viele Vertreter verschiedener kleinbürgerlicher Strömungen und Gruppen. Sie sabotierten teilweise offen die Beschlüsse der Commune und gaben Manifeste heraus, in denen sie die revolutionäre Linie angriffen. So ermöglichten diese Strömungen innerhalb der Commune es den offenen bürgerlichen Kräften außerhalb von Paris, die Schwächen der Commune in ihrem Sinne auszunutzen und Macht der ArbeiterInnen niederzuschlagen. Das Fehlen einer wirklichen kommunistischen Partei und der falsch geführte Linienkampf innerhalb der Commune sind bittere Lehren, die jede revolutionäre Organisation heute genau studieren muss, denn sie

berühren durchwegs den Lebensnerv der proletarischen Macht.

Zweitens hatten kleinbürgerliche Vorstellungen in der Commune so weitgehenden Einfluss, dass die notwendige Allseitigkeit der Diktatur über die Bourgeoisie untergrub und verhinderte. Die Vertreter der kleinbürgerlichen Linie begriffen nicht, dass es nicht damit getan sein konnte, die alten Herrscher einfach fortzujagen und Paris zu nehmen, sondern dass der bewaffnete Aufstand des Proletariats ausgeweitet werden muss, die Vertreter der alten Ordnung niedergehalten werden müssen und das Proletariat im Bündnis mit den Volksmassen deshalb zu diktatorischen Mitteln gegen das Kapital greifen muss, um in seiner eigenen Befreiung voranzuschreiten und damit die Demokratie für die Massen zu verwirklichen. Deshalb konnten sich die früheren Herrscher, Bourgeoisie und Adel, in Versailles verschanzen, neu konstituieren und mit Deutschland die Kriegshandlungen einstellen um gemeinsam auf die Pariser Commune loszuschlagen.

Die Lehre von der Notwendigkeit der allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, wurde durch die Commune mit den Strömen von Blut, die bei ihrer Niederschlagung flossen (über 100.000 Kämpfer/innen wurden bei der Einnahme von Paris durch die deutsch/französischen Truppen niedergemetzelt) teuer erkaufte. Die Com-

mune bewies, dass sich das Proletariat, will es die Macht erringen, seine eigenen bewaffneten Einheiten schaffen muss.

Ein dritter, wesentlicher Punkt, ist die Frage der Bündnisse, die die Revolutionäre eingehen. Verstand es die Commune ausgezeichnet, auch die nicht-proletarischen Schichten in Paris für sich zu gewinnen, so versagte sie in der Gewinnung der Bauernschaft außerhalb von Paris - ein Fehler, der den deutsch/französischen Truppen den Vormarsch auf Paris erleichterte und wesentlich dazu beitrug, dass die Commune auf Paris beschränkt blieb. Auch wenn die Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft heute in Österreich für die Revolutionär/innen weniger Relevanz besitzt als 1871 in Frankreich, so ist es doch die nicht zu unterschätzende Frage der Bündnisse, die über Erfolg oder Misserfolg einer Revolution entscheiden kann. Ebenso kann darüber hinaus gesagt werden, dass wir heute in den imperialistischen Ländern

keine Revolution zustande bringen werden, wenn wir es nicht verstehen, mit den Volkskämpfen in den ausgebeuteten, neokolonial abhängigen Ländern ein festes Bündnis einzugehen und unsere Kämpfe aufs Engste miteinander zu verbinden.

Gehen wir über eine Bewunderung der Commune für ihre großartigen Pioniertaten hinaus und nehmen die notwendige Analyse ihrer Schwächen und Fehler vor, so erkennen wir erst in vollem Umfang, was für ein leuchtendes Vorbild sie selbst 140 Jahre nach ihrem Bestehen ist. Die Lehren der Pariser Commune sind unentbehrliche Werkzeuge in der Frage, wie die kapitalistische Ausbeuterordnung heute zu Fall gebracht werden kann. Die Pariser Commune ist der erste rote Stern in einer Reihe, die durch die sozialistische Oktoberrevolution in Russland und die Große Proletarische Kulturrevolution in China weitergeführt wurde. Auf diesen drei praktischen Ereignissen und den

dazugehörigen Theorien ruht heute das Verständnis eines proletarischen, revolutionären Kommunismus – ohne die Lehren dieser drei Ereignisse, ohne sie voll und ganz in die eigene politische Linie aufzunehmen, werden wir nicht dazu in der Lage sein, den Kapitalismus zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus, zu beschreiten.

***„Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an den Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind“***

*(Karl Marx, Bürgerkrieg in Frankreich)*

## Resolution der Kommunarden

(Brecht / Eisler 1931)

In Erwägung unsrer Schwäche machtet  
ihr Gesetze, die uns knechten soll'n.  
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet,  
in Erwägung, dass wir nicht mehr Knecht sein woll'n.

In Erwägung, dass ihr uns dann eben  
mit Gewehren und Kanonen droht,  
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben  
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, dass wir hungrig bleiben,  
wenn wir dulden, dass ihr uns bestiehlt,  
wollen wir mal feststell'n, dass nur Fensterscheiben  
uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.

In Erwägung, dass da Häuser stehen,  
während ihr uns ohne Bleibe lasst,  
haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen,  
weil es uns in unsern Löchern nicht mehr passt.

In Erwägung, es gibt zu viel Kohlen,  
während es uns ohne Kohlen friert,  
haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen,  
in Erwägung, dass es uns dann warm sein wird.

In Erwägung, es will euch nicht glücken,  
uns zu schaffen einen guten Lohn,  
übernehmen wir jetzt selber die Fabriken  
in Erwägung, ohne euch reicht's für uns schon.

In Erwägung, dass wir der Regierung,  
was sie immer auch verspricht nicht trau'n,  
haben wir beschlossen, unter eigener Führung  
uns nunmehr ein gutes Leben aufzubau'n.

In Erwägung, ihr hört auf Kanonen,  
andre Sprache könnt ihr nicht versteh'n,  
müssen wir dann eben, ja das wird sich lohnen,  
die Kanonen auf euch dreh'n!